

Zeitschrift für Frieden und Gewaltfreiheit
Ausgabe 1, 2003, 33. Jahrgang, Einzelheft 2 €

www.zivil.de

Hintergrund
Streitschlichter

Dossier

**MAKE LAW
NOT WAR!**

Neue Bewegung für Frieden und Menschenrechte

Zum Jahr der Behinderten 2003:

Interview mit Diakonie-Präsident Jürgen Gohde

Immer nur die gleichen Leute zu sehen, ist auf die Dauer langweilig.

Bei uns begegnen Sie endlich mal **neuen** Leuten.



Simbabwe: Großvater mit Enkel beim Gottesdienst



Indien: Ärztin in einem mobilen Krankenhaus



Nepal: Kind beim Transport von Feuerholz



Papua-Neuguinea: Mädchen mit Blatt als Regenschutz



Brasilien: Candomblé-Priesterin in Salvador



Indonesien: Vater mit Kindern am Fluss



Angola: Kinder in der Hauptstadt Luanda



Südafrika: Bischof Ndungane im Interview

Lesen Sie das Magazin für Menschen mit weltweitem Horizont.

- **»EineWelt«** – das Magazin mit bewegenden **Reportagen**. Begegnungen mit den Menschen der Dritten Welt von Angesicht zu Angesicht.
- **»EineWelt«** – das Magazin mit **Hintergrund-Informationen** über globale und regionale Probleme. Auch solche, die es nicht in die Schlagzeilen schaffen.
- **»EineWelt«** – das Magazin mit **Interviews, Meldungen und Meinungen**. Zu den Themen Entwicklung, Mission, Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.
- **»EineWelt«** – alle zwei Monate mit mindestens 44 Seiten für nur 15 Euro. Nur im Abo. **Probeheft kostenlos**. Bestellungen bei:

EineWelt Leserservice/EMW
Normannenweg 17-21 • 20537 Hamburg
E-Mail: demh@emw-d.de
Online: www.emw-d.de





Stuttgart, den 18. Februar 2003

Liebe Leserin, lieber Leser,

es gibt Neues! Es gibt eine neue Bewegung für den Frieden – weltweit. Die Menschen gehen raus für ihre Überzeugung: „No a la guerra!“ „No war!“ „Kein Krieg!“. Friedensdemos in Lateinamerika, in Australien, in Asien, im Nahen Osten, in Europa und in den Vereinigten Staaten. Und alle am selben Tag.

So viel Vernetzung war nie! Die Online-Kommunikation des Internets, zusammen mit dem Know-how und den weltweiten Kontakten der Globalisierungskritiker von Attac, haben die größte Friedensdemonstration aller Zeiten möglich gemacht. Im vergangenen November, beim Europäischen Sozialforum in Florenz, wurde der 15. 2. 2003 als Aktionstag beschlossen. Und die vielen Millionen weltweit haben gezeigt, dass ein solcher globaler Protest funktionieren kann. Ein großer Erfolg der Zivilgesellschaft.

Ob die Aktionen die Haltung der Politiker beeinflussen können? Noch ist nichts endgültig entschieden. Noch besteht Hoffnung für die Durchsetzung des Völkerrechts – und für die Menschen im Irak.

Auch dort gibt es Neues: Friedensaktivisten aus aller Welt, vor allem aber aus den USA, reisen in das bedrohte Land und leben dort mit den Menschen. Sie verstehen sich als lebende Schutzschilde und wollen nicht weichen, auch wenn die Bomben fallen. Die Kriegsgegner ziehen ein ins globale Dorf, Menschen schützen Menschen am anderen Ende der Welt.

Friedenstourismus statt Rüstungsexport? Unser zivil-Bericht dazu ab Seite 22.

Es gibt viel Neues, auch auf den folgenden Seiten, inhaltlich und optisch. Ab der vorliegenden Ausgabe erscheint *zivil* im Stuttgarter Kreuz Verlag, ein Novum, das Verlag und Redaktion zum Anlass nahmen, Layout und Hefstruktur ein bisschen umzukrempeln. „Relaunch“ sagt der Fachmann. Es gibt neue Themen, neue Rubriken und z.B. ab sofort auch preisgünstige Kleinanzeigen (s. S. 16).

Vor allem aber gibt es eine neue Grafik, die das Erscheinungsbild unserer Zeitschrift noch attraktiver macht. Auch diesbezüglich freuen wir uns über Ihre Reaktionen.

Herzlich Ihr

News 4
 Impressum 6
 Film/Video 9
 Literatur 10
 International 11
Blickpunkt

Interview mit dem Präsidenten des Diakonischen Werkes, Jürgen Gohde, zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003 12

Dossier



Foto: dpa

MAKE LAW NOT WAR!

Krieg gegen Terror? 18
 „Wir sind Menschen – keine Themen!“ –
 Tagebuch einer Reise in den Irak 20
Selbst im Kriegsfall wollen sie bleiben –
 US-Friedensaktivisten im Irak 22
Gewissensappell: US-Veteranen rufen
 zur Kriegsdienstverweigerung auf 25
Stimmen und Aktionen 26
 „Ein starkes Zeichen“ –
 Kirchenführer gegen einen Irak-Krieg 27

Hintergrund

Streitschlichter 28
Szene
 Geschichte eines Irrtums: Die seltsamen
 Wandlungen des Palästinentertuches 29
Reise
 Kapverden 32
Porträt
 Nachruf auf Phil Berrigan 34
Rätsel 36
Wer war's? 37
Galerie 38
Gedanken 39

Titelfoto:
 Wolfgang Schmidt

Beilagenhinweis:
 Diese Ausgabe enthält eine Beilage von „Zivi im Dienst“. Wir bitten um freundliche Beachtung

Fundsachen

Unglaublich untauglich

Die dänische Armee hat laut Presseberichten ein ernsthaftes Problem: Im letzten Jahr mussten angeblich 42 % der Wehrpflichtigen eines Jahrgangs als untauglich gemustert werden, „weil sie entweder zu fett oder zu dumm waren“. Mit diesen Worten wird der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Hans Jesper Helsö, zitiert.

Frauen-Power

Frauen und Mädchen im Süden Nigerias haben Marine-Schiffe bei Warri im Niger-Delta blockiert. Besetzerinnen zwischen zehn und 70 Jahren forderten mit der Aktion mehr staatliche Hilfe für ihre Region, berichtete der britische Sender BBC am Donnerstag in seinem Online-Dienst. Einige Kriegsschiffe seien umgekehrt, nachdem die Frauen ihnen die Durchfahrt verweigerten. Bei Warri ist ein Marine-Stützpunkt geplant.



Leonardo da Vinci:
Mona Lisa

Zivilist da Vinci

Leonardo da Vinci (1452-1519) hat nach neuen Erkenntnissen absichtlich Konstruktionsfehler in seine Erfindungen eingebaut. Die Produzenten einer BBC-Serie über das Allround-Genie der Renaissance glauben, dass er dies absichtlich tat, um zu verhindern, dass die Maschinen militärisch genutzt werden konnten. Leonardo sei Pazifist gewesen, sagte Michael Mosley von der BBC dem Daily Telegraph. Außerdem habe er so in einer Zeit ohne Urheberrechte sicherstellen wollen, dass niemand anders seine Ideen ausbeuten konnte.

Für die Sendung des britischen Fernsehens wurden fünf der berühmtesten Erfindungen Leonardos nachgebaut: sein Panzer, Fallschirm, Segelflieger, Tauchanzug und Roboter. Dabei zeigte sich, dass alle Entwürfe einen einfach zu korrigierenden Fehler aufwiesen, der die Maschinen unbrauchbar machte.

(Aus der Frankfurter Rundschau)

Waffentiere

„Mit ihren Maultieren und Haflingern ist sie die einzige pferdehaltende Einheit der Bundeswehr... Diese Einheit besitzt mit dem Tragtier das umweltfreundlichste Waffensystem der Bundeswehr.“

Beschreibung des „Einsatz- und Ausbildungszentrums für Gebirgstragtierwesen 230“ auf der offiziellen Internet-Seite der Gebirgsjägerbrigade 23 aus Bad Reichenhall.

Termine

7. Februar bis 23. März, Chemnitz: „Verbrechen der Wehrmacht...“

Ausstellung im Schlossmuseum Chemnitz, Schlossberg 12; Öffnungszeiten: Di-Fr: 9-17 Uhr, Sa+So: 10-18 Uhr. Veranstalter: Stadt Chemnitz

10. bis 12. März, Bad Boll: „Frieden beginnt im Klassenzimmer – Der Beitrag von Schule und Religionsunterricht zum Miteinander der Kulturen und Religionen“

28.-30. März, Bad Boll:
„Amerika first? – Die Bush-Doktrin und ihre Folgen“
Eine Tagung zur Militär- und Sicherheitspolitik der USA und deren Auswirkungen auf die NATO. Kontakt: Ev. Akademie Bad Boll, 73087 Bad Boll, Telefon 07164/79-0, Fax -440

4. bis 6. April, Göttingen: „Nichtstaatliche Akteure in der Außen-, Friedens- und Entwicklungspolitik – Neue Formen der Internationalen Einflussnahme“

Eine Tagung der Evangelischen StudentInnen-gemeinde in der Bundesrepublik Deutschland. Kontakt: Ulrike Kind, Berliner Straße 69, 13189 Berlin, www.bundes-esg.de

4. bis 6. April, Iserlohn: „Tödliche Umarmung – Das Bild des Fremden in den Medien der Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit“

Kontakt und ausführliches Programm: Institut für Kirche und Gesellschaft, Berliner Platz 12, 58638 Iserlohn, www.kircheundgesellschaft.de

2. bis 9. April, Josefstal: „Gewalt durch Counterstrike?“

Ein Workshop zum pädagogischen Umgang mit Video-Spielen im Netz. Die Strukturen und Wirkungen der Spiele sollen erfahrbar gemacht werden und pädagogisch sinnvolles Handeln gelernt werden.

13. bis 15. Oktober, Josefstal: „Rechtsextremismus und Gewaltakzeptanz in der Bundesrepublik“

Eine Tagung, die die Sichtweisen von Jugendforschern, Bürgerinitiativen und Aussteigern ins Gespräch bringen und Handlungsansätze zur Eindämmung von Gewalt aufzeigen will. Kontakt: Studienzentrum Josefstal, Aurachstraße 5, 83727 Schliersee-Josefstal

15. Mai
Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerer
In diesem Jahr liegt der Schwerpunkt der Aktionen zum Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerer bei der Krisenregion Israel/Palästina. Im Blick sind die israelischen Verweigerer und der gewaltfreie Widerstand gegen die israelische

Besatzungspolitik. Die Organisation WRI (War Resisters International) plant eine internationale gewaltfreie Aktion in Israel zur Unterstützung israelischer Kriegsdienstverweigerer. Ein Recht auf KDV existiert in Israel nicht (siehe auch „International“, Seite 11).

26. bis 31. Mai, Berlin: „Zivis beim 1. Ökumenischen Kirchentag“



Zivis auf Spurensuche in der Metropole Berlin. Zwei Tage lang Zeit, Berlin als politisches Zentrum, Metropole der Kunst, Musik, des Films und als pulsierende Großstadt mit einer bedeutsamen und wechselhaften Geschichte zu erkunden. Anschließend geht es auf Spurensuche beim 1. Ökumenischen Kirchentag – auf die Suche nach einer lebendigen, vielfältigen, impulsiven, solidarischen, hoffnungsvollen, visionären und verbindenden Kirche, die ökumenisch einen mutigen Aufbruch ins 3. Jahrtausend wagt. Aber nicht nur Spurensuche, sondern auch Mitgestalten ist angesagt. Mit den Teilnehmern der Werkwoche werden wir an einem Stand den Besuchern des Kirchentages die Möglichkeit geben, Einblick in die Arbeitsfelder und den Arbeitsalltag von Zivis zu bekommen. Erfahrungen und Eindrücke von Zivis werden unter Anleitung eines Holzbildhauers mit Beitel und Schnitzmesser in einen 2 m hohen Baumstamm eingearbeitet.

Kosten: 90 Euro, Anmeldung bis 30. 4. unter www.zivizeit.info

27. Juli bis 6. August, oder 6. bis 16. August, Hannover: „Internationale Workshop Zeichnen und Aquarellieren“

Anleitende KünstlerInnen und TeilnehmerInnen sind international besetzt. Der Workshop richtet sich an Anfänger und Hobbykünstler mit ersten Erfahrungen.

Kontakt: Zentrum für Erwachsenenbildung Stephansstift, Kirchröder Straße 44, 30625 Hannover, www.zeb.stephansstift.de

4. bis 7. September, Frankfurt: Vitamin M – gesellschaftliche Relevanz von Mediation“

Ein Kongress des Bundesverbandes Mediation e. V., mit Vorträgen, Workshops, Gesprächen mit Politikern und Politikerinnen und einem kulturellen Rahmenprogramm.

Kontakt: Bundesverband Mediation e. V., Kirchweg 80, 3419 Kassel, E-Mail info@bmev.de, www.bmev.de

Friedenspreise

Friedenstaube für zwei Schulen in Nahost

Die Arab Evangelical School im palästinensischen Ramallah und die jüdische Neve Shalom Schule bei Jerusalem haben in Washington den internationalen Friedenspreis (Peace Award) der Anglikanischen Friedenskommission (Anglican Commission on Peace) erhalten. Gewürdigt wird damit das zwanzigjährige Engagement beider Bildungseinrichtungen bei interreligiöser Erziehung und dem Friedensdialog zwischen Palästinensern und Israelis. Dotiert ist die 1995 gestiftete Auszeichnung, die bereits dem südafrikanischen Erzbischof Desmond Tutu verliehen wurde, mit 10.000 Dollar. Das Geld soll im Rahmen des Projektes Jerusalem 2000 für Bauzwecke an der Arab Evangelical Episcopal School in Ramallah verwendet werden.

Wie Schuldirektorin Samira Nasser in ihrer Rede zur Preisverleihung in der Washingtoner St. Albans Hall sagte, „ist die Region des Nahen Ostens voller alter und neuer Geschichte. Der Schmerz liegt dabei auf beiden Seiten, genauso wie die Verantwortung für eine tolerante Zivilgesellschaft.“

Mit auf die Reise von Samira Nasser nach Washington gingen auch 120 Schülerzeichnungen zum Thema Frieden, die nun in Washington ausgestellt sind. Das Preissymbol des Peace Awards besteht aus einer stilisierten Friedenstaube in zwei Teilen mit Ölweiz. Das Zusammenfügen der Taube zu einem Ganzen symbolisiert den Prozess des friedlichen Miteinanders in der Zivilgesellschaft und der Versöhnung zwischen jungen Arabern und Israelis.

Die Arab Evangelical School in Ramallah wurde im Jahr 1954 von drei engagierten Frauen aus den USA und aus Wales gegründet mit dem Ziel, besonders unterprivilegierten Kindern eine Schulausbildung zu ermöglichen. Bis heute hat sich die Schule zu einer angesehenen Einrichtung entwickelt, die von Kindern von Familien aus unterschiedlichen Religionsgemeinschaften besucht wird. Die Neve Shalom Schule bei Jerusalem ist eine israelische Bildungseinrichtung, an der jüdische und arabische Schüler gemeinsam lernen. (Siehe auch S. 38, „Galerie“)



Wussten Sie schon...

...dass mittlerweile bereits 6271 Soldatinnen in der Bundeswehr dienen? Die Mehrzahl von ihnen sind Sanitäterinnen und Musikerinnen, insgesamt dienen dort 4961 Frauen. 1760 Soldatinnen gehören dem Truppen- und Militärgeographischen Informationsdienst an und nur 204 sind Offiziersanwärterinnen. Frauen steht der Dienst in der Bundeswehr im Sanitätsdienst seit 1975 offen, seit 2001 in allen weiteren Bereichen.



Foto: graffiti

zivil berichtete...

...in Ausgabe 3/02 („Gewalt in der Pflege“) über gravierende Pflegemängel in deutschen Pflegeheimen und Krankenhäusern. Inzwischen liegt eine Studie vor, die die Medizinische Hochschule Hannover an fast 17.000 Leichen durchführte, und derzufolge jeder siebte Untersuchte vor seinem Tod falsch gepflegt worden war. Bei einem Prozent der Untersuchten waren die Pflegeschäden so schwer, dass sie auch als Todesursache in Betracht kämen.

Kurz und knapp

Europarat rügt Gewalt gegen Medien

Der Europarat fordert die Freilassung aller Medienschaffenden, die wegen kritischer Berichte inhaftiert sind. Eine Resolution der Parlamentarischen Versammlung in Straßburg beschreibt die Lage drastisch. Vor allem im Osten gebe es Gewaltakte bis hin zu Morden. Besonders in der Ukraine sei die Pressefreiheit bedroht. Das Papier nennt auch Weißrussland, Russland, Armenien sowie Mazedonien, Aserbaidschan, Kroatien, Moldawien und die Türkei. In Italien sei die politische, ökonomische und mediale Machtverflechtung von Regierungschef Silvio Berlusconi eine „Bedrohung für den Pluralismus“.

Good News



Alle Todeskandidaten in Illinois begnadigt

George Ryan, bis Januar 2003 Gouverneur von Illinois, USA, hat alle 167 zum Tode verurteilten Häftlinge in Illinois begnadigt – ganze zwei Tage vor dem Antritt seines Ruhestandes. Ryan, einst selbst Verfechter der Todesstrafe, hatte bereits im Jahr 2000 ein Moratorium für Todesstrafen verfügt, nachdem wiederholt die Unschuld von bereits zum Tode Verurteilten festgestellt wurde. Seit der Wiedereinführung der Todesstrafe wurden im Bundesstaat Illinois mit seiner von massiver Kriminalität geplagten Hauptstadt Chicago 12 Menschen hingerichtet, aber 13 wurden entlassen, weil sie ihre Unschuld nachweisen konnten. Eine Fehlerquote von 50 % in der Entscheidung um Leben oder Tod war für Gouverneur Ryan entschieden zu hoch. „Da unser System willkürlich und deshalb unmoralisch ist, werde ich nicht länger an der Todesmaschine herumbasteln“, erklärte der konservative Republikaner. Die meisten der Todesstrafen wurden von Ryan in lebenslange Haftstrafen umgewandelt, vier Todeskandidaten setzte er auf freien Fuß, nachdem er überzeugt davon war, dass sie unschuldig sind und ihre Geständnisse von der Polizei erpresst worden waren.

Die Entscheidung des ehemaligen Gouverneurs wurde von internationalen Menschenrechtsgruppen und Kirchen begrüßt. Auch der Ökumenische Weltrat der Kirchen richtete ein Dankschreiben an George Ryan.

(zivil berichtete ausführlich zum Thema Todesstrafe in Ausgabe 5/02)

Iran will Steinigung abschaffen

Iran hat der EU zugesagt, das Steinigen bis zum Tod als Strafe abzuschaffen. Die Steinigung werde durch andere Strafen ersetzt, sagte Ajatollah Mahmud Hashemi-Schahrudi, der die iranische Justiz leitet.

Krieg und Frieden

Friedenstreppe

Im Bremer Stadtteil Woltmershausen gestaltete der engagierte Künstler und Friedensaktivist Joachim Fischer eine „Friedenstreppe“. Mit offizieller Genehmigung verwandelte Fischer eine triste 13-stufige Betontreppe an der Woltmershauser Straße mit Farbe in eine „Friedenstreppe“. Auf den jetzt blauen Stirnseiten ist das Wort Frieden in 15 verschiedenen Sprachen zu lesen. Außerdem sind darauf Friedenstauben und -zeichen zu sehen. „Es kommen ausschließlich Sprachen vor, die im Stadtteil gesprochen werden“, erklärt der 41-jährige Künstler sein Werk. Das reicht von Deutsch, Russisch, Türkisch... bis hin zu Plattdeutsch. „Leider konnte ich nicht alle Sprachen aufführen“, bedauert Fischer. Drei Punkte an der untersten Stufe deuten an, dass die Friedenstreppe im Geiste um weitere Sprachen ergänzt werden muss.

Mit dieser Kunstaktion möchte Joachim Fischer ein Zeichen für Frieden und Verständigung zwischen den Menschen setzen. Er würde sich freuen, auch in anderen Stadtteilen und Städten entsprechende Objekte einrichten zu können. „Eigentlich müsste es überall Friedenstreppe geben, besonders aber vor Parlamenten, wo die Entscheidungen für Aufrüstung und Kriegsvorbereitung gefällt werden“, meint Fischer. „Vielleicht begreifen die verantwortlichen Politiker dann, dass nur Abrüstung und die friedliche Bearbeitung von Konflikten uns dem irdischen Frieden näher bringen können.“



Die Treppe zeigt das Wort Frieden von oben nach unten in folgenden Sprachen: Deutsch, Polnisch, Niederländisch, Italienisch, Bosnisch/Kroatisch/Serbisch, Türkisch, Englisch, Griechisch, Portugiesisch/Spanisch, Russisch, Französisch, Plattdeutsch. Rechts: Der Künstler Joachim Fischer

Mit dem Propheten Jesaja zur Airbase

Etwa 160 Menschen versammelten sich am 28.12.02 vor dem Westtor des amerikanischen Militärflughafens Ramstein bei Kaiserslautern. Auf Einladung des mennonitischen Friedenskomitees und unterstützt von „Pax Christi“ und „Frauen wagen Frieden“ beteten evangelische, katholische und mennonitische Christen für den Frieden und besonders für die Verhütung des angedrohten „Präventivkrieges“ gegen den Irak. Bewusst war von den Initiatoren die Ramstein-Airbase als Veranstaltungsort gewählt worden da über diesen Flughafen der Transport von Truppen und militärischem Material in den Nahen Osten geschieht. Bewusst auch die Auswahl des Datums: am 28. Dezember, dem „Tag der unschuldigen Kinder“, gedenkt der alte Kirchenkalender der von König Herodes aus Machtinteresse getöteten Kinder Bethlehems. Wolfgang Krauß vom mennonitischen Friedenskomitee erinnerte in seiner Begrüßung an die mehr als 500.000 irakischen Kinder, die an den Folgen des über zehnjährigen Embargos gestorben sind.

Christlich-islamische Friedensdiskussion

Im Bereich des christlich-islamischen Dialogs in Deutschland, der sich bisher vor allem auf Fragen der Migration und des interreligiösen/interkulturellen Zusammenlebens konzentriert hat, gibt es bisher wenig Austausch über das Thema „Frieden“.

Die „Arbeitsgemeinschaft für den Frieden“ (AGDF) initiierte daher in Zusammenarbeit mit „pax christi“ sowie Vertreterinnen und Vertretern islamischer Organisationen im Oktober 2002 einen christlich-islamischen Workshop unter dem Thema „Die Aufgabe des Friedens und das Problem der Gewalt“, mit dem Ziel, einen Dialog zwischen christlichen Friedensverbänden und islamischen Gruppierungen zum Friedensauftrag und zur Friedensarbeit in den beiden Religionen in Gang zu setzen. Über diesen Workshop ist nun eine 34-seitige Dokumentation erschienen, die erhältlich ist bei: AGDF, Blücherstraße 14, 53115 Bonn. E-Mail info@sci-d.de, www.sci-d.de

KDV-Zahlen gestiegen

Im Jahr 2002 verweigerten knapp 190 000 junge Männer in Deutschland den Kriegsdienst, rund 7 000 mehr als im Jahr zuvor. Die Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer beziffert die Verweigerer-Quote auf fast 40 % der tauglich Gemusterten. Zentralstellen-Geschäftsführer Peter Tobiasen, zivil-Lesern als Autor unserer Rechtstipps bekannt, erwartet, dass das Verhältnis auf 50 : 50 ansteigen wird. „Unsere Gesellschaft ist ziviler geworden“, so Tobiasen, ein militärisches Vorgehen sei für viele heute keine Handlungsoption mehr. Tobiasen, der sich in der Bremer Zentralstelle seit 25 Jahren für die Rechte der KDVer einsetzt, stellt bei den Gründen für die Kriegsdienstverwei-

zivil ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Freiabonnement.

zivil ist Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e. V.

Herausgeber:

Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK), Wachmannstraße 65, 28209 Bremen

Redaktion:

Pfarrer Friedhelm Schneider, Speyer (leitender Redakteur); Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat:

Günter Knebel, Bremen; Hans Seydel, Frankfurt; Dr. Volker Teichert, Heidelberg; Harald Wagner, Göppingen

Redaktionsanschrift:

Redaktion zivil, Werner Schulz, Rosenbergstraße 45, 70176 Stuttgart, Telefon 0711/636 82 14, Fax 0711/636 90 09, E-Mail redaktion.zivil@t-online.de, www.zivil.de

Vertrieb:

Vertrieb zivil, Rosenbergstraße 45, 70176 Stuttgart

Verlag und Anzeigen:

Kreuz Verlag, Irmgard Feuss, Breitwiesenstraße 30, 70565 Stuttgart, Telefon 0711/788 03-29, Fax -10, E-Mail feuss@kreuzverlag.de
Rodmann & Partner Kommunikation und Media-Service, HDV, Woldsenweg 14, 20249 Hamburg, Telefon 040/48 75 76, Fax 040/480 44 12, Mobil 0171/5212328

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom 1. 1. 2002

Das Jahresabonnement (5 Hefte) kostet 10 € einschließlich Versand. Abonnement-Bestellungen bitte nur mit dem Bestell-Abschnitt im Heft. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer Adresse.

Die Mitarbeit interessierter Leserinnen und Leser durch Artikel, Leserbriefe, Fotos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung unverlangt eingesandter Bücher und CDs kann nicht garantiert werden.

Gestaltung: Thomas Donner, Stuttgart,

E-Mail donner@comuserve.com

Druck und Verarbeitung: Schnitzer Druck, Fritz-Klett-Straße 61-63, 71404 Korb

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt). Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten davon dürfen Kopien für den persönlichen Gebrauch hergestellt werden.

ISSN 1430-5968

gerung in den vergangenen Jahrzehnten keine grundsätzliche Veränderung fest: „Das Totschießen von Menschen im Krieg ist die alles entscheidende Frage.“



Wissen Sie woher diese Datteln kommen?

Datteln mit bitterem Beigeschmack

Für das Netzwerk „Frauen für Frauen in Israel und Palästina“ haben die süßen Datteln „Made in Israel“ einen zunehmend bitteren Beigeschmack. Bereits im Mai des vergangenen Jahres haben die Frauen beschlossen, überhaupt keine Produkte aus Israel mehr zu kaufen.

Der Hintergrund: Die Handelsbeziehungen zwischen Israel und den Staaten der EU sind seit dem Abschluss des so genannten „Assoziationsvertrages“ vom 1. Juli 2000 begünstigt. Das bedeutet unter anderem, dass Einfuhren aus Israel, und das sind vor allem Agrarprodukte, unter bevorzugten Bedingungen und mit Zollpflichtbefreiungen vorgenommen werden. Als Bedingung für diese Sonderkonditionen nennt der „Assoziationsvertrag“ schon im Paragraph 2 die „Einhaltung von Menschenrechten und demokratischen Prinzipien“.

Diese Bedingung sieht das Netzwerk der Frauen durch Israel verletzt, weil auch Produkte, die in den besetzten Gebieten und den illegal errichteten Siedlungen gewachsen sind, das Label „Made in Israel“ tragen. In diesen Gebieten aber, so die Frauen, „begeht Israel systematische Verletzungen der Menschenrechte“, wie etwa kollektive Strafaktionen gegen Zivilisten, militärische Angriffe auf Wohngebiete, Untergrabung des öffentlichen Gesundheitswesens oder auch illegale Verhaftungen und sogar Folter.

Den Frauen ist der Geschmack an Früchten, die unter solchen Rahmenbedingungen gewachsen sind, gründlich vergangen. Sie lassen bei ihren Einkäufen alles, was die Aufschrift „Product of Israel“ trägt, in den Regalen stehen und drängen gleichzeitig die deutschen EU-Politiker, für eine Aussetzung des „Assoziationsvertrages“ zu votieren.

Wer mehr über die Aktion des Frauennetzwerkes erfahren möchte, findet Hintergrundberichte und E-Mail-Adressen im Internet unter www.FrauenNetzwerkNahost.de.

Wenn Nestlé das Leitungswasser verkauft

Das globalisierungskritische Bündnis Attac plant für das kommende Jahr – neben weiteren Anti-Kriegs-Aktivitäten – eine Kampagne gegen das Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services). Die Welthandelsorganisation (WTO) will die GATS-Verträge bis zum Jahr 2005 neu gestalten, mit dem Ziel einer weitgehenden Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte. Betroffen davon ist nahezu der gesamte Bereich öffentlicher Dienste, wie Post und Telekommunikation, Energie- und Wasserversorgung, Banken und Versicherungen, medizinische und soziale Dienste oder auch Bildung und Kultur. In allen diesen Bereichen sollen künftig ausländische Privatanbieter den inländischen Dienstleistern gleichgestellt sein, insbesondere auch im Hinblick auf staatliche Förderungen und Subventionen.

Attac befürchtet als Konsequenz der GATS-Neuordnung Preissteigerungen, Qualitätseinbußen, erschwerte Zugänge zu den Leistungen für sozial Schwache und „prekäre Beschäftigungsverhältnisse“.

Um auf die Gefahren aufmerksam zu machen, startete Attac jetzt eine Postkartenaktion, die beispielhafte Problemfelder, wie etwa die Trinkwasserversorgung und das Krankenhauswesen, aufgreift. Die Postkarten sind über das Internet zu bestellen: www.gats-kritik.de. Am 13. März organisieren internationale Attac-Verbände einen „Europaweiten GATS-Aktionstag“. Infos dazu unter www.attac.de/gats/. Wer regelmäßig über GATS-Aktivitäten von Attac informiert sein möchte, kann sich auf dieser Site in eine Mailingliste eintragen.



Was, wenn ein Nahrungsmittelmulti die Wasserversorgung übernimmt?

McDonald's: Nicht schuldig

Ein Gericht in New York hat die Klage der Eltern zweier übergewichtiger Kinder gegen McDonald's abgewiesen. Damit hat die Fast-Food-Kette einen vorläufigen juristischen Sieg davongetragen und ist demnach nicht verantwortlich für das Übergewicht bei Teenagern, ausgelöst durch den regelmäßigen Konsum von Hamburgern und Pommes frites. In der Klage wurde das Fastfood-Unternehmen beschuldigt, Konsumenten über den hohen Gehalt von Fett, Zucker, Salz und Cholesterin in ihren Produkten nicht zu informieren. Der zuständige Richter Robert W. Sweet vom Federal District Court befand: „Es gab keinen Beweis, dass McDonald's Informationen über die Inhaltsstoffe unter Verschluss hielt. Es war weitgehend bekannt, dass Fastfood und im Speziellen McDonald's Produkte einen hohen Anteil dieser möglicherweise schädlichen Zutaten enthalten.“ Weiter hieß es: „Keiner wird zum Verzehr der Mahlzeiten gezwungen.“



Für McDonald's war dieses Urteil von Bedeutung. Hätte das Gericht den Klägern Recht gegeben, wären Sammelklagen gefolgt. Die New York Times zitiert die Reaktion des Konzerns auf das Urteil: „Der gesunde Menschenverstand hat gesiegt“. Einer der Kläger war u. a. ein 180 Kilogramm schwerer Schüler, der den Angaben der Mutter zufolge seit seinem sechsten Lebensjahr fast jeden Tag bei McDonald's gegessen hatte. Insgesamt steckt die amerikanische Bevölkerung jährlich rund 100 Mrd. Dollar in den Konsum von Fastfood. (pte)

CampleiterInnen für internationale Jugendbegegnungsmaßnahmen gesucht

Der Service Civil International sucht für den Sommer 2003 Freiwillige zur Leitung von Workcamps im Inland. Der SCI ist eine Organisation, die sich seit 1920 der internationalen Friedensarbeit widmet. Jährlich werden mehr als 700 Workcamps in über 30 Ländern der Welt durchgeführt. Eine international gemischte Gruppe arbeitet gemeinsam an sozialen oder ökologischen Projekten. Das reicht von der Renovierung eines Jugendheimes bis hin zum Einsatz auf einem ökologischen Bauernhof. Auch in Deutschland werden etwa 60 Camps durchgeführt. Die zwei- bis dreiwöchigen Workcamps werden von jeweils zwei CampleiterInnen betreut, die in einwöchigen Seminaren im Frühjahr 2003 auf ihre Aufgabe vorbereitet werden.

Erwartet wird: Engagement in Worten und Taten und die Bereitschaft zu einer guten Teamarbeit, Englischkenntnisse, ein Mindestalter von 18 Jahren.

Geboten wird: Eine Ausbildung als Gruppenleiter/in für internationale Begegnungen und internationale Workcamps in einem einwöchigen Vorbereitungsseminar, spannende Erfahrungen in einer Leitungsrolle und interkulturelles Lernen in einer internationalen Gruppe; Bescheinigung eines pädagogischen Praktikums als Campleiter/in.

Die Campleiter/innen sind an der inhaltlichen Vorbereitung und Gestaltung der Workcamps beteiligt. Der SCI beteiligt sich an Fahrtkosten und zahlt eine Aufwandsentschädigung.

Nähere Informationen und Anmeldeunterlagen für die Vorbereitungsseminare sind erhältlich bei: Service Civil International, Deutscher Zweig e.V. (SCI), Blücherstraße 14, 53115 Bonn, Tel. 0228/212086/7, Fax 0228/264234, E-Mail info@sci-d.de, www.sci-d.de

zivil in eigener Sache

Zum Gegenstand einer wissenschaftlichen Untersuchung wurde zivil im vergangenen Jahr: „Der alternative Fremde. Das Bild des Fremden in den Medien der Friedens- und Eine-Welt-Arbeit“. Das „KomTech-Institut“ Solingen untersuchte mit dieser Fragestellung unsere und fünf weitere Zeitschriften. Das Ergebnis lag bis Redaktionsschluss nicht vor. Aber der Termin einer Tagung, die sich mit den Untersuchungsergebnissen befassen wird, der steht schon fest: 4. bis 6. April, Evangelische Akademie Iserlohn. Von dort können sich Interessierte das ausführliche Programm der Tagung zusenden lassen: Telefon 02371/3520

Online

Hier sammelt zivil interessante Adressen aus dem Internet. In dieser Ausgabe: Links rund um den drohenden Krieg gegen Irak.

USA

www.peacepledge.org

Eine Unterschriftensammlung amerikanischer Friedensgruppen gegen einen Kriegseinsatz im Irak

www.sojournal.net

Homepage der christlichen Friedensgruppen „sojourners“, die u. a. einen regelmäßigen und kostenlosen E-Mail-Rundbrief herausgibt, zu Themen rund um „Spiritualität, Politik und Kultur“. Im Augenblick dreht sich alles um die Frage: Warum will die Bush-Regierung den Bombenkrieg gegen Irak. Die Homepage macht sehr gut die Vielfalt der amerikanischen Friedensbewegung deutlich.

www.crimesofwar.org

Diese Site wurde ins Netz gestellt von einer US-amerikanischen Vereinigung von Journalisten, Rechtsanwälten und Wissenschaftlern mit dem Ziel, die Öffentlichkeit auf Kriegsverbrechen aufmerksam zu machen. Ein Schwerpunkt der (auf Englisch) veröffentlichten Dossiers ist die sich seit dem 11. September 2001 verändernde Rechtsauffassung in Bezug auf die Bekämpfung des Terrors.

weltweit

www.wcc-coe.org/dov

Die neue Website des Ökumenischen Rates der Kirchen für die „Dekade zur Überwindung von Gewalt 2001-2010“. Auch auf dieser Site dreht sich augenblicklich nahezu alles um den drohenden Krieg. Stellungnahmen und Aktionen aus zahlreichen Ländern und Kirchen werden vorgestellt.

www.journalismus.com/irak

Eine umfassende und ständig aktualisierte Linksammlung mit den wichtigsten Informationsquellen zum Golfkrieg bietet dieses Journalistenportal. Wer die aktuellen UN-Meldungen oder die Vorträge im Sicherheitsrat im Originaltext lesen will, der wird hier immer fündig. Das Angebot reicht bis hin zu Beiträgen aus arabischen Medien oder internationalen Karikaturen. Er gibt außerdem Audio- und Videofiles.

Deutschland

www.ecunet.de/gewaltueberwinden/gew.aktuelles/gew_aktuelles2/

Bietet eine Übersicht über Stellungnahmen zum Irak-Krieg aus der Ökumene und den deutschen Kirchen. Die Site wird laufend erneuert.

www.wecker.de

Konstantin Wecker hat nicht nur durch seine Reise in den Irak Engagement gegen den drohenden Krieg gezeigt, er hat sich auch während der Demonstration in München am 8. 2. mit dem Friedensforscher Tobias Pflüger solidarisiert, der wegen des Aufrufs zur Fahnenflucht angezeigt wurde. Zusammen mit seiner Frau Annik hat der Liedermacher auf seiner Website ein neues Fenster eröffnet, das sich unter dem Titel „Hinter den Schlagzeilen“ dem drohenden Golf-Krieg widmet. Zahlreiche interessante Links, Dokumentationen von reden (z.B. Drewermann), Aufrufe und Appelle sind dort eingestellt. Ein Besuch lohnt sich.

www.resistthear.de

Ein Aufruf gegen den Angriff auf den Irak, den jeder persönlich und mit Selbstverpflichtungserklärungen unterschreiben kann, hat die Friedenskooperative aus Bonn ins Netz gestellt. Dort finden sich auch Hinweise auf aktuelle Veranstaltungen gegen den Krieg.

www.ipppnw.de/frieden/irak/

Auf der Homepage der internationalen Organisation „Ärzte gegen den Atomkrieg“ kann man aktuelle Umfrageergebnisse zum drohenden Krieg aus ganz Europa und den USA einsehen. Bemerkenswert ist auch die Sammlung „Stimmen gegen den Irak-Krieg“, die starke Worte von Politikern, Militärangehörigen, Kirchenvertretern und Friedenswissenschaftlern enthält.

www.deutschland-sagt-nein.de

Eine neue Aktion hat der Münchner Stern-Korrespondent Georg Wedemeyer initiiert: Man überweist einen (nur einen!) Euro auf ein Sonderkonto und demonstriert damit, dass man seine Stimme gegen den Irak-Krieg erhebt. Das gesammelte Geld wird am Ende die Zahl der Anti-Kriegs-Stimmen repräsentieren und außerdem die Arbeit der Organisation „Ärzte ohne Grenzen“ in verschiedenen Kriegsgebieten unterstützen. Gute Idee und gute Aktion.

Claire

Eine kurze Geschichte vom Vergessen



Claire, eine junge Frau um die dreißig, wird von ihrer Schwester in eine Klinik gebracht, weil sie auffällig viel vergisst. Ist ein Blitzschlag während eines Spaziergangs der Grund für ihre Gedächtnisschwäche oder ist sie Anzeichen einer Alzheimer-erkrankung wie bei ihrer Mutter? Claire trifft auf den traumatisierten und depressiven Philippe, der den schrecklichen Autounfall verdrängt, bei dem seine Frau und sein kleiner Sohn ums Leben kamen. Sie verlieben sich ineinander und Claire zieht in der Klinik ein. Es entwickelt sich eine erotisch-sinnliche Beziehung, in der Philippe seine Freude am Leben und an der Liebe wiederfindet. Der Klinikleiter weiß inzwischen, dass Claire an Alzheimer leidet und ihr nur noch eine begrenzte Zeit bleibt. Während Philippe durch Claire sich schmerzlich an den tragischen Unfall zu erinnern beginnt, sind bei ihr selbst alle Bemühungen, ihren Verfall aufzuhalten, vergeblich. Am Ende erkennt sie sogar ihren Geliebten nicht mehr und versinkt langsam und unaufhaltsam in ihrem Vergessen.

Erzählerisch differenziert, visuell erfindungs-



reich und überzeugend stellt sich der Film der schwierigen Aufgabe, das angstbesetzte Thema Alzheimer darzustellen. Schon der Anfang des Films macht das Publikum mit Situationen vertraut, in denen die Grenze zwischen Normalität und psychischer Abweichung sich verschiebt. In eindringlichen subjektiven Kameraeinstellungen nimmt es an dem Auflösungsprozess der Identität einer jungen Frau teil, gegen den alle liebevolle Zuwendung machtlos ist.

Die herausragende schauspielerische Leistung von Isabelle Carre als Claire eröffnet eine Nähe zu den Gefühlen und inneren Kämpfen, die den Ausbruch der Erkrankung begleiten. Zugleich teilt der Zuschauer mit Philippe die Ohnmacht und den Schmerz angesichts eines solch zerstörerischen Gedächtnisverlusts.

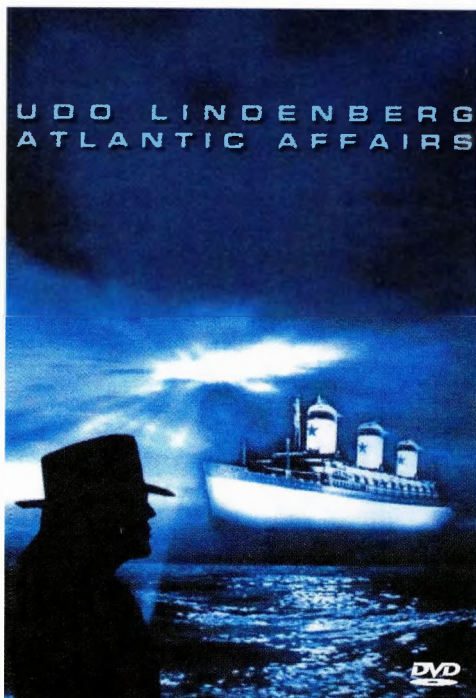
Der Film „Claire“ wurde von der Jury der Evang. Filmarbeit zum Film des Monats Januar 2003 gewählt.

Regie: Zabou Breitmann; Buch: Zabou Breitmann, Jean-Claude Deret; Produktion: Stéphane Marsil, Hugo Films, Frankreich 2001

Atlantic Affairs

In New York entdeckt Sänger Udo Lindenberg Koffer von deutschen Künstlern, die in den 30er Jahren Zuflucht in Übersee fanden. Koffer voll Hinterlassenschaften: abgerissene Notenskizzen, vergilbte Musiktexte und immer wieder auch vollendete Songjuwelen. Zurück auf dem Ocean-Liner, gemeinsam mit illustren Bekannten von der Schiffsbesatzung, entsteht die Vision einer großen Bühnenshow.

Lindenberg und seine Begleiter, Freundinnen, Sängerinnen und Musiker, öffnen die Koffer, probieren die Lieder aus und singen sie sich zurecht auf ihren Stil von heute – Hiphop-Sound, geheimnisvolle Drum'n-Bass-Loops, Punk und Panik, Diva und Drama. Sie singen die großen Lieder von Marlene Dietrich, den Comedian Harmonists sowie eigene Kostbarkeiten aus Udo Lindenegs persönlichem Repertoire. Der ewig-moderne Spirit aus diesen zwanzig Koffern ist heute auf rätselhafte Weise wieder aktuell: Frechheit und Widerstand, Liebe und Lust. Politisches Wachsein, Erfindung und Provokation



Filme des Jahres

Zum „Spielfilm des Jahres“ wählte die Jury der Evangelischen Filmarbeit für das Jahr 2002 den Kinofilm „Reise nach Kandahar“ von Mohsen Makhmalbaf (Iran/Frankreich 2001). Der Film erzählt von der Reise einer aus Afghanistan stammenden Journalistin, die in Kandahar ihre unter den Taliban leidende Schwester vor dem Selbstmord retten will.

Als „Dokumentarfilm des Jahres 2002“ zeichnete die Jury den Film „War Photographer“ von Christian Frei (Schweiz 2001) aus. Der Film porträtiert den amerikanischen Fotografen James Nachtwey.

Seit 50 Jahren zeichnet die Jury der Evangelischen Filmarbeit einen aktuellen Kinofilm mit dem Prädikat „Film des Monats“ aus. Zum Abschluss des Kinojahres werden die „Filme des Jahres,“ gewählt.

zivil-Fazit: Deutsch-jüdische Emigranten der Nazi-Zeit – ein dunkles Kapitel, erstmals erzählt als multimediales Event aus Spielfilm, Zeitdokument und Bühnenshow – durchaus sehenswert.

Ab 10. Februar auf Video und DVD

Michael Wilke

Wasser ist keine Handelsware

Die Vereinten Nationen erklärten 2003 zum „Jahr des Süßwassers“

Frank Kürschner-Pelkmann: „Wasser - Gottes Gabe, keine Ware. Wasserwirtschaft in Zeiten der Globalisierung.“ Hrsg. vom Evang. Missionswerk in Deutschland (EMW), Hamburg 2002, 189 Seiten. Kostenloser Bezug: EMW, Tel. 040/25456-148, Fax -448, E-Mail: service@emw-d.de

Besprochen von Jörg Benzing

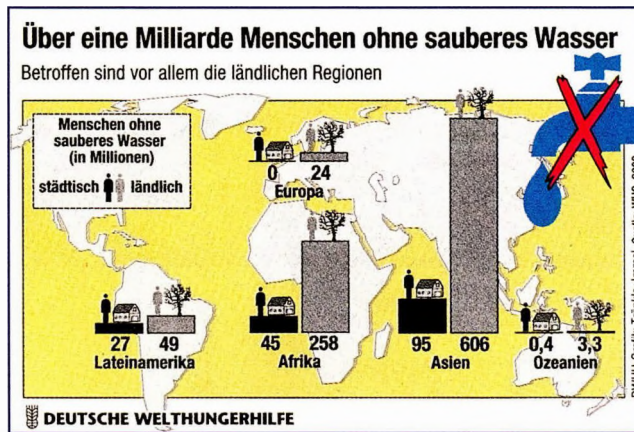
Rund 1,2 Milliarden Menschen leben gegenwärtig ohne sauberes Trinkwasser. In vielen Regionen muss Wasser aus bis zu zweihundert Meter tiefen Brunnen gefördert werden. Industrialisierung und der steigende Bevölkerungsdruck lassen den Grundwasserspiegel dort weiter absinken. Der Tschadsee hat innerhalb weniger Jahrzehnte über 90 Prozent seines Volumens eingebüßt.

Die Krise durch ungleiche Verteilung, Verschwendung, unsinnige Staudammprojekte und zwischenstaatliche Konflikte um Wasserrechte wird verschärft durch Bestrebungen, das Wasser zum Gegenstand einer freien Wirtschaft zu machen. „Wenn Wasser zur Ware wird, führt dies sozial und ökologisch in die Katastrophe“, behauptet der Journalist und Autor Frank Kürschner-Pelkmann. Aus dieser Kernthese leitet er in seiner faktenreichen Studie „Wasser – Gottes Gabe, keine Ware“ die Notwendigkeit ab, „sich gegen die Privatisierung der Wasserversorgung zur Wehr zu setzen“.

Es sei bislang nicht erwiesen, dass private Unternehmen eine bessere Versorgung garantierten als öffentliche. „Global player“ wie Vivendi (Frankreich), Thames Water (Großbritannien) und Eon (Deutschland) versuchen seit Jahren, ihre Position im Markt der Daseinsvorsorge zu verbessern. Dabei haben sie zum Teil riesige Schuldenberge aufgehäuft, Vivendi beispielsweise 34 Milliarden.

„Das Recht auf sauberes Wasser ist ein Menschenrecht“, so Kürschner-Pelkmann in seiner „Streitschrift“. Er verweist auf die Botschaft vieler Religionen, die dem Menschen den Schutz von Erde, Kreatur und Wasser auftragen. Die Verantwortung sei global gemeint und zu verstehen. „Von daher ist es konsequent, dass sich viele Christen in Organisationen wie Greenpeace engagieren.“

In „50 Schritten für das Wasser“ formuliert der Autor detaillierte Grundsätze eines zeitgemäßen Bewusstseins vom Umgang mit dem „gemeinsamen Gut“. Wie die ganze Studie sind diese akribisch recherchiert. Die zahlreichen Quellverweise ermöglichen eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Thema, das unter anderem auf dem Weltgipfel in Johannesburg diskutiert wurde (www.weltgipfel2002.de) und dessen sich auch die Vereinten Nationen angenommen haben. Sie haben 2003 zum „Jahr des Süßwassers“ erklärt und wollen auf die Gefährdung dieser Ressource aufmerksam machen, die bereits in über 80 Ländern der Erde Mangelware ist. (www.unesco.org/water/iyfw2/)



Selbstbewusst und gesund

Magdalena Köster: GegenPower. Zivilcourage, Mut & Engagement, dtv pocket reader, München 2001, 9 Euro

Besprochen von Martin Staiger

Die Zeitungen sind voll davon. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht von Jugendlichen berichtet wird, die andere erpressen oder „abziehen“, von Erwachsenen, die wegschauen, wenn in ihrer unmittelbaren Nähe eine Frau misshandelt wird oder von Rechtsradikalen, die Ausländer oder Andersdenkende verfolgen, quälen oder gar töten. Wenn Menschen bedroht oder angegriffen werden, schauen die so genannten „Mitmenschen“ viel zu oft weg und mischen sich viel zu selten ein. Es gibt jedoch auch Menschen, die in solchen Situationen Mut beweisen und beherzt eingreifen.

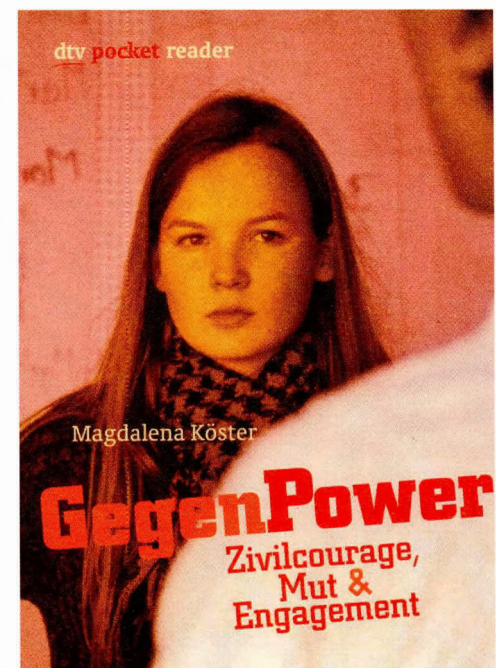
Die in München lebende Journalistin Magdalena Köster hat negative und positive Beispiele von Gewalt und Widerstand gegen Gewalt, von Wegsehen und sich Einmischen gesammelt. Sie hat mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie mit Fachleuten auf dem Gebiet der Gewaltforschung und der Gewaltprävention Interviews geführt und lässt sie ausführlich zu Wort kommen. Dazu ein bisschen NS-Geschichte, ein bisschen Milgram-Experiment und ein bisschen Julia Hill, die zwei Jahre auf ihrem Mammutbaum „Luna“ wohnte.

Eine tiefere Analyse der Gründe für die in dem Buch benannten Probleme fehlt fast durchgehend. Und dann werden auch noch falsche Begriffe verwendet: So bezeichnet man in dem Buch etwa „extreme Bestrafungsmaßnahmen der Eltern oder der Schule“ als „strukturelle Gewalt“. Das ist schlichtweg falsch. Der von dem Friedens- und Konfliktforscher Johan Galtung 1975 geprägte Begriff der „strukturellen Gewalt“ bezeichnet nicht durch Personen, sondern durch Gesetze, Durchführungsverordnungen oder allgemein akzeptierte Bewusstseinslagen wirkende Gewalt. Dass die Bundesrepublik Deutschland sich Jahr für Jahr weiter von ihrem grundgesetzlich fixierten Auftrag entfernt, ein solidarisches Gemeinwesen zu sein, und dass ein solches inzwischen mehrheitsfähiges Bewusst-

sein strukturelle Gewalt darstellt sowie sich auf die Gewaltbereitschaft auswirken könnte, thematisiert Köster nicht einmal ansatzweise. Die tiefste politische Analyse liefert bezeichnenderweise weder die Autorin noch einer der zitierten Experten, sondern eine 17-Jährige, die sich in der Initiative „Free the Children“ für die Ächtung und Abschaffung der Kinderarbeit einsetzt.

Letztendlich, so die Botschaft, lohnt sich Engagement. Schließlich wurde „in ganz ernsthaften Untersuchungen festgestellt“, dass Mut und Zivilcourage „selbstbewusst und gesund“ machen, heißt es bereits im Vorwort. Eine solch utilitaristische Sichtweise ist Teil des Problems und lässt den nicht Gesunden und nicht Selbstbewussten Gewalt als attraktive „Lösung“ erscheinen.

So bleibt das Buch ein Appell, doch irgendwie ein bisschen netter miteinander umzugehen. Dass dies Not tut, wusste man aber auch schon vorher.





Anstieg der deutschen Waffenexporte befürchtet

Kirchliche Fachgruppe legt „Rüstungsexportbericht 2002“ vor

Von Friedhelm Schneider

„Die gemeinsame Vision der Kirchen von Humanität und unsere ökumenische Verpflichtung gegenüber den Menschen, die von den Folgen des Krieges und überhöhten Rüstungsausgaben betroffen sind, erlauben uns nicht, die Augen zu verschließen vor dem Leid, das durch die Verbreitung von Rüstungsgütern verursacht wird.“ (Veronika Büttner) Um die Transparenz in einem umstrittenen Kapitel deutscher Außenwirtschaftspolitik zu erhöhen und die Wahrnehmung demokratischer Kontrolle zu fördern, gibt die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) seit 1997 einen jährlichen Rüstungsexportbericht heraus.

Der Ende 2002 vorgelegte aktuelle Bericht wertet wieder umfangreiches Zahlen- und Quellenmaterial aus dem Vorjahr aus. Demnach beliefen sich die globalen Rüstungsausgaben 2001 auf 145 Euro pro Kopf der Weltbevölkerung, ihr Gesamtbetrag lag bei etwa 892 Milliarden Euro. Die Hälfte dieser astronomischen Summe entfiel auf die Gruppe der insgesamt fünf Staaten mit den größten Militärbudgets. Deutschland hat 2001 seinen Platz unter den Spitzenreitern der großen Rüstungsexporteure behauptet und liegt nach Russland, den USA, Frankreich und Großbritannien weiterhin auf Platz 5. Nach wie vor geht etwa ein Drittel der deutschen Rüstungsexporte in Entwicklungsländer. Unverändert steht dieser Sachverhalt in deutlichem Widerspruch zum Regierungsgrundsatz „Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik“.

Zwar hat der Gesamtwert der Waffenlieferungen im Berichtsjahr abgenommen, doch verzeichnen die Genehmigungen für künftige Exporte einen Anstieg um fast 30%. Nach Aussage des evangelischen GKKE-Vorsitzenden ist zu befürchten, dass wir es derzeit „lediglich mit einer Ruhe vor dem Sturm“ zu tun haben. So folgt aus den der Bundeswehr auferlegten Sparzwängen abrüstungspolitisch nicht automatisch Gutes: „Wenn der Bedarf der Bundeswehr nicht ausreicht, um den Bestand einer deutschen Rüstungsindustrie zu gewährleisten, wird es nahe liegen, die Erleichterung von Rüstungsausfuhren als Mittel zu legitimieren, um die Rüstungsfertigung in Deutschland zu erhalten.“

Zu Recht unterstreicht der Rüstungsexportbericht die Notwendigkeit von Endverbleibskontrol-

len, die einen verdeckten Transfer von Kriegstechnologien in Krisengebiete verhindern. Auch im Kontext der Terrorbekämpfung muss eine Friedenspolitik, die diesen Namen verdient, auf die unterschiedliche Eindämmung von Rüstungsexporten hinwirken, denn: „So viel auch über die Quellen und Ursachen des „Terrors“ spekuliert werden mag, so unwiderlegt ist, dass die unkontrollierte Verbreitung von Waffen ihren gehörigen Beitrag dazu geleistet hat und leistet, Gewaltherrschaften zu errichten und Lebensbedingungen von Menschen wie Gesellschaften zu zerstören.“

Nähere Informationen: www.gkke.org

Gegen die Diskriminierung griechischer Kriegsdienstverweigerer

Appell des Europäischen Büros für KDV

Anlässlich der griechischen EU-Präsidentschaft 2003 hat das Europäische Büro für KDV (EBCO) griechische Europa-Abgeordnete und den Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments aufgefordert, die derzeit strafverfolgten griechischen KDVer zu amnestieren. Bei den angesprochenen Fällen handelt es sich um „Alt-Verweigerer“, die schon vor dem Inkrafttreten des restriktiven griechischen KDV-Rechts (1998) den Militärdienst abgelehnt haben, sowie um Zeugen Jehovas, denen das Recht auf KDV aus formalen Gründen nicht zugesprochen wurde. Wir zitieren aus dem EBCO-Appell:

„16 griechische KDVer leiden unter legaler Verfolgung – einige von ihnen seit mehr als 10 Jahren. Bürgerliche Grundrechte werden ihnen vorenthalten, sie dürfen nicht ins Ausland reisen, haben kein aktives oder passives Wahlrecht, dürfen keine Stelle im öffentlichen Dienst erhalten. Haftstrafen und wiederholte Einberufungen zur Armee haben sie hinter sich und müssen gleiches für die Zukunft befürchten. Wir fordern, dass die legale Verfolgung griechischer Bürger – nur weil sie als KDVer den Militärdienst ablehnen – jetzt beendet wird!“ F. S.

Europäisches Parlament aktuell

Rüge für griechische Zivildienst-Praxis

In seiner „Entschließung zur Lage der Grundrechte in der EU (2001)“ fordert das Europäische Parlament Griechenland auf, „das Recht auf Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen vorbehaltlos und ohne Verweis auf religiöse Motive anzuerkennen, Alternativen zum Wehrdienst einzuführen, die nicht von längerer Dauer sind als der eigentliche Wehrdienst, sowie Personen, die in diesem Zusammenhang Haftstrafen verbüßen, umgehend freizulassen“. (Ziff. 42)

Derzeit haben griechische KDVer nach ihrer Anerkennung einen streng reglementierten Ersatzdienst zu leisten, der 18 Monate länger dauert als der Militärdienst.

Aufforderung zu grundrechtskonformer Terrorismusbekämpfung

Die am 15.01.2003 angenommene Grundrechte-Resolution appelliert weiterhin an die EU-Mitgliedsstaaten, „bei der Bekämpfung des Terrorismus auf keinen Fall gegen die Grundrechte zu verstoßen und gegen alle Beschränkungen dieser Grundrechte vorzugehen“. (Ziff. 26)

Nein zu einem militärischen Präventivschlag gegen den Irak

Mit klaren Worten erteilten die Europa-Abgeordneten militärischen Präventivaktionen gegen den Irak eine Absage: Das Europäische Parlament „lehnt jede einseitige Militäraktion ab und ist der Überzeugung, dass ein Präventivschlag weder dem Völkerrecht noch der UN-Charta entsprechen und die Krise verschärfen würde, in dem andere Länder in der Region darin verwickelt würden; (es) betont, dass alles getan werden muss, um ein militärisches Eingreifen zu verhindern“. (Entschließung zur Lage im Irak vom 30.01.2003, Ziff. 6) F. S.

Buchtipps

„Friedensinitiativen in der Geschichte“ veranschaulicht ein Band, in dem der Berliner Pädagoge Karlheinz Lipp Texte, Unterrichtsmaterialien und Literaturhinweise zum historischen Pazifismus zusammengestellt hat. Im Mittelpunkt des Aufsatzteils stehen Porträts friedensbewegter Pädagogen und Theologen aus Kaiserzeit und Weimarer Republik. Die Unterrichtsmaterialien spannen einen weiten Bogen von St. Martin bis Martin Luther King.

Zusammen mit der zivil-extra-Nummer „NEIN zum Krieg!“ ist das Buch friedensengagierten Lehrerinnen und Lehrern als anregende Materialsammlung zu empfehlen. Als Lesebuch und Fundgrube eignet es sich darüber hinaus für alle, die die Erinnerung an zu Unrecht vergessene Friedensstifter wach halten wollen. F. S.

Karlheinz Lipp: Friedensinitiativen in der Geschichte, Centaurus Verlag, Herbolzheim, 2002

Zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003:

„Der Modernisierungsbedarf ist groß“

zivil-Interview mit dem Präsidenten des Diakonischen Werkes, Pfarrer Jürgen Gohde, über deutsche Behindertenhilfe im europäischen Vergleich

zivil:

Herr Gohde, das Motto des Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderungen lautet „Nichts über uns ohne uns“. Das klingt überraschend selbstbewusst.

Jürgen Gohde:

Ich halte das für ein gutes, weiterführendes Motto. Das Muster, nach dem Strukturen der Behindertenhilfe sich entwickelt haben, hat sich in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren grundlegend geändert. Man kann sagen, dass aus der starken Körperbehindertenbewegung und aus der Behindertenbewegung insgesamt eine Tendenz entstanden ist, die den Aspekt der Fürsorge stark zurücktreten ließ und sehr viel mehr Partizipation eingefordert hat, sehr stark die Kompetenz der Behinderten für ihre Lebenslagen zur Geltung bringt, und das verändert natürlich auch unsere Arbeit, denn: Selbstbewusste Menschen, die Leistungen nachfragen, beanspruchen damit natürlich auch, gehört zu werden bei der Gestaltung von Hilfskonzepten, wollen selber mitbestimmen. Ich halte diese Tendenz für richtig und gut.

zivil:

Das klingt fast wie ein Wechsel in der Perspektive.

Jürgen Gohde:

Das ist ein wirklicher Perspektivwechsel. Es wird Partizipation verlangt. Ich denke z. B. an die Ausstellung „Der Im-perfekte Mensch“, die für das Bewusstsein von Menschen mit Behinderungen ausgesprochen wichtig gewesen ist. Ich denke an das Antidiskriminierungsgesetz, an das Gleichstellungsgesetz, das sind alles Impulse, die unsere Arbeit verändern. Für mich ist ganz besonders wichtig, dass man, wie im Bereich des europäischen Arbeitsrechts, im Bereich der rechtlichen Bestimmungen, die Frauen betreffen, jetzt auch eine Bewegung hat, die in ganz großer Breite die Position von Menschen mit Behinderungen verändert.

Wir haben früher häufig Menschen daraufhin betrachtet: Welche Fürsorge brauchen sie, wo liegt der Mangel, wo liegt das Defizit. Wir schauen heute sehr viel stärker auf die äußeren Faktoren und fragen uns: Was können wir tun, damit Menschen, die ein bestimmtes Handicap haben, unmittelbar Zugänge haben. Wie können sie teilhaben, wie können sie die Teilhabe gestalten – und das ist der entscheidende Punkt.

zivil:

Wenn wir so etwas wie eine Pisa-Studie zur Behindertenhilfe hätten: Wo würden Sie im europäischen Vergleich die deutsche Behindertenhilfe einordnen?

Jürgen Gohde:

Die deutsche Behindertenhilfe ist fachlich auf einem sehr guten Standard, insbesondere auch, was Arbeitsangebote angeht. Die deutsche Behindertenhilfe hat in den letzten Jahren einen ganz massiven Enthospitalisierungsprozess begonnen und in erheblichen Teilen realisiert. Einrichtungen machen ambulante Wohnangebote, sie betonen sehr viel stärker das Element des Gruppenwohnens, sehr viel stärker auch individuelle Ansätze.

Wir haben in den vergangenen Jahren gelernt, u. a. von den Schweden. Die Schweden haben wesentlich früher als die deutsche Gesetzgebung das getan hat, diese Modelle unter dem Stichwort der Normalisierung entwickelt. Die Schweden hatten z. B. nach eigenen Angaben im Jahr 2001 nur noch 170 Menschen in Institutionen leben. Das ist ein völlig anderes Bild der gemeindenahen, sozialraumorientierten Hilfe für Menschen mit Behinderungen. Und in diese Richtung könnte das und sollte das eigentlich in Deutschland auch gehen. Das ist ein ganz breiter Reformprozess, der ansetzt bei der Lebenssituation. Und was in diesem Jahr mit rüberkommen muss, ist, dass wir sehr viel mehr Menschen haben, die mit einer Behinderung alt werden können. Das ist vielen überhaupt nicht deutlich. Früher hat man, gerade bei Menschen mit einer geistigen Behinderung, immer noch mit einer sehr begrenzten Lebenszeit gerechnet. Heute haben wir Menschen, die ein Down-Syndrom haben z. B., die ohne weiteres über 50, an die 60 Jahre und z. T. noch älter werden. Und diese Menschen brauchen dann entsprechende Formen, in denen sie im Alter mit anderen Menschen leben können.

Und dann gibt es eine weitere Herausforderung – die für dieses Jahr ausgesprochen spannend sein wird: Wir haben ja in Deutschland jetzt auch diese Diskussion um die Präimplantationsdiagnostik und die Pränataldiagnostik. Wir sehen in einigen europäischen Ländern, in denen solche Diagnoseverfahren angewandt werden, dass die Zahl von Menschen mit Behinderungen zurückgeht. Die Menschen, die mit einer Behinderung leben und die dann möglicherweise bei einem solchen diagnostischen Verfahren fürchten, dass ihr Lebensrecht bestritten wird, sehen das mit großer Sorge. Wir auch. Man muss sich an dieser Stelle schon Gedanken machen um die Standards. Man muss sich in diesem Jahr – das ist eine der ganz großen

Chancen – verständigen, wie wir mit diesem Lebensrecht der Menschen mit Behinderungen auch künftig umgehen. Als Diakonie – und ich könnte das für viele der Behindertenverbände genauso sagen – treten wir für dieses ungeschmälernte Lebensrecht dieser Menschen ein.

Wir wissen auf der anderen Seite auch, dass Menschen, die schwer behindert sind, sich von modernen medizinischen Diagnose- und Behandlungsverfahren ausgesprochen viel erhoffen. Das ist auch wieder so ein Punkt, wo die unmittelbare Äußerung der Betroffenen einfach zählt. Das ist ganz entscheidend.



Pfarrer Jürgen Gohde (55) ist seit 1994 Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland und in dieser Funktion u. a. Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Das Diakonische Werk vertritt rund 30 000 Einrichtungen mit insgesamt rund 400 000 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Damit gehört es zu den größten Arbeitgebern in Deutschland. Etwa 105 000 Mitarbeitende umfasst der Bereich Behindertenhilfe. In den 1032 Behindertenheimen des Diakonischen Werkes werden 53 000 Menschen stationär betreut. Hinzu kommen etwa 2 200 Tageseinrichtungen, wie z.B. Beratungsstellen u. ä. Mit 22 286 beschäftigten Zivis ist die Diakonie der größte Anbieter von Zivildienststellen, 4 879 Zivis arbeiten in der diakonischen Behindertenhilfe.



„Nichts über uns ohne uns“. Das Motto des Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderungen

Ambulant vor stationär

zivil:

Die Teilhabe der behinderten Menschen an allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, das scheint für Menschen, die etwa in Anstalten leben, ja oft schon allein daran, dass es die Anstalten gibt. Die Institution selber schafft Grenzen, die die Behinderten nicht ohne weiteres überwinden können. Ist da nicht ein Widerspruch erkennbar zwischen den Interessen der Anstalten und derer, die dort leben? Die Heime wollen existieren, vielleicht sogar expandieren, die behinderten Menschen wollen leben und wohnen wie Sie und ich, durchaus in einer Gemeinschaft – aber eben nicht in einem Ghetto.

Jürgen Gohde:

Ich bin mit Ihnen völlig einig. Ich denke, dass das Interesse, möglichst selbst bestimmt zu leben, möglichst selbst bestimmt seinen Alltag gestalten zu können, tatsächlich das Hauptlebensziel nicht nur vieler Menschen mit Behinderung, sondern im Grunde das aller Menschen ist. Das bedeutet aber, dass wir Grundausrichtungen sozialer Versorgungsangebote auch so gestalten müssen. Unser Sozialrecht kennt ja den Grundsatz, dass ambulante Dienste vor stationären Diensten aufgebaut werden sollen. Das ist auch völlig unstrittig, solange man nicht über das Geld diskutiert. Ambulante Dienste sind, wie jeder weiß, heute nicht nur etwa gleich teuer – es fehlen manche Investitionskosten, aber auf der anderen Seite müssen viele persönliche Angebote gemacht werden – aber sie haben einen ganz, ganz hohen Wert. Und deswegen kommt dieser Grundsatz des selbst bestimmten Lebens und des ambulanten Angebots in einer Zeit, in der das Geld knapp wird, natürlich unter ganz besonderen Druck.

Ich erlebe das als eine ausgesprochen schwierige Situation, dass augenblicklich schon wieder auch die Position vertreten wird, die Heimunterbringung sei billiger als die ambulante Unterbringung, und Menschen mit Behinderung erfahren das auch so. Das bringt uns in eine sehr schwierige Lage.

Der Modernisierungsbedarf ist groß. Die deutsche Tradition ist ja nicht zuletzt dadurch geprägt worden, dass man im 19. Jahrhundert und über weite Phasen des 20. Jahrhunderts diesen Institutionsaspekt unter dem Fürsorgeparadigma als ein zentrales Strukturelement gesehen hat und der Abschied von diesem Paradigma, der wird u. a. auch viel Geld kosten. Das ist der Grund, weswegen wir bei der „Aktion Mensch“ auch beschlossen haben, Umstellungsprogramme zu fördern. Um genau diese sich verändernde gesellschaftliche Situation aufzunehmen und bei neuen Angeboten insbesondere auf gemeindenaher, auf sozialraumnahe Elemente zu setzen und auch darauf zu verzichten, weiter ganz große Einrichtungen zu bauen.

„Die Chancen sind groß“

zivil:

Wurden konkret schon große Einrichtungen zurückgebaut und geschlossen?

Jürgen Gohde:

Wir haben schon Umstellungsprogramme im Gange, ganz großes Beispiel ist die Einrichtung Hephata in Mönchengladbach, wo ganz große Wohnbereiche entflochten werden und ein Mix entsteht von Familien – die z. B. im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus Wohnungen suchen – und Angeboten für Menschen mit Behinderungen.

Die Chancen sind groß, man muss rangehen und man muss die Lebensform stützen, die der einzelne Mensch tatsächlich braucht. Aber ohne den gesellschaftlichen Willen geht das nicht. Die Schweden haben das auch nicht ohne ein entsprechendes Gesetz geschafft. Und deshalb ist für uns auch wichtig, dass das Gleichstellungsgesetz da ist.

Es wird sich in den nächsten Jahren zeigen, was uns Menschen mit Behinderung wert sind und was uns der Grundsatz des selbst bestimmten Lebens tatsächlich auch gesellschaftlich bedeutet.

zivil:

Wie schätzen Sie die Einstellung der Gesamtgesellschaft ein, gegenüber einer stärkeren Aufnahme von Behinderten ins alltägliche Leben? Man hört ja mitunter schon, wenn etwa neue Wohngruppen in bestimmten Gebieten entstehen sollen, dass es dann auch Widerstände, etwa Unterschriftenlisten der Anwohner gibt.

Jürgen Gohde:

Alles, was einem fremd ist, löst Angst aus. In einer Situation, in der sich viele Menschen in ihrem Lebensstandard bedroht sehen, steckt natürlich auch die Gefahr, dass sich Ausgrenzungsprozesse wieder verstärken. Ich habe aber den Eindruck in den letzten Jahren, dass einmal die Erfahrung nach dem Zweiten Weltkrieg entscheidend dazu beigetragen hat, die Einstellung der Gesellschaft zu Menschen mit Behinderung zu verändern. Das ist aus meiner Sicht ein unumkehrbarer Prozess. Und man wird sich auch daran gewöhnen müssen, das ist ja der Kern des Normalisierungsprinzips, dass in jedem Wohnbereich auch Menschen mit Behinderungen leben. Das sollte ganz selbstverständlich sein, ohne Sonderregelungen. Das bedeutet aber andererseits, dass wir uns über Bauvorschriften und andere bürokratische Hemmnisse wirklich Gedanken machen.

Und wenn Sie mich fragen, was die Veränderung der Einstellung in der Gesellschaft besonders beeinflusst hat, dann nenne ich – neben Entwicklungen der pädagogischen Wissenschaft – insbesondere die Zivildienstleistenden. Die haben mit ihrer Arbeit in diesem Umfeld die Gesellschaft nachhaltig verändert. Es sind ja nicht zuletzt junge Männer, die die Einstellung zu verwundetem Leben, zu beschädigtem Leben verändert haben. Und eben auch die Rolle von Männern in diesem ganzen Feld. Wenn man in 20, 30 Jahren auf die Geschichte zurückschauen wird, dann wird man diesen Faktor, den Zivildienst, als einen ganz entscheidenden wahrnehmen.

„Die ambulanten Dienste dürfen nicht gefährdet sein“

zivil:

Der Zivildienst ist ja geradezu geschaffen dafür, Normalität im Alltag für Menschen mit Behinderungen zu stützen und zu fördern und eigentlich ideal für den gesamten ambulanten Bereich der Behindertenhilfe. Und ausgerechnet der ambulante Bereich ist von den eben beschlossenen Kürzungen der staatlichen Zuschüsse am schwersten getroffen. (s. auch Seite 15) Die großen Heime stecken die Kürzungen eher weg, als die kleinen ambulanten Dienste.

Jürgen Gohde:

Sie haben recht: Die ambulanten Dienste sind die Dienste, die auf gar keinen Fall gefährdet sein dürfen und deswegen kann die jetzige Kürzung nur eine sehr kurzfristige Maßnahme sein, um mittelfristig Planungssicherheit zu erhalten. Ich will auch nicht, dass der Zivildienst wie ein Sparbuch geplündert wird, um auf diese Weise Haushaltsdefizite zu tilgen.

zivil:

Nun kann man auch sagen: Den Zivildienst einzuschumpfen und nebenbei Geld zu sparen, das wäre nur gerecht. Der Zivildienst ist im Vergleich zum Dienst der Wehrpflichtigen bei der Bundeswehr viel zu groß. Warum soll jeder, der den Kriegsdienst verweigert, Dienst leisten müssen, während die anderen allerbeste Chancen haben, dass sie gar nicht dienen müssen. Ist den Wohlfahrtsverbänden die Sicherstellung der Zivildienstplätze in den Heimen wichtiger als die gerechte Behandlung der Zivis?

Jürgen Gohde:

Ich weiß, dass es ein Problem der Zivildienstgerechtigkeit genauso gibt wie das der Wehrgerechtigkeit. Die Bundesregierung ist auf uns zugegangen und hat uns gebeten, einen Weg zu überlegen,

der Planungssicherheit sowohl für die jungen Männer als auch für die Dienste für die nächsten Jahre garantiert. Ich bin sehr daran interessiert, dass es zu einem geordneten Umstellungsprozess kommt. Die Koalitionsvereinbarung sieht bis zum Jahr 2005 eine Überprüfung der Wehrpflichtregelungen vor – und damit auch der Zivildienstregelungen. Ich sehe die Notwendigkeit, diesen Prozess in einer ganz geordneten Form anzugehen. Die Wehrdienst- und Zivildienstgerechtigkeit ist ein ganz hohes politisches Ziel, weil an dieser Stelle Verdrossenheit gegenüber dem Staat insgesamt geschaffen wird. Es geht darum, Planungssicherheit für die jungen Leute zu gewinnen...

zivil:

...von denen ja keiner weinen würde, wenn man ihn nicht zum Dienst heranzöge. Man wüsste zwar nicht so genau, ob es einen trifft...

Jürgen Gohde:

...das ist ja genau das Problem. Wir brauchen einen demokratisch legitimierten Prozess und nicht Gewinner oder Verlierer in einer Lotterie des Lebens.

zivil:

Noch einmal zurück zur Behindertenhilfe: Die sozialen Berufe haben Nachwuchssorgen. Es werden

bereits Kräfte aus den Ländern Osteuropas angeworben. Wie wird sich die Situation entwickeln?

Jürgen Gohde:

Wir haben ein tief greifendes demografisches Problem. Wir sind in einer alternden Gesellschaft. Und das hat Konsequenzen für all diese Bereiche. Wir werden einen starken Wettbewerb im Blick auf junge Leute für soziale Berufe erleben. Die Interessentenzahlen bei sozialen Fachschulen sind etwa halbiert in Deutschland. Wir werden also einen Wettbewerb mit dem technischen Bereich, dem IT-Bereich und anderen haben, sodass wir sehr attraktive Strukturen brauchen. Wir müssen neue Ausbildungsprofile entwickeln. Wir gehen auf eine Situation der Knappheit fachlich gut ausgebildeter Leute zu. Und die Kompensation wird nicht in irgendeinem sozialen Pflichtdienst liegen können. Wir müssen uns Gedanken um gute Freiwilligendienste machen, aber nicht aus Arbeitsmarktgründen, sondern weil wir die Lernsituation für junge Leute erhalten müssen.

In jedem Fall wird die veränderte Lebenssituation der Menschen mit Behinderungen, von der wir eingangs sprachen, auch veränderte Berufsbilder mit sich bringen. Das halte ich für eine der spannendsten Herausforderungen.

Mit Pfarrer Jürgen Gohde sprach Werner Schulz

Das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen



das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen

37 Millionen Menschen mit Behinderungen leben in den Staaten der EU, 37 Mio. Gründe, warum das Europäische Jahr der Behinderten alle etwas angeht, so heißt es in einem Aufruf zur Mitarbeit. Behinderte Menschen haben die gleichen Rechte. Sie sind ArbeiterInnen, KonsumentInnen, SteuerzahlerInnen, PolitikerInnen, StudentInnen, Nachbarn, Familien, Freunde. Aber nach wie vor erleben viele Betroffene die juristisch garantierte Gleichheit im Alltag nicht.

Mit dem Beschluss, das Jahr 2003 zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen zu erklären, will der Europarat erreichen, dass diese Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit erhalten, europaweit und öffentlichkeitswirksam auf sich aufmerksam zu machen.

Über 600 TeilnehmerInnen des Europäischen Behindertenkongresses im vergangenen Jahr in



Foto: graffiti

Madrid nahmen den Vorschlag des Europarates auf und verabschiedeten mit der „Deklaration von Madrid“ ihre gemeinsamen Visionen für die Aktionen und Ziele des Europäischen Jahres. In der Erklärung von Madrid heißt es: „Die Durchsetzung unserer Vision wird nicht nur für behinderte Menschen, sondern für die gesamte Gesellschaft von Nutzen sein. Eine Gesellschaft, die einige ihrer Mitglieder ausschließt, ist eine arme Gesellschaft... Was heute im Namen der Behinderten getan wird, wird für alle in der Welt von morgen Bedeutung haben.“

Tausende Aktivitäten und Veranstaltungen werden im Laufe des Jahres in den verschiedenen teilnehmenden Ländern stattfinden. Als verbindende Aktion gibt es einen „Marsch durch Europa“, der alle EU-Staaten durchläuft. Der Marsch, für den ein spezieller Kampagnenbus entworfen wurde, begann am 23. Januar in Griechenland. Er wird in Deutschland vom 21. Mai bis 1. Juni und vom 25. September bis 28. Oktober unterwegs sein. Die nationale Eröffnungsveranstaltung für Deutschland findet am 21./22. Februar in Magdeburg statt.

Alle Infos und Hintergründe zum Europäischen Jahr, sowie ein News-Letter-Abo per E-Mail sind im Internet abrufbar unter www.eypd2003.org

„Ungutes Signal“

Ende Januar beschloss der Bundestag ein Gesetz, nach dem die staatliche Kostenerstattung für Zivildienststellen von 70 % auf nur noch 50 % reduziert werden soll. Gegen dieses Kürzungsgesetz hat am 14. 2. die Unionsmehrheit im Bundesrat votiert und den Vermittlungsausschuss angerufen. Bereits in der Entwurfsfassung stieß das Gesetz auf deutliche Kritik der Kirchen. Wir zitieren aus einer gemeinsamen Stellungnahme der Evangelischen und der Katholischen Kirche.

(...) „Wir halten es für ein ungutes Signal, die gesamte Kürzungslast im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend allein dem Zivildienstbereich aufzubürden. Eine derartige Entscheidung lässt eine angemessene Würdigung des Zivildienstes und des Engagements junger Menschen vermissen.“

Millionen von Kriegsdienstverweigerern haben sich in der Gesellschaft als Zivildienstleistende wegen dieses Engagements eine hohe Anerkennung verschafft, obwohl sie diesen Dienst als Pflichtdienst geleistet haben. Diese Pflicht wird jungen Männern in der Bundesrepublik Deutschland vom Staat auferlegt als Ersatz für den Wehrpflichtdienst. Dennoch sind Wehrpflicht und Zivildienst im Hinblick auf Kostentragung und Heranziehung zum Dienst unterschiedlich ausgestaltet. So trägt der Staat beim Wehrdienst alle Kosten des Wehrpflichtigen und zieht die Wehrpflichtigen mit Rücksicht auf ihre Lebensplanung und nach Bedarf zum Dienst heran. Im Gegensatz zu den Wehrdienstpflichtigen müssen alle Kriegsdienstverweigerer damit rechnen, zum Zivildienst (oder einem anderen Ersatzdienst) herangezogen zu werden. Gleichzeitig zieht sich der Staat jedoch zunehmend aus der Finanzierung dieses Pflichtdienstes zurück.“ (...)

„Insbesondere Kirchengemeinden und kleinere kirchliche Träger, und dies sind nicht wenige, geraten in ernsthafte finanzielle Schwierigkeiten, wenn im laufenden Haushaltsjahr so hohe Kostensteigerungen zu verkraften sind. Eine ganze Reihe dieser Stellen wird aus Spenden und freiwilligen Kirchenbeiträgen mitfinanziert. Wir befürchten, dass der gute Wille der Spender durch die Zwänge, die durch die plötzlichen Sparbeschlüsse des Bundes entstehen, auf Dauer Schaden leidet und die Stellen ersatzlos wegfallen müssen.“

Wir bitten daher darum, in Anbetracht der bereits bestehenden Benachteiligung der Zivildienstleistenden, den Zivildienstetät nicht in dieser Weise einzuschränken.“ (...)

Kommentar:

Sparschwein Zivildienst

Von Friedhelm Schneider

April 2001: Anlässlich seines 40-jährigen Bestehens würdigt die Familienministerin den Zivildienst als ein „soziales Kapital“, das für den Einzelnen und für die Gesellschaft Zinsen bringt. Die Abschöpfung genau dieser Zinsen hat das Familienministerium schon länger im Blick. Seit Oktober 1999 versucht es, die ihm auferlegten Einsparvorgaben auf den Zivildienst abzuwälzen, indem es unter dem Stichwort „Kontingentierung“ die Zahl der jährlichen Dienstantritte künstlich verknappt. Die dadurch unverbrauchten Geldmittel werden langfristig allerdings nicht wirklich gespart, sondern nur auf die nächsten Haushaltsjahre verschoben. Für ZDL und ihre Beschäftigungsstellen ergibt sich: Immer wieder können dienstwillige Zivi-Kandidaten den von ihnen gewählten Platz nicht einnehmen, weil die zuständige Verwaltungsstelle aus Finanzgründen kein grünes Licht geben darf – erst wieder im neuen Haushaltsjahr...

Wenn Buchhaltertricks nicht mehr greifen, muss eine Gesetzesänderung her: Ende Januar 2003 beschließt die Regierungsmehrheit im Bundestag, die Zivildienststellen künftig stärker zur Kasse zu bitten. Für jeden ZDL soll die Kostenbeteiligung der Dienststelle um monatlich 66 Euro erhöht werden. Bei der Vorbereitung der Gesetzesnovelle wird der Beirat für den Zivildienst als zuständiges Beratungsgremium übergangen. Ökonomie vor Demokratie?

Es ist zu befürchten, dass die sozialpolitischen Negativfolgen der neuen Kostenregelung höher

zu Buche schlagen werden als ihr finanzieller Gewinn: Während Großkliniken und andere „Zivi-Konzerne“ die Verteuerung ihrer Pflichtdienstler noch am ehesten verkraften können, werden kleine Zivildiensteinrichtungen an den Rand ihrer Belastbarkeit gebracht. Das betrifft Sozialstationen und Mobile Soziale Hilfsdienste, die schon jetzt mit den roten Zahlen zu kämpfen haben. Es gilt ebenso für Kirchengemeinden, für Umweltschutzprojekte oder Asylbetreuungsinitiativen, die vor allem vom Sozialengagement ihrer Mitglieder getragen werden. Ins Aus geraten ausgerechnet die Stellen, die noch ansatzweise eine Ahnung davon vermitteln, wie der Zivildienst als Sozialer Friedensdienst aussehen könnte.

„Immer auf die Kleinen!“ scheint die nicht gerade motivationsfördernde Botschaft zu lauten, die betroffene Stellen und ZDL gleichermaßen erreicht. Angesichts wachsender Schwierigkeiten, innerhalb des geschrumpften Stellenspektrums zum gewünschten Zeitpunkt den persönlich angestrebten Zivildienstplatz zu finden, wird eine Dienstauffassung weiter zunehmen, die den Zivildienst nach dem Motto „Augen zu und durch“ da ansiedelt, wo er die persönliche Lebensplanung am wenigsten stört. Eine sozial förderliche Aus- oder Umgestaltung des Zivildienstes wird verhindert, wo dieser „Glücksfall für die Gesellschaft“ (D. Hackler) vorrangig als Manövriermasse für Sparmaßnahmen gesehen wird. Statt den Zivildienst finanziell „auszuhungern“, wäre es konsequenter, die Wehrpflicht abzuschaffen – wofür viele gute Gründe sprechen.



„Immer auf die Kleinen“ – von den Zuschusskürzungen im Zivildienst werden die kleinen Dienststellen, wie hier Mobile Soziale Dienste, am schwersten betroffen sein.

Blues & More

<http://www.blues-n-more.de>
mit zahlreichen Links für Veranstalter



Bikerfete
Jubiläum
Hausmesse
Jahrestreffen
Straßenfest
Sportfest
Clubgig
Messe
u. v. m.

Irish Folk
Country
Oldies
Blues
Rock
Folk
Metal
Gospel
Reggae
Hardrock

BLUESKRAFT
LIZARD
FIREBALL
Walter F. Diet
u.v.a.

Der Service mit Biss
call@blues-n-more.de

Livemusik & DJ's fragen Sie nach unseren Bands!

Kleinanzeigen in zivil

Suchen, verkaufen, kontakten, Website ankündigen... mit einer Kleinanzeige in zivil. Wenden Sie sich an Irmgard Feuss beim Kreuz-Verlag: Telefon 0711/788 93-29, E-Mail feuss@kreuzverlag.de. Eine Anzeige dieser Größe kostet 10 €



Workcamps im In- und Ausland

Ideen umsetzen für ökologische Projektwochen in einer Schule in Ecuador, eigene Beiträge entwickeln für ein kulturelles Event im Westen Mexikos, Englisch unterrichten für Kinder in Thailand, wiederaufbauen zerstörter Häuser gemeinsam mit Jugendlichen aus den Ländern Ex-Jugoslawiens ... sind nur einige Beispiele für das vielfältige Angebot im neuen Workcamp-Programm des Yap-cfd in Frankfurt, das Ende März erscheinen wird.

Ein Workcamp ist eine internationale Jugendbegegnung, bei der junge Erwachsene aus vielen verschiedenen Ländern für 2 bis 4 Wochen zusammen leben und arbeiten. Neben der täglichen Arbeit von vier bis sechs Stunden haben die Workcamps in der Regel einen inhaltlichen Studienteil, der den Teilnehmenden Gelegenheit zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit einem Thema gibt.

Jugendliche ab 18 Jahre können zwischen 300 Angeboten in über 35 Ländern wählen. Schwerpunkte sind diesen Sommer wieder Workcamps in Mexiko, Thailand und Frankreich.

Yap-cfd versteht seine Workcamps als eine Möglichkeit, praktische Solidarität zu leben und dem latenten Rassismus in der Gesellschaft völkerverständigende Erlebnisse entgegenzusetzen.

Das Programm 2003 enthält ausführliche Informationen über die Workcampprojekte, Teilnahmebedingungen und Yap-cfd. Es kann gegen Einsendung von 2,25 € unter folgender Adresse angefordert werden: Yap-cfd, Rendeler Str. 9-11, 60385 Frankfurt. Die Workcamp-Projekte sind auch im Internet auf der Website einsehbar: <http://www.yap-cfd.de> Mail: yap-cfd@t-online.de

Endlich!



Buch mit Fernbedienung und Maus!



Noch Plätze frei: Gruppenreisen für Rolli-Fahrer 2003
Urlaub ohne Hindernisse verspricht der Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter bei seinen jährlichen Gruppenreisen für Menschen mit Körperbehinderung. Die Gäste werden von geschulten BSK-Reiseassistenten begleitet, so dass einem erholsamen Urlaub nichts im Wege steht. Für diese Reiseziele sind noch Plätze frei:
5.-16.5. Sachsen: Erlebnisrundreise von der Oberlausitz bis zum Vogtland
31.5.-14.6. Gwatt/Schweiz am Thuner See: Erholung im Berner Oberland
16.-30.6. Rheinsberg: Die Perle in der märkischen Seenlandschaft
26.7.-8.8. Düsedom in der Altmark: Urlaub für die Sinne
18.-29.8. Bodensee: barrierefreier Urlaub im Landschaftsschutzgebiet
1.-14.9. Tschechien: besonders für Naturfreunde
22.9.-2.10. Kaunertal in Österreich: Wellness im Sporthotel Weisseespitze

Ausführliche Reiseinfos beim: BSK-Reiseservice
Altkrauthheimer Straße 20, 74238 Krauthheim,
Tel.: 06294-68304, E-mail: Reiseservice@bsk-ev.de



Neu: „Reise-ABC 2003“ Broschüre für körperbehinderte Menschen
Aktuelle Reisetipps für körperbehinderte Menschen bietet das neu überarbeitete „Reise-ABC 2003“ vom Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter (BSK). Die handliche Broschüre enthält auf über 160 Seiten Adressen, Erfahrungsberichte und barrierefreie Reiseziele für die Planung der Urlaubsreise. Das Reise-ABC ist für 5 Euro (zzgl. frankierter DIN A-5 Rückumschlag) beim: BSK, Postfach 20, 74236 Krauthheim, erhältlich.

MAKE LAW NOT WAR!



Neue Bewegung für Frieden und Menschenrechte

Der 15. Februar 2003 war der Tag der größten Friedensdemonstrationen aller Zeiten. Niemand hätte mit derartigen Teilnehmerzahlen gerechnet. Viele Millionen Menschen zeigten ihr Nein zum Krieg auf der Straße. Und besonders stark waren die Protestmärsche in den Metropolen jener Staaten, deren Führungen sich mehr oder minder bedingungslos hinter die amerikanischen Kriegspläne stellten: Rund 3 Millionen demonstrierten allein in Rom, für den Frieden – aber gegen Berlusconi. Mehr als 1 Million Menschen stellten sich in Barcelona mit ihrer Anti-Kriegs-Haltung an die Seite der unschuldigen Bevölkerung im Irak – und gegen die konservative Regierung Aznar. Knapp 1 Million demonstrierten in Madrid, immerhin 4 Millionen insgesamt in 50 spanischen Städten. In London marschierten 2 Millionen Menschen, zusammen mit Kundgebungen in Glasgow und Belfast waren das die größten Massenproteste in der britischen Geschichte. Allein in der irischen Hauptstadt Dublin waren 100 000 Kriegs-Gegnerinnen und -Gegner unterwegs. 400 000 demonstrierten ihre Antikriegs-haltung in Athen, 40 000 in Amsterdam. Oslo: 60 000. Brüssel: 11 000. Helsinki: 12 000... Rund 40 000 Kriegsgegner versammelten sich in Bern zu einer der größten Demos, die die Hauptstadt der Eidgenossen jemals sah.

Auch in Deutschland wurden alle Erwartungen über-

troffen: Auf 100 000 Demonstranten hatte man in Berlin gehofft – 500 000 waren gekommen. 10 000 wurden in Stuttgart erwartet, an die 50 000 sind es am Ende gewesen.

Und die Proteste blieben nicht auf Europa begrenzt: Australiens Hauptstadt Sydney meldete 250 000, Melbourne 150 000 Demonstranten, 150 000 waren es in verschiedenen Städten Asiens, eine Million im Irak, 200 000 im Nahen Osten, davon allein 60 000 in Beirut, 140 000 in Lateinamerika.

In New York demonstrierten 100 000 gegen die Kriegs-Politik des US-Präsidenten, Demos gab es insgesamt in 150 Städten der USA.

Nahezu zeitgleich demonstrierten und beteten die Menschen rund um den Globus für den Frieden und entrollten ihre Transparente gegen den Krieg: „Kein Krieg!“, „Kein Blut für Öl!“, „No War!“, „Kein Bushfeuer!“, „Drop food, not bombs!“, „Kein Rums in kein Feld!“

Was die Menschen auf den Straßen weltweit einte, war das Mitgefühl, die Sorge um das Schicksal der unschuldigen Menschen im Irak, die seit Monaten unter dem Countdown eines angedrohten Militärschlages leben, eines Angriffs, der – wie der Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter in Stuttgart sagte – kein Krieg mehr wäre, „sondern Massenhinrichtung von Menschen, die sich gegen Raketen und Bomben nicht wehren können“.

Was die Menschen einte, war die Überzeugung, dass der Krieg kein Mittel zur Bekämpfung des Terrors sein kann. Dass es andere Möglichkeiten geben muss und gibt, einen Diktator wie Hussein in die Knie zu zwingen und einem unterdrückten Volk wie dem des Iraks eine Zukunft in Frieden und Freiheit zu ermöglichen.

Was die Menschen einte, war auch die Angst, dass unausgesprochene, diffuse und vor allem wirtschaftliche Motive hinter den Kriegsstrategien der US-Regierung stehen, eine Befürchtung, die Londons Bürgermeister Ken Livingstone im Hyde Park so auf den Punkt brachte: „In diesem Krieg geht es allein um Öl. George Bush kümmern die Menschenrechte nicht die Bohne.“

Was die Menschen einte, war aber nicht zuletzt die Sorge vor einem dramatischen Wandel in der internationalen Politik: Dass der Krieg als ganz gewöhnliches Instrument der Außenpolitik zurückkehrt, das wollen die Menschen nicht. Sie wissen, dass die Demontage des Völkerrechts letzten Endes einem Triumph des Diktators gleichkäme. Eine Rechtskultur zu entwickeln, die es den starken Staaten erlaubt, unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung oder der Menschenrechte kleine und missliebige Staaten durch Krieg zu beseitigen, das liegt eindeutig nicht im Interesse der Menschen.

Not in our name!

Werner Schulz

Krieg gegen den Terror?

Warum militärische Gewalt keine politischen Konflikte löst

Von Jürgen Rose

„Wir müssen den Kampf zum Feind bringen und den schlimmsten Bedrohungen entgegentreten, bevor sie entstehen.“

George W. Bush

Seit am 11. September 2001 die Terroranschläge von New York und Washington die Welt erschüttert haben, war allerorten zu vernehmen, es sei „alles anders“ geworden, es wäre die Welt nicht mehr dieselbe wie zuvor. Mit Fug und Recht war das Entsetzen groß. Erstaunt musste man allerdings nicht wirklich sein, hatte sich doch eine derartige Entwicklung schon seit Jahren abgezeichnet.

Mittlerweile hat der unter dem Namen „Operation Enduring Freedom“ begonnene, so genannte Anti-Terror-Krieg, bei dem es sich in Wahrheit vornehmlich um einen Globalisierungskrieg im Interesse des Clubs der Reichen gegen die Armen dieser Welt handelt, gravierende Verwerfungen im internationalen System nach sich gezogen.

Zieht man heute eine überschlägige Bilanz des globalen Krieges gegen den Terror, so fällt diese eher ernüchternd aus:

- Aus dem angeblichen Anti-Terror-Krieg in Afghanistan wurde sehr schnell ein klassischer, ordinärer Krieg gegen ein Land, sein Regime und seine Bevölkerung.

- Die Zahl der – üblicherweise mit dem Euphemismus „Kollateralschaden“ belegten – Todesopfer, welche der angeblich „chirurgisch“ geführte Luftkrieg unter der afghanischen Zivilbevölkerung forderte, bewegt sich zwischen mindestens 1.000 bis zu 5.000. Unberücksichtigt sind dabei diejenigen, die mittelbar durch die Auswirkungen des Krieges – nämlich auf der Flucht und durch Hunger – ums Leben kamen; deren Zahl beträgt nach einschlägigen Berechnungen mindestens 3.000. Insgesamt übersteigt demnach die Anzahl der ungeschuldeten zivilen Todesopfer des so genannten Anti-Terror-Krieges gegen Afghanistan die Zahl der durch die Terroranschläge in den USA Getöteten (3.116) erheblich. Der Bischof der Evangelischen Kirche in Sachsen, Axel Noack, moniert aus diesem Grunde eindringlich die „verbrauchende Terrorismusbekämpfung“, die es billigend in Kauf nimmt, Unschuldige zu Opfern zu machen. Mit Nachdruck erhebt sich somit die Frage, wie es um die Moral einer Interventionspolitik mit militärischen Mitteln bestellt ist, die es in Kauf nimmt, Unschuldige zu töten, um andere Unschuldige zu retten, erlittene Verluste zu rächen oder präventiv potentielle zukünftige Opfer zu schützen.

- Seine ursprünglich erklärten Ziele hat der Anti-Terror-Krieg verfehlt: weder Osama bin Laden noch Mullah Omar wurden bisher gefasst, die Al Quaida ist immer noch nicht endgültig besiegt, die Kämpfe in Afghanistan dauern an.

- Der internationale Terrorismus ist nach wie vor virulent, wie die Terrorattacken von Djerba oder Karachi zeigen.

Symptomtherapie statt Ursachenbekämpfung

Was die Terrorbekämpfung mit militärischen Mitteln betrifft, müsste folgender Sachverhalt zu denken geben: Seit den 70er Jahren geht Israel mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, unter Anwendung brutaler Gewalt und unter systematischer Missachtung jeglichen Völker- und Menschenrechts – also mit maximaler Intensität – gegen den palästinensischen Terror vor. Dabei übertrifft die Zahl der Toten und Verletzten, die der israelische Gegenterror unter der palästinensischen Bevölkerung verursacht, diejenige des palästinensischen Terrors unter der israelischen Bevölkerung um ein Mehrfaches. Trotz dieser hemmungslosen Anwendung militärischer Gewalt zur Terrorbekämpfung ist zugleich aber von allen Staaten der Welt gerade Israel der Staat, der von Terroranschlägen am intensivsten betroffen ist. Schlagender lässt sich wohl kaum illustrieren, dass militärische Gewalt keine Lösung politischer Konfliktlagen zu bewirken vermag.

Geht man von der Annahme aus, dass aus Elend Verzweiflung entsteht und Verzweiflung wiederum Hass und Gewalt hervorbringt, dann müssten eigentlich am dringlichsten Strategien der Elendsbekämpfung gefragt sein. Militärische Terrorbekämpfungsstrategien erscheinen daher vor allem unter längerfristiger Perspektive als eher nachrangig, weil sie auf das Symptom anstatt die Ursache des Terrors abheben. Nichtsdestotrotz werden unbeirrt in militärische Gewalt- bzw. Gegengewaltpotentiale ungeheure Summen investiert: So gab die größte Militärmacht der Welt, die USA, im Jahr 2002 mehr als 900 Mio. US-Dollar **täglich** für Rüstung aus. Schon ab 2003 werden es **täglich** mehr als 1.000 Mio. Dollar pro Tag sein und nach derzeitiger Planung soll bis 2007 diese Summe auf über 1.200 Mio. Dollar **täglich** anwachsen.

Demgegenüber betragen die Entwicklungshilfeausgaben der USA magere 9,95 Mrd. Dollar **im Jahr** 2002 oder anders ausgedrückt: **Die Ausgaben für militärische Terrorbekämpfung übersteigen die Aufwendungen zur Elendsbekämpfung um etwa das Sechsendreißigfache.**

Für die Europäische Union sehen die entsprechenden Zahlen in ihrer absoluten Höhe weit weniger drastisch aus, weisen aber ähnlich Relationen auf. So beträgt nach mehreren Erhöhungen der bundesdeutsche Verteidigungsetat mit rund 24,4 Mrd. Euro etwa das Sechseinhalbfache des Entwicklungshilfehaushalts der gerade einmal 3,7 Mrd. Euro erreicht.

Im Hinblick auf diesen geschilderten Sachverhalt drängt sich dem unvoreingenommenen Betrachter der Eindruck auf, dass sich die Wohlstands-Chauvinisten dieser Welt lieber bis unter die Zähne bewaffnen, um ihren gewohnten Way of Life abzusichern, und dabei die Armen und Ärmsten auf dem Globus mit einem so genannten Anti-Terror-Krieg überziehen, anstatt die zur Verfügung stehenden, ja nicht unbeträchtlichen Mittel vermehrt in die Bekämpfung der Ursachen für den Terror und damit in die Gewaltvorbeugung zu investieren.

„Where does the money go?“

Warum aber, so lautet die Frage, warum existiert diese bemerkenswert unausgewogene Ausgabenpolitik? Um sich der Beantwortung dieser Frage anzunähern, muss man sich zunächst einer weiteren Frage zuwenden, die bereits in der Antike formuliert wurde und die da lautet: Cui bono? – also: Wem nutzt eine solche Politik, wer profitiert von ihr? Oder modern, auf „neurömisch“ ausgedrückt: „Where does the money go?“ Nehmen wir den bereits erwähnten Rüstungshaushalt der USA als Beispiel, so ist zu festzustellen, dass ca. 35 % des Budgets für Investitionen in militärische Beschaffungen, Forschung und Entwicklung gehen. Dies entspricht in den Jahren 2002 – 2007 einer Summe zwischen jeweils 117 und 160 Mrd. US-Dollar, die in den vom amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower so bezeichneten „Militärisch-industriellen Komplex“ fließen. Hierzu ein Beispiel aus jüngster Zeit: Ende Oktober 2001 vergab das Pentagon „den größten Rüstungsauftrag in der Geschichte“ an den kalifornischen Konzern Lockheed Martin. Der Auftrag bezieht sich auf den Bau eines neuen Kampfflugzeugs, den Joint Strike Fighter (JSF). Er soll dem Unternehmen etwa 200 Milliarden US-Dollar einbringen. Darüber hinaus wird dieser Rüstungsauftrag mehr als 8.000 Menschen einen Job bei Lockheed Martin sichern. Die Frankfurter Rundschau titelte dazu: „In Nordtexas knallen die Sektkorken“.

Die Verhältnisse sind indes weitaus komplexer, als es das geschilderte Beispiel nahe legt: Zu berücksichtigen ist nämlich, dass Rüstungsausgaben über Steuern finanziert werden, eigentlich eine banale Feststellung. Weniger banal ist allerdings der Umstand, dass sich unter den Vorzeichen der Globalisierung die Verteilung der Steuerlast sehr ungleich entwickelt hat. Während die großen Konzerne und die Spitzenverdiener der Upper Class über schier unlimitierte Möglichkeiten zur Steuervermeidung verfügen, wird der Löwenanteil der staatlichen Steuereinnahmen von Mittelstand und Lower Class aufgebracht. Bezogen auf die Frage, warum auf militärische Terrorbekämpfungsstrategien ein solch großes Gewicht gelegt wird, ist unter dem Aspekt des „Cui bono“ festzustellen, dass die Lower und Middle Classes den Anti-Terror-Krieg hauptsächlich finanzieren, während hauptsächlich die gigantischen Rüstungskonglomerate und deren Eigner aus der Schicht der Vermögenden von ihm profitieren. Anzumerken bleibt, dass Krieg schon immer ein lohnendes Geschäft war.

Der Krieg – ein lohnendes Geschäft

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage von Bedeutung, wer eigentlich diesen Anti-Terror-Krieg führt, d. h. wer persönlich in die globalen Kriegseinsätze geschickt wird. Empirisch betrachtet rekrutiert sich das Personal der Streitkräfte in den westlichen Industrienationen vor allem aus dem eher kleinbürgerlich zu nennenden Milieu. Soziologisch gesehen handelt es sich beim Militärberuf um einen ganz typischen Aufsteigerberuf, während zugleich die sozialen und ökonomischen Eliten der Gesellschaft gegenüber der Organisation Militär vornehme Zurückhaltung üben. Bezieht man diese Tatsache wiederum auf den Anti-Terror-Krieg, so lässt sich die Schlussfolgerung ziehen, dass die Abkömmlinge der Middle und Lower Class für die Upper Class in einen Krieg ziehen, aus dem letztere sich selbst und ihre Nachkommen lieber fernhält.

Ein letzter Umstand scheint in diesem Kontext noch von Bedeutung, die Frage nämlich, wie unter volkswirtschaftlicher Perspektive der Strom des für Militär, Rüstung und Krieg aufgewandten Geldes fließt. Für die Rüstungsindustrien des Westens gilt, dass diese nach wie vor primär national strukturiert sind. Entscheidend ist nun, dass die Rüstungsausgaben im Wesentlichen innerhalb der nationalen



Foto: W. Schulz

Friedenstaube unter dem Regenbogen - gesehen am 15. 2. bei der Antikriegsdemonstration in Stuttgart

Ökonomien verbleiben, d.h. es sind die Rüstungsgiganten und ihre Eigner, die von einer derartigen Praxis profitieren – Strategien militärischer Terrorbekämpfung lohnen sich für sie gerade auch unter volkswirtschaftlichen Aspekten.

Anders sieht es unter einer solchen Betrachtungsweise dagegen mit den erwähnten Elendsbekämpfungsstrategien aus: Die Schaffung sicherer Ernährungsgrundlagen, die Bereitstellung von sauberem Trinkwasser, Bildungsoffensiven, Hilfe zur Geburtenkontrolle, Unterstützung von „Good Governance“, das ganze weite Spektrum von Entwicklungshilfe bedeutet den Abfluss der hierfür bereitgestellten Mittel in die betroffenen Länder und Regionen selbst – zumindest, wenn Entwicklungshilfe nicht als verkappte Exportförderung begriffen wird. Volkswirtschaftlich gesehen eignen sich derartige Ausgaben nicht zur kurzfristigen Profitmaximierung, sondern werfen allenfalls langfristig einen Gewinn ab, dann nämlich, wenn entwickelte Volkswirtschaften entstehen, mit denen wiederum lukrative Wirtschaftsbeziehungen etabliert werden können.

Als Bürgerinnen und Bürger dieser Republik sollten wir uns die Frage stellen, ob wir die aufgezeigten politischen Strategien und Zusammenhänge als die Prämissen akzeptieren wollen, unter denen wir unsere Zustimmung dafür geben, die Bundeswehr in die Globalisierungskriege der Zukunft zu entsenden. **Denn in einer Demokratie sind es ja die Bürgerinnen und Bürger, die letztlich darüber entscheiden, ob ihre Streitkräfte in den Krieg ziehen, in welche Kriege sie ziehen und wie sie zur Erfüllung derartiger Aufträge ausgestattet und strukturiert werden, ganz im Sinne der Verfassungsbestimmung im Artikel 20, GG: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“.**

Jürgen Rose, Diplom-Pädagoge und Oberstleutnant der Bundeswehr, erhielt seine militärische Ausbildung u. a. in Fort Bliss, Texas/USA. Heute arbeitet er beim Wehrbereichskommando IV, München, u. a. mit dem Forschungsschwerpunkt Internationale Sicherheitspolitik.

„Wir sind Menschen – keine Themen“

Tagebuch einer Reise in den Irak

Text und Fotos von Matthias Engelke

Was kann man tun, als normaler Mensch, wenn man miterleben muss, wie ein Krieg, den man so sehr verhindern will, trotz allem immer näher rückt? Zusehen? Hinfahren – so lautete der Entschluss einer Delegation des Internationalen Versöhnungsbundes. Der Auftrag der Mission: Zeigen, dass uns das Elend anderer Menschen nicht gleichgültig lässt. Ende November des letzten Jahres machte sich unser Autor als Augen- und Ohrenzeuge auf den Weg.

Mittwoch, der 27. November 2002

Auf Einladung des Mittel-Östlichen Rates der Kirchen in Bagdad fliegt unsere internationale Delegation des Versöhnungsbundes zunächst nach Amman in Jordanien. Vier europäische Länder sind vertreten: Österreich, Niederlande, Schweden, Deutschland.

Der Taxifahrer, der uns vom Flughafen ins Hotel bringt, ist Palästinenser. Auch der Fahrer, der uns später während der langen Fahrt nach Bagdad kutschiert, ist Palästinenser. In Bagdad und anderen irakischen Städten leben etwa 100 000 Palästinenser. Wenn der Krieg sich ausweitet, werden sie fliehen. Wohin? Wer kann sie aufnehmen? Das alles ist völlig ungewiss.



Straßenszene in Bagdad – „Nirgends auch nur ein Anflug von Feindschaft oder Hass“

Donnerstag, der 28. November 2002

Zwei Stunden müssen wir an der Grenze auf irakischer Seite warten. Endlich geht es weiter. Statt der jordanischen Behelfsstraße, jetzt Autobahn. Erscheint nicht ganz undeutsch. Vor allem als sie dreispurig wird. Später erfahren wir – in der Tat, sie wurde auch mit deutscher Beteiligung gebaut – zu einer anderen Zeit, aber unter dem gleichen Diktator, von dem man sich damals dicke Gewinne versprach.

Wir gönnen uns eine kleine Pause, um den Nachthimmel zu genießen. Selten so eine dicke Milchstraße gesehen. Noch mondlos. In der Neumondnacht zum 17. Januar 1991 begann der zweite Golfkrieg.

In der Nacht kommen wir in Bagdad an. Noch in der gleichen Nacht erweise ich dem Tigris mit einem Besuch meine Reverenz.

Hinter mir der Halbmond wie ich ihn noch nie habe liegen sehen, in der Tat wie ein Schiff. Uralte Mythen, hier im Zweistromland entstanden, werden auf einmal nachvollziehbar.

Der Tigris ist in den letzten zehn Jahren zusehends zu einer Kloake verkommen. Im Krieg 1991 haben die Bombardements die elektrische Versorgung und den Wasserkreislauf in vielen Städten im Irak zerstört. Die Abwässer aus den Haushalten fließen an vielen Orten immer noch ungefiltert und ungereinigt in den Tigris.

In manchen Städten gibt es nur an zwei Stunden am Tag Strom, der wird benötigt, um die – inzwischen wieder reparierten – Wassertürme mit Wasser voll zu pumpen; ungereinigtes Wasser aus dem Tigris. **Noch heute sterben im Irak Kinder an einer harmlosen Krankheit, Durchfall. Der enorme Wasserverlust kann nicht durch sauberes Wasser ausgeglichen werden.**

Freitag, der 29. November 2002

Wir sind in einem Hotel mit anderen ausländischen Nicht-Regierungsorganisationen untergebracht und tauschen uns untereinander aus.

Auf der Karte ist es unübersehbar, wie nah Babylon bei Bagdad liegt. Nach einer Überlandfahrt von wenigen Stunden sind wir dort. So stehen wir nun auf dem antiken Asphalt der alten Prachtstraße von Babylon. Nebukadnezar II. ließ sie erneuern. Hier wurden die Gefangenen aus Jerusalem vorgeführt, nachdem sie die Frechheit besessen hatten, dem Neubabylonischen Großreich die Stirn zu bieten. In Babylon lernten sie den Ursprung der Gewaltreligion kennen: Das Böse muss in einer dauerhaften Anstrengung durch Kampf und Krieg getötet werden. Die Zeitunterschiede zerschmelzen. Marduk, die Stadtgottheit Babylons, treibt sie nach wie vor ihr Unwesen? Durch eine schwere innere Krise hindurch fragten sich die Israeliten, die „an den Wassern zu Babylon“ trauerten, damals im Exil, ob es nicht möglich ist, das Böse auf andere Weise zu überwinden.

Das Ergebnis kann heute im ersten Kapitel der Bibel nachgelesen werden. **Denn es macht einen Unterschied, ob man davon ausgeht, dass Kampf und Krieg das Normale ist, oder ob der Frieden – dass „alles sehr gut ist“ – das Normale ist.**

Mir wird bewusst, in was für einer großen Tradition wir stehen.

Samstag, der 30. November 2002

Im Kinderkrankenhaus auf der Krebsstation. Uns führt Dr. Achmed Mohammed, der Stationsarzt. Auf allen acht Betten sitzen Mütter mit ihren Kindern. Kein Kind ist allein. In einem der drei folgenden Zimmer sehe ich auch einen Mann. So warten sie auf die Behandlung, im Durchschnitt vier Monate. Dabei kommen die Mütter von weither. Es gibt im Irak nur zwei Kinderkrankenhäuser mit Krebsstationen; das eine ist in Mossul, in Nordirak, das andere hier in Bagdad. Was müssen die Familien leisten, während hier die Mütter mit ihren Kindern warten!?

Der Arzt erklärt uns, warum die Kinder so lange warten müssen: Auf Grund der Sanktionen mangelt es an Verbandsmaterial, an Ersatzteilen und vor allem – Voraussetzung für eine erfolgreiche Behandlung von Leukämie – an Kobalt. **Kobalt darf nicht eingeführt werden, wie alles, was auch militärisch genutzt werden kann.** Im Normalfall können mit Hilfe der radioaktiven Bestrahlung über 90 % aller leukämiekranken Kinder geheilt werden. Hier stammt das Kobalt von 1990 und ist inzwischen so schwach geworden, dass eine Bestrahlung des kranken Gewebes, die bei uns im Durchschnitt ein bis anderthalb Minuten dauert, hier ca. 30 Minuten dauern muss,

um die gleiche Wirkung zu erzielen. In dieser Zeit müssen die Kinder still auf einem harten Brett liegen, damit nicht auch noch gesundes Gewebe mitbestrahlt wird.

Der Arzt erzählt uns, dass die Fälle von krebskranken Kindern seit 1991 stark zugenommen haben. Genauso auch die Geburten von Kindern mit Missbildungen. So seien im letzten Monat allein dreimal siamesische Zwillinge zur Welt gekommen. Kein anderes Land, so eine Studie der Vereinten Nationen, hat in den letzten zehn Jahren diesen Anstieg der Kindersterblichkeit erlitten. Die vielen Missbildungen und leukämiekranken Kinder führt der Arzt auf die Verwendung von abgereichertem Uran (depleted Uranium) im letzten Golfkrieg zurück.

Sonntag, der 1. Dezember 2002

Wir feiern den ersten Advent; hier feiern Christen auf Grund des anderen Kalenders den Toten- bzw. Ewigkeitssonntag. Im Gottesdienst der armenisch-orthodoxen Kirche werden lange Listen mit den Namen der Männer verlesen, die beim Irak-Iran-Krieg ermordet wurden. Wir hatten den Eindruck, es will gar nicht aufhören.

Alle vom Staat anerkannten religiösen Gemeinschaften können ungestört ihrem Glauben nachgehen. Beim Besuch der chaldäisch-katholischen Kirche bittet uns der Erzbischof Mata Matorka eindringlich, wir mögen uns für die Aufhebung des Embargos einsetzen. Wir überreichen ein Grußwort vom Internationalen Versöhnungsbund auf Arabisch, das sofort im Schaukasten an der Straße veröffentlicht wird.

Der Kirchenrat der presbyterianischen Kirche führt uns vor Augen: Der Krieg hat seit 1990 für den Irak nicht aufgehört; beinahe täglich fliegen amerikanische und englische Kampfflugzeuge Angriffe gegen den Irak. „Erst gestern“, so einer der Professoren, „sind bei einem Angriff in Basra acht Menschen ums Leben gekommen.“ Sie machen uns deutlich, wer am meisten unter den Sanktionen zu leiden hat: Die Mütter und Kinder und gesellschaftlich der Mittelstand, denn die Inflation (250 irakische Dinare waren 1990 noch 800 \$ wert, heute nur noch 12 Cent) hat deren gesamten Wohlstand aufgefressen.

Montag, der 2. Dezember 2002

Der chaldäisch-katholische Patriarch Raphael I. von Babylon hat bereits Anfang des Jahres 2002 erklärt: „Einen Menschen im Wald zu töten, ist gesetzlich ein unverzeihliches Verbrechen. Eine Nation umzubringen, ist – so scheint es – eine Frage der Diskussion und Ansichtssache.“

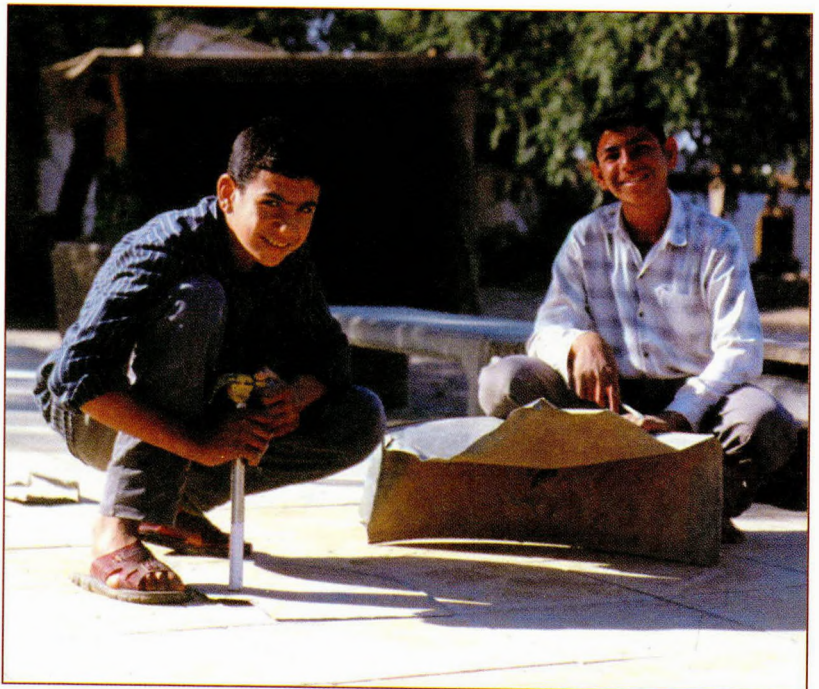
Wir sind im Büro der irakischen Caritas, die Sozialhilfeeinrichtung der chaldäisch-katholischen Kirche im Irak. 1992 schlossen sich einige katholische Christen zu einer „Bruderschaft“, „Confrérie de la Charité“ zusammen und boten Hilfen für bedürftige Familien in der Nähe von katholischen Kirchen an. Heute gibt es in Bagdad sieben Sozialzentren unabhängig von Kirchen, denn der Grundsatz heißt „need before creed“ – „sieh erst die Not, dann das Bekenntnis“.

Der Generalsekretär Yousif Bahushi erläutert uns das „well-baby-programme“: Aufgrund der Sanktionen kam es zum Zusammenbruch der Währung. Die normale Folge sind Hamsterkäufe und dann Hungersnöte (noch Luther übersetzte in der Bibel „Inflation“ immer mit „Hungersnot“). Dazu ist es im Irak nie gekommen auf Grund eines Lebensmittelprogramms der Regierung, das die Grundnahrungsmittel rationiert. Jeder Bürger – ob Einheimischer oder Ausländer – erhält eine Lebensmittelkarte, die es dem Einzelnen ermöglicht, in speziellen Warenhäusern der Regierung Lebensmittel in Empfang zu nehmen. Dieses Programm hat bislang verhindert, dass eine Hungersnot ausgebrochen ist. Die Vereinten Nationen – so werden wir vom Leiter des UN-Entwicklungsprogramms, Francois Dubois,

erfahren, sind von dem System überzeugt und erwägen, dieses Programm anderen Ländern in einer vergleichbaren Situation zur Nachahmung zu empfehlen.

Dennoch sind die von der Regierung zur Verfügung gestellten Lebensmittel nicht ausreichend. Besonders mangelt es an Eiweißen. Dieser Proteinmangel wirkt sich schwerwiegend bei annähernd jedem vierten Kind unter fünf Jahren aus, das nach einer UN-Untersuchung unter der durchschnittlichen Körpergröße bleibt. Diesem Proteinmangel abzuwehren dient das „well-baby-programme“ der Caritas, indem in den verschiedenen Sozialstationen Mütter beraten werden und ihre Kinder mit speziellen, proteinreichen Keksen („High-Protein-Biscuits, HPB“) versorgt werden. So konnten im Jahr 2002 von Januar bis Oktober 10 990 unterernährte Kinder als geheilt aus der Therapie entlassen werden.

Wenn ich bedenke, wofür hier „der Westen“ steht, mit seinen täglichen Angriffen und seiner immer und immer wieder erneuerten „Drohkulisse“ – so müssen wir uns darüber wundern, wie freundlich und herzlich wir willkommen geheißen werden. Nirgends auch nur ein Anflug von Feindschaft oder Hass. Wäre das in Deutschland in einer vergleichbaren Situation auch so? Wie wichtig die Gastfreundschaft im Vorderen Orient ist! Wir können uns frei in Bagdad bewegen, gehen über verschiedene Märkte, an vielen geschlossenen Läden und Banken vorbei, Straßenhändler bieten Obst und Gemüse an...



Irakische Kinder – „Haben wir ihnen nicht mehr zu bieten als Bomben?“

Ich fühle mich beschämt. Was erwarten wir von den Menschen im Vorderen Orient? Was erwarten sie von uns? Haben wir wirklich nicht mehr zu bieten als Bomben? Welche menschliche Armut tut sich hier auf? Könnten nicht gerade Christen durch ihre Taufe zeigen, dass sie zu einem neuen Volk gehören, das es nicht zulässt, dass eines ihrer Glieder leidet?

Dienstag, der 3. Dezember 2002

Bei der Verabschiedung von unserem liebenswürdigen und aufmerksamen Begleiter, Edward Eshu, meint der: „Bitte bedenkt, wir sind keine Themen, wir sind Menschen.“

Selbst im Kriegsfall wollen sie bleiben

US-Friedensaktivisten leben mit den Menschen im Irak. Sie wollen ihnen helfen und sie wollen sie beschützen – vor einem Angriff unter der Führung ihrer Landsleute aus den USA

Text und Fotos von Rainer Lang

„Das Beste, was wir tun können, ist die Hotels zu füllen“, erklärt die zierliche Frau einem französischen Journalisten in der Lobby des Al-Fanar-Hotels in Bagdad. Kathy Kelly ist seit Wochen eine gefragte Interviewpartnerin. Die Amerikanerin aus Chicago hat mit ihrer Organisation „Voices in the Wilderness“ (Stimmen in der Wildnis) im September vergangenen Jahres ein Friedensteam für den Irak ins Leben gerufen. Seither ist ständig eine Gruppe von Freiwilligen aus den USA im Irak, um einerseits zu zeigen, dass es auch in den Vereinigten Staaten engagierte Kriegsgegner gibt und um andererseits eine Art menschlicher Schutzschild zu sein im Falle eines von den USA geführten Angriffs.



Am Rande des Bazars in Bagdad suchen die Ärmsten nach Verwertbarem

Kathy und viele ihrer Mitstreiter kennen den Irak seit Jahren. Die Organisation ist entstanden aus Protest gegen die von den Vereinten Nationen (UN) nach dem ersten Golfkrieg 1991 verhängten Sanktionen gegen den Irak, deren Folgen vor allem die Menschen des Landes zu tragen haben. Seit 1996 sind deshalb etwa 50 Delegationen der Organisation in den Irak gereist. Sie beklagen die Verarmung weiter Teile der Bevölkerung, die extrem hohe Arbeitslosigkeit, den Mangel an sauberem Trinkwasser und den Mangel an Medikamenten. Die Wirtschaft des Landes ist zusammengebrochen.

Ein neuer Krieg, warnen die amerikanischen Friedensaktivisten, würde vor allem Kinder, Alte und Arme treffen. Die Besucher aus den USA haben sich vorgenommen, unter den Irakern zu leben, selbst im Kriegsfall wollen sie bleiben. Alle paar Wochen kommen neue Freiwillige und lösen die anderen ab, so dass ständig Vertreter der Organisation vor Ort sind.

Auch Naithan Musselman aus Virginia hat sich dem Friedensteam angeschlossen. „Ich bin gekommen, um zu sehen, wie es hier ist, und um das, was hier geschieht, den Menschen zu Hause zu vermitteln“,

erklärt der junge Mann. Der Mennonit schickt regelmäßig Briefe an seine Kirchengemeinde zu Hause. Darin beschreibt er zum Beispiel seine Eindrücke aus Bagdad: wie grün die Stadt am Ufer des Tigris sei, welche außergewöhnlichen Sehenswürdigkeiten es gebe und wie freundlich die Iraker die Besucher aus dem Ausland aufnahmen, selbst wenn sie Amerikaner seien. Solche persönlichen Botschaften überzeugen manchen von Naithans Landsleuten, die sich in den USA gar nicht so recht vorstellen können, was im Irak überhaupt geschieht.

Jeden Tag sind die Besucher aus den USA in der Stadt unterwegs, allein oder in der Gruppe. Begegnungen mit Irakern sind ihnen wichtig. Sie sammeln auch systematisch Informationen, zum Beispiel bei den Vereinten Nationen. Dort informieren sie sich über deren Vorbereitungen für einen möglichen Krieg. Kathy erzählt, dass sich ein Taxifahrer standhaft geweigert habe, Geld anzunehmen, als er sie zum UN-Sitz fuhr. Sie seien Gäste im Land, habe der Fahrer gesagt. Diese Art der Gastfreundschaft beeindruckt die Besucher. Denn sie sehen und erleben gleichzeitig, dass es den Irakern am Nötigsten fehlt. Die meisten Männer müssen bei den viel zu niedrigen Gehältern in mehreren Jobs gleichzeitig arbeiten, damit sie ihre Familien über Wasser halten können. Außerhalb der Hauptstadt ist das Reisen für die Gruppe der Ausländer etwas gänzlich anderes, denn: es ist immer ein Aufpasser der Regierung dabei und achtet darauf, was fotografiert und wer interviewt wird. Das bringt den Besuchern immer wieder in Erinnerung, dass die Menschen im Irak unter einem diktatorischen Regime leben und sie alle Angst haben, sich etwa über Politik zu äußern. Die herzliche Atmosphäre im Umgang mit den Menschen kann allzu leicht darüber hinwegtäuschen.

Engagement für den Frieden

Die Amerikaner besuchen auch Familien zu Hause, besonders diejenigen, die auf Hilfe angewiesen sind. So haben sie einem herzkranken Mann zu einer Operation verholpen, auch wenn die Versorgung danach, so die Ärzte, mehr als schwierig ist. Peggy Gish ist eine ältere Dame, die sich resolut gegen den Krieg wendet. Deshalb ist sie nach Bagdad gekommen. Hier bleibt die umtriebige Frau nicht untätig. Sie geht in ein Kinderheim unweit ihres Hotels und spielt dort mit den Kindern und hilft bei der Essensausgabe.

Andere gehen in Altenheime. Für alte Menschen ohne Angehörige ist das Leben im Irak besonders hart. Außer einem Platz in einem Heim erhalten sie keinerlei Unterstützung vom Staat. So können sie sich nichts leisten, noch nicht einmal neue Kleider. Und die Mahlzeiten reichen gerade zum Überleben.

Wie man das Augenmerk der Welt auf den Irak lenken kann, darüber machen sich Elias Amidon und seine Frau Elizabeth Roberts momentan Gedanken. Die beiden haben früher an der Universität gelehrt und haben sich jetzt zu Kathys Gruppe in Bagdad gesellt. Elias und Elizabeth haben alles, was sie besaßen, verkauft, als sie in den Ruhestand gingen und ihre eigene Friedensinitiative gründeten. Mit Vertretern aller Religionen bauen sie nun ein weltweites Netzwerk auf. Finanziert wird ihre kleine Organisation von Gönnern.

Unentwegt ist das Ehepaar seither in der Welt unterwegs, ihr



Ein junger Schuhputzer wartet auf Kundschaft

Zuhause ist dort, wo sie gerade arbeiten. Erst vor kurzem waren die beiden bei einem religiösen Treffen in einem syrischen Kloster und bei einer Friedenskonferenz in Indien. Jetzt sind sie wieder in den Irak zurückgekehrt.

Ein Solidaritätstreffen religiöser Führer im Irak, das ist die Idee, die Elias gern verwirklichen würde. Die Teilnehmer könnten dann zu den alten christlichen Stätten im Lande reisen, zum Beispiel nach Ur. Natürlich würde Elias damit auch gerne aller Welt demonstrieren, dass entgegen landläufiger Meinung im Irak keine Christen verfolgt werden. (Siehe Kasten) Regelmäßig besuchen Elias und seine Landsleute auch die Moschee. Zumindest in Bagdad und im vom sunnitischen Islam geprägten Norden des Landes ist dies ohne weiteres möglich.

Ganz allein können sich ausländische Besucher ohne Gefahr auf der Straße bewegen, was die Besucher aus den USA besonders beeindruckt. Sie werden angesprochen von den Passanten. Und der Eindruck der Amerikaner ist, dass die Iraker immer nervöser und bedrückter werden, je stärker die Bedrohung eines Krieges wird. Die wirtschaftlichen Sanktionen haben sie zermürbt. Sie wissen nicht, wie es weitergehen soll. Manchmal hat es den Anschein, als ob sie froh wären, wenn alles vorbei wäre – und sei es um den Preis eines Krieges.

Späte Folgen des Golfkrieges

Kathy kennt inzwischen viele Menschen im Irak. Ständig ist sie unterwegs im Land, um ihre Freunde zu besuchen. Dazu zählt auch der Erzbischof von Basra, Gabriel Kassab. Zum Armenhaus des Landes sei die Stadt Basra geworden – nach zwei Kriegen, dem iranisch-irakischen von 1980 bis 88 und dem Golfkrieg 1991 sowie den anschließenden UN-Sanktionen. Mehr als 35 Prozent der Einwohner seien arm, sagt Kassab. Arm bedeutet, dass sie überhaupt nichts mehr haben. Kühlschrank oder Fernseher haben sie schon lange verkaufen müssen. In der Stadt gibt es keine Jobs, kein Trinkwasser und nur wenige Stunden Strom am Tag.

Das einst blühende Basra, wo sich die betuchten Touristen aus dem arabischen Raum entspannten, ist zum Armenhaus geworden. Verahrloste und bettelnde Kinder sind überall. Und es gibt viele Menschen wie Kifaya Shaoutha, die mit ihrer taubstummen 14-jährigen Tochter Adra in zwei schäbigen Zimmern haust. Sie sind völlig auf Hilfe angewiesen. Erzbischof Kassabs chaldäische Kirche unterstützt die Ärmsten der Armen – Christen und Muslime. Aber nicht genug mit der Armut: Weil amerikanische und britische Truppen im Golfkrieg massenweise Munition mit abgereichertem Uranium verschossen haben, steigt die Zahl der Krebserkrankungen und auch der Missbildungen bei Neugeborenen an. Problematisch ist besonders

die Krebsbehandlung, weil entsprechende Medikamente Mangelware im Irak sind – eine Folge der Sanktionen.

Die schwierige Situation in Basra hat auch viele Christen zur Auswanderung bewegt. Die 1980 noch 2700 Mitglieder umfassende chaldäische Gemeinde ist auf 535 Familien geschrumpft. Kathy Organisation unterstützt den Erzbischof im Kampf gegen die Armut, die auch in Bagdad unübersehbar ist. Alte Menschen betteln, Kinder durchwühlen den Müll, wie der elf Jahre alte Muhamed, der schon lange nicht mehr zur Schule geht, um etwas Geld für die Familie nach Hause zu bringen.

US-Regierung droht Friedensgruppen mit Bestrafung

Seit Jahren kämpft die Gruppe um Kathy Kelly schon gegen die UN-Sanktionen. Die Mitglieder riskieren durch ihr Engagement persönliche Nachteile. So bedroht die US-Regierung Amerikaner, die in den Irak reisen, mit Geld- und auch Gefängnisstrafen. Erst kürzlich wurde die Organisation mit hohen Geldstrafen belegt wegen des Bruchs der UN-Sanktionen. Ihnen wird vorgeworfen, Medikamente ins Land gebracht zu haben, die auf der UN-Liste verbotener Einfuhren standen. Ärzte im Irak verzweifeln jedoch angesichts der Engpässe in der Versorgung von Arzneimitteln. Vor allem Mittel gegen Leukämie fehlen. Auf einer vom irakischen Roten Halbmond veröffentlichten Liste dringend benötigter Arzneimittel stehen sie ganz oben an. Das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat erst vor kurzem Arzneimittel im Wert von 100.000 Euro auf den Weg geschickt, bestimmt für eine Mutter-Kind-Klinik in Basra. Als Mitglied des globalen Netzwerks „Kirchen helfen gemeinsam“ (ACT) ist die Diakonie momentan beteiligt, Vorbereitungen für eine mögliche humanitäre Krise zu treffen.

Trotz allen Entbehrungen und der lähmenden Drohung eines Krieges erstaunt es Besucher immer wieder, wie „normal“ das tägliche Leben im Land abläuft. Peggy Gish erzählt von einem tschechischen Reporter, der erwartet hatte, dass die Straßen leer und die Geschäfte geschlossen seien. Gerade das Gegenteil ist in Bagdad der Fall: wer Geld hat, kann sich in den Geschäften alles kaufen, was er will. Die Regale sind voll. Abends sitzen die Männer in den Kaffeehäusern und man hört das beruhigende Klacken der Spielsteine auf den Brettern.



Gabriel Kassab, der Erzbischof von Basra, zeigt die kleine Apotheke, in der die Armen einige Medikamente kostenlos erhalten

Auch die Mitglieder des Friedensteams gehen aus. So besuchen sie zum Beispiel ein irakisches Kulturzentrum, in dem einheimische Musik präsentiert wird. Sie gehen auch zum Gottesdienst in eine der nahe dem Hotel gelegenen Gemeinden. Manche gehen einfach ins Kaffeehaus gegenüber oder lassen sich am Abend über den Bazar treiben. Dann scheint plötzlich Frieden in greifbare Nähe gerückt.

Doch das ist eine Illusion. Die Drohung eines Krieges rückt von Tag zu Tag näher.

Die Amerikaner sind nicht die einzigen, die gegen die Sanktionen kämpfen und alles tun, um einen Krieg zu verhindern. Aus Deutschland ist zum Beispiel ein Münchner Ehepaar in den Irak übersiedelt, um den Menschen angesichts des durch die Sanktionen verursachten Leids beizustehen: Seit mehr als einem Jahr arbeitet der Architekt Alexander Christof im Irak, zusammen mit seiner Frau Andrea Hilger, die ebenfalls Architektin ist. Mit der von ihnen in München gegründeten Organisation „Architekten für Menschen in Not“ helfen die beiden mit, das durch den Golfkrieg und zwölf Jahre UN-Sanktionen kaputte Wasser- und Abwassersystem des Landes zu erneuern. Das UN-Kinderhilfswerk UNICEF schätzt, dass die irakische Wasserinfrastruktur nur noch mit einer Effektivität von 60 Prozent arbeitet. Wegen des schmutzigen Wassers leiden viele Menschen an Infektionskrankheiten.

Christen im Irak

Die Gottesdienstbesucher sind tief ins Gebet versunken. Ein alter Mann kniet in der Kirchenbank und hat die Hände vor seinem gesenkten Kopf gefaltet. Es ist still geworden in der protestantischen Kirche im irakischen Kirkuk. Die Menschen hier bitten um Frieden, darum dass es keinen Krieg geben werde. Rund 110 Familien gehören zu der presbyterianischen Gemeinde in Kirkuk. Sie haben es in den vergangenen Jahren zu bescheidenem Wohlstand gebracht wegen der Öl- und Gasförderung hier.

Die Angst vor einem drohenden Krieg lastet auf den Menschen und lähmt sie. Akram Al Jazrawi, der Vater des Pastors und einer der Kirchenältesten in der presbyterianischen Gemeinde, sagt, das Wichtigste, was die irakischen Christen jetzt brauchen, seien die Gebete der Christen im Westen.

Das sagt auch Weihbischof Jshlemon Warduni in Bagdad von den mit der katholischen Kirche unter dem Papst unierten Chaldäern: „Betet für uns!“ Auf Initiative der chaldäischen Kirche, der rund 80 Prozent der 600 000 bis 800 000 irakischen Christen angehören, hat es Ende November landesweit in allen Kirchen an einem Tag ein Friedensgebet gegeben, bei dem die Christen von vielen Muslimen unterstützt wurden.

Pastor Haitham A. Al Jazrawi in Kirkuk fürchtet: „Der Westen wird hier alles zerstören“. Die 14 Kirchen und christlichen Gemeinschaften im Land werden vom Ministerium für religiöse Angelegenheiten in Bagdad betreut. Auch als Minderheit wird ihnen die Freiheit der Religionsausübung gewährt. Rund 97 Prozent der 22 Mio. Iraker sind Muslime (60 Prozent davon Schiiten, der Rest Sunniten). Der Staat schenkt den christlichen Gemeinden Land und fördert den Bau von Kirchen und Klöstern. Im Gegenzug für die Wohltaten fordert der Staat auch von den Christen wie von allen Bürgern unbedingten Gehorsam. Der Staat überwacht seine Bürger und geht brutal gegen Widerspruch und Opposition vor. Im Land herrscht deshalb ein Klima der Angst. Zu politischen Themen will sich niemand öffentlich äußern. Präsident Saddam Hussein ist allgegenwärtig – sei es als Statue oder auf Plakaten.

Viele Christen sind angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage in den vergangenen Jahren auf der Suche nach einem Arbeitsplatz ausgewandert. So ist die 1980 noch 2700 Familien umfassende chaldäische Gemeinde in Basra auf 535 Familien geschrumpft. Im Falle eines Krieges fürchten Christen, dass ihre Gemeinden im Irak völlig verschwinden könnten – aus einem Land, in dem zahlreiche heilige Stätten der Christen liegen.

Rainer Lang

Gewissens-Appell

Veteranen der US-Army aus verschiedenen Kriegen appellieren in einem eindringlichen Aufruf an die Gewissen derjenigen aktiven Soldaten und Reservisten, die zum Einsatz gegen den Irak abkommandiert wurden und werden. Hunderte ehemaliger Soldatinnen und Soldaten aus den USA haben diesen Aufruf bereits persönlich unterzeichnet, täglich kommen neue Unterschriften dazu (www.calltoconscience.net)

Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung

Wir sind Veteranen der Streitkräfte der Vereinigten Staaten. Wir stehen mit der Mehrheit der Menschheit, einschließlich Millionen unseres eigenen Landes, in Opposition zu dem jetzt mit aller Kraft vorbereiteten Krieg der US gegen den Irak. Wir waren an vielen Kriegen zu verschiedenen Zeiten beteiligt; wir haben verschiedene politische Ansichten, aber wir stimmen darin überein, dass dieser Krieg falsch ist.

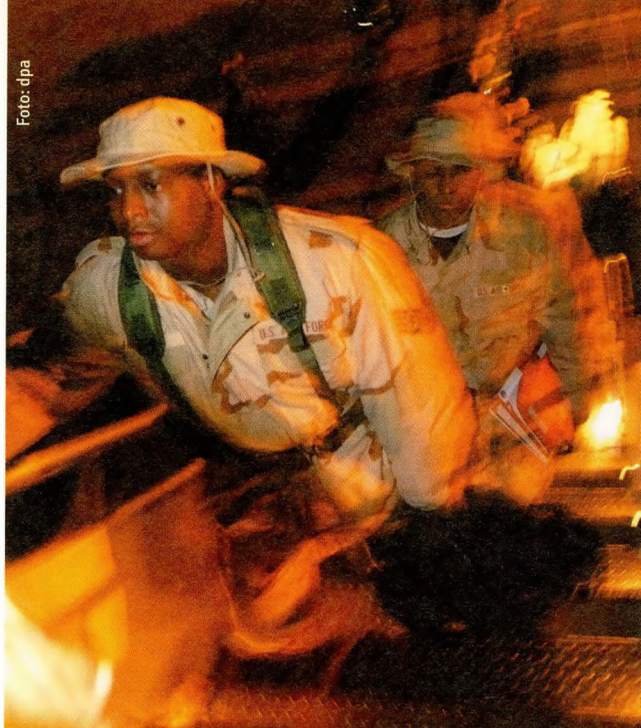
Viele von uns glaubten, im Militär zu dienen sei unsere Pflicht, und es sei unsere Aufgabe, dieses Land zu verteidigen. Unsere Erfahrungen beim Militär ließen uns vieles von dem, was man uns lehrte, in Frage stellen. Nun sehen wir, dass unsere wirkliche Pflicht darin besteht, euch, die ihr bei den US-Streitkräften seid, zu ermutigen, herauszufinden, in welchen Kampf ihr geschickt werdet, wofür ihr sterben sollt und welches die Folgen eurer Aktionen für die Menschheit sein werden. Wir rufen euch auf, ihr, die ihr aktiven Militärdienst leistet, und ihr Reservisten: folgt eurem Gewissen und tut das Richtige.

Während des letzten Krieges wurde uns als Truppe befohlen, aus sicherer Entfernung zu morden. Wir zerstörten vieles vom Irak aus der Luft und töteten dabei Hunderttausende, einschließlich Zivilisten. Wir erinnern uns an die Straße nach Basra – der Autobahn des Todes – wo uns befohlen wurde, fliehende Iraker zu töten. Mit Bulldozern gruben wir Gräben und begruben die Leute bei lebendigem Leibe. Die Verwendung von abgereicherter Uran hinterließ das Schlachtfeld radioaktiv. Übermäßige Anwendung von Pestiziden, Medikamenten im Versuchsstadium, verbunden mit brennenden chemischen Waffendepots und Ölfeuern schafften einen Giftcocktail, der die Gesundheit des irakischen Volkes genau so schädigte wie die der Golfkriegsveteranen von heute. Einer von vier Golfkriegsveteranen ist behindert bzw. kriegsverletzt.

„Wisst ihr, was es bedeutet, in die Augen derer zu sehen, die euch zutiefst hassen?“

Während des Vietnamkrieges war uns befohlen worden, Vietnam von der Luft und vom Boden aus zu zerstören. In My Lai massakrierten wir 500 Frauen, Kinder und alte Männer. Dies war kein Irrtum. So führten wir den Krieg. Wir verwendeten gegenüber dem Feind das Agent Orange (ein Giftmittel) und erfuhren so direkt seine Folgen und seine Wirkung. Wir wissen, wie post-traumatische Stressstörung aussieht und wie sie empfunden wird; denn die Geister von über 2 Millionen Männern, Frauen und Kindern verfolgen uns noch immer in unseren Träumen. Mehr als in der Schlacht fielen, nahmen sich nach der Rückkehr das Leben.

Falls ihr euch entscheidet, an der Invasion des Irak teilzunehmen, werdet ihr Teil einer Besatzungsarmee sein. Wisst ihr, was es bedeutet, in die Augen derer zu sehen, die euch zutiefst hassen? Ihr solltet darüber nachdenken, welches euer Auftrag wirklich ist. Ihr werdet ausgesandt, um ein Volk zu überfallen und zu besetzen, ein Volk, das – wie du und ich – nichts anderes versucht, als sein Leben zu leben und seine Kinder groß zu ziehen. Es stellt für die US keine



Bedrohung dar, auch wenn es einen brutalen Diktator als Herrscher hat. Wer sind die USA, dass sie dem irakischen Volk sagen, wer ihr Land regieren soll, wenn sogar viele in den USA nicht einmal glauben, dass ihr eigener Präsident legal gewählt wurde? (...)

„Es liegt keine Ehre im Mord“

Mehr als eine Million Irakis, vor allem Kinder und Kleinkinder, sind wegen der wirtschaftlichen Sanktionen gestorben. Nachdem die ganze Infrastruktur ihres Landes zerstört war, einschließlich der Krankenhäuser, der Generatoren und der Wasserwerke, stoppte die USA den Import von Waren, Medikamenten, Ersatzteilen und notwendigen chemischen Stoffen, die zur Wiederherstellung der grundlegenden Lebensbedürfnisse notwendig waren. Es liegt keine Ehre im Mord. Dieser Krieg war – mit einem anderen Wort – Mord. Wenn in einem ungerechten Krieg eine abgeworfene irrende Bombe eine Mutter und ihr Kind tötet, ist das kein „Kollateralschaden“, sondern Mord. Wenn in einem ungerechten Krieg ein Kind an Durchfall stirbt, weil eine Bombe das Abwassersystem beschädigt hat, dann ist das nicht Zerstörung der „feindlichen Infrastruktur“, sondern Mord. Wenn in einem ungerechten Krieg ein Vater an einer Herzattacke stirbt, weil eine Bombe das Telefonnetz unterbrochen hat und so die Ambulanz nicht angerufen werden kann, so ist dies nicht „Neutralisierung von Befehls- und Kontrolleinrichtungen“, sondern Mord. Wenn in einem ungerechten Krieg tausend arme Bauernsoldaten in einem Graben sterben, der eine Stadt verteidigen soll, in der sie ihr ganzes Leben verbrachten, dann ist dies kein Sieg über sie, sondern Mord.

Es wird Veteranen geben, die Proteste gegen diesen Irak-Krieg und gegen eure Teilnahme daran anführen. Während des Vietnamkrieges weigerten sich Tausende in Vietnam und in den USA, Befehlen zu gehorchen. Viele widersetzten sich und rebellierten. Viele wurden aus Gewissensgründen zu Kriegsdienstverweigerern; andere gingen lieber ins Gefängnis, als dass sie Waffen gegen den so genannten Feind einsetzten. Während des letzten Golfkrieges widerstanden viele GIs auf verschiedene Weise und aus verschiedenen Gründen. Viele von uns kamen aus den Kriegen und schlossen sich der Anti-Kriegsbewegung an. Falls die Völker der Erde jemals frei sein sollten, dann muss eine Zeit kommen, in der ein Weltbürger den Vorrang vor einem Soldaten einer Nation einnimmt. Jetzt ist die Zeit. Wenn der Befehl kommt, sich einzuschiffen, dann wird eure Antwort darauf einen immensen Einfluss auf das Leben von Millionen Menschen des Nahen Ostens und hier daheim haben. Eure Antwort wird den Kurs eures Lebens bestimmen. Wir erwarten von euch, dass ihr eure Entscheidungen nach eurem Gewissen trefft. (...)

(Aus dem Englischen übersetzt von Ellen Rohlf's)



Beratungsstelle für US-Verweigerer gegründet

Anlässlich des drohenden Krieges der USA und ihrer Alliierten gegen den Irak haben Organisationen der Friedensbewegung eine Beratungsstelle für US-Kriegsdienstverweigerer gegründet. Unter der Bezeichnung Military Counseling Network (MCN) wird damit US-Soldaten und -Soldatinnen, die sich den Kriegsplänen der USA verweigern, Beratung und Unterstützung angeboten.

Bereits vor Eröffnung der Beratungsstelle gab es erste Anfragen von GIs. MCN bietet zunächst vor allem Rechtsberatung an über Möglichkeiten, die Armee zu verlassen. Die Beratung geschieht in enger Zusammenarbeit mit ähnlichen Organisationen in den USA.

Bereits während des 2. Golfkrieges, Anfang der 90er Jahre, hatte es ein Military Counseling Network gegeben. Damals hatten sich mehr als 100 Soldaten und Soldatinnen der US-Armee in Deutschland geweigert, gegen den Irak in den Krieg zu ziehen. In wenigen Fällen wurde ihre Verweigerung anerkannt, viele sahen sich Repressionen und strafrechtlicher Verfolgung im Militär ausgesetzt, nachdem das Recht, den Kriegsdienst aus Gewissensgründen zu verweigern, in Krisenzeiten für GIs eingeschränkt ist.

Military Counseling Network (MCN),

Hauptstr. 1, 69245 Bammental, Tel/Fax: 06223/47791,

E-Mail: mcn@dmfk.de, www.getting-out.de



Verabschiedung an den Golf: Diese Soldatinnen und Soldaten wurden am 3. 12. 1990 zum Kriegseinsatz an den Persischen Golf abkommandiert. Nach einem Appell verließen sie Ihren Standort in Deutschland, die Kelley-Barracks in Stuttgart, die in unmittelbarer Nähe zur Hauptverwaltung der DaimlerChrysler AG liegen.

Stimmen und Aktionen



Foto: ap

Australien: Rund 750 Frauen demonstrierten am 8. Februar im australischen Badeort Byron Bay nackt gegen eine Beteiligung ihres Landes an einem Irak-Krieg. Die Frauen bildeten mit ihren Körpern die Worte „NO WAR“, umgeben von einem großen Herzen. Ziel der ungewöhnlichen Demo war es, Ministerpräsident Howard zum Rückzug der bereits entsandten australischen Soldaten zu bewegen.

Auch in New York gab es am 7. 2. unverhüllten Frauenprotest: Nackte New Yorkerinnen warfen sich in den Schnee des Central Park und formten die Worte „No Bush“. Üblicherweise, so die Initiatorinnen, blieben Anti-Kriegs-Aktionen unbemerkt von der Öffentlichkeit. Ganz anders in diesem Fall: Selbst CNN berichtete.

Washington: Zu einem Bündnis unter dem Namen „Städte für den Frieden“ haben sich bis Redaktionsschluss 83 US-amerikanische Städte zusammengeschlossen. Die Stadtparlamente verabschiedeten Resolutionen gegen ein militärisches Vorgehen im Irak. Die Bevölkerung lehne „Krieg gegen ein Volk ab, das uns nicht angegriffen hat“, hieß es. Die Vorsitzende des Stadtrates von Chicago, Dorothy Tillman, erklärte: „Wir wollen nicht, dass unsere Jungen und Mädchen in den Krieg ziehen.“

Oslo: „Krieg bleibt immer ein Übel. Wir können nicht lernen, in Frieden zu leben, indem wir einander die Kinder töten.“ Der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter bei der Entgegennahme des Friedensnobelpreises am 10. Dezember 2002.

Südafrika: „Alles, was Bush will, ist irakisches Öl.“ Südafrikas Ex-Präsident Nelson Mandela zur Politik von US-Präsident Bush.

New York: „Der 11. September war das Sesam-öffne-dich auf dem Weg zum Weltimperium.“ Bestseller-Autor Norman Mailer in einem kritischen Statement über die Bush-Regierung.

Rom: „Nein zum Krieg! Krieg ist niemals ein unabwendbares Schicksal. Krieg bedeutet immer eine Niederlage für die Menschheit.“ Papst Johannes Paul II. Anfang Februar vor Diplomaten.

Berlin: „Ich bin sehr stolz, dass Deutschland Nein zum Krieg sagt. Gut gemacht, Deutschland.“ Popstar Elton John bei der Entgegennahme

der Goldenen Kamera am 5. 2. in Berlin.

„Wir sollten aufstehen und gegen den Krieg demonstrieren. Denn Krieg ist keine Antwort.“ Vanessa von der Popgruppe „No Angels“ bei derselben Veranstaltung.

Deutschland: „Die Bush-Rede zur Lage der Nation hat meine Hoffnungen sinken lassen. Dabei wurde das entscheidende Motiv des US-Präsidenten deutlich: Er meint, eine amerikanische, religiöse, ja fast messianische Mission zu haben. Demnach hat Gott das amerikanische Volk dazu berufen, Gerechtigkeit in dieser Welt zu schaffen. Ich habe furchtbare Angst vor solch einer religiösen Begründung. Sie erinnert an die Argumente, mit der Islamisten zum Heiligen Krieg aufzurufen. Eine solche Sicht erschreckt mich, weil man sich dann keine große Mühe mehr zu geben braucht, Saddam vielleicht auf eine andere Weise zu bändigen.“ Manfred Kock, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland, in einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung am 4. Februar 2003.

Jakarta: „Wir beten, auf dass die Welt und die politische Verantwortlichen auf der Welt die Weisheit und das Mitgefühl empfangen, um nicht auf den Krieg als Mittel zur Lösung zurückzugreifen, sondern dass sie ermöglichen, dass das lange Leiden der Menschen ein Ansporn sei, friedliche Wege der Konfliktlösung zu finden.“ Die Bischöfe Indonesiens in einem Brief an die Irakische Bischofskonferenz am 31. Januar.

Patriotische Samenbanken

Als Zeichen ihres Patriotismus bieten viele US-Samenbanken Soldaten, die in die Golfregion verlegt werden, an, ihr Sperma kostengünstig oder sogar kostenfrei für ein Jahr lang zu lagern. Das Interesse sei unglaublich groß, berichtete der leitende Arzt einer Firma.

Auch in der australischen Hauptstadt Sydney herrschte laut Zeitungsberichten Hochbetrieb in einer Samenbank, nachdem bekannt wurde, dass Soldaten in die Golfregion abkommandiert würden.

„Ein starkes Zeichen“ Kirchenführer verurteilen die Kriegspläne gegen den Irak



Die Kirchenführer übergaben ihre Resolution gegen den Irak-Krieg auch an Bundeskanzler Schröder. Links im Bild: Der Generalsekretär des Ökumenischen Rates, Konrad Raiser. Foto: Andreas Schölzer, epd/WCC

Kirchenführer aus Europa, den USA und dem Nahen Osten haben sich am 5. Februar bei einem Treffen in Berlin in einer Resolution für eine friedliche Lösung der Irak-Krise ausgesprochen.

Das in dieser Form bislang einzigartige Treffen der Kirchenführer ging zurück auf eine Initiative der Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche Deutschlands, Manfred Kock. zivil zitiert die Erklärung im Wortlaut.

Verantwortliche der Kirchen vereint gegen einen Krieg im Irak

1. Als Verantwortliche aus Kirchen in Europa, in Beratung mit den Kirchenräten in den USA und dem Nahen Osten, sind wir äußerst besorgt über die nicht nachlassenden Forderungen der USA und einiger europäischer Regierungen nach militärischen Aktionen gegen den Irak. Als Menschen des Glaubens drängt uns die Liebe zu unseren Nächsten dazu, gegen Krieg Widerstand zu leisten und friedliche Konfliktlösungen zu suchen. Als Kirchen beten wir für Frieden und Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit für die Menschen im Irak und im Nahen Osten insgesamt. Solches Beten verpflichtet uns, Werkzeuge des Friedens zu sein.

2. Wir bedauern, dass die mächtigsten Nationen dieser Welt Krieg wieder als ein akzeptables Mittel der Außenpolitik betrachten. Dies schafft ein internationales Klima der Furcht, Bedrohung und Unsicherheit.

3. Wir können die Ziele, die von diesen Regierungen, insbesondere den USA, zur Begründung eines Krieges gegen den Irak angeführt werden, nicht akzeptieren. Ein präventiver kriegerischer Angriff als Mittel, um die Regierung eines souveränen Staates auszuwechseln, ist unmoralisch und stellt eine Verletzung der UN-Charta dar. Wir appellieren an den Sicherheitsrat, an den Grundsätzen der UN-Charta festzuhalten, die die legitime Anwendung militärischer Gewalt eng begrenzen, und zu vermeiden, dass ein negativer Präzedenzfall geschaffen wird, der die Hemmschwelle erniedrigt, gewaltsame Mittel zur Lösung internationaler Konflikte einzusetzen.

4. Wir glauben, dass militärische Gewalt ein ungeeignetes Mittel ist, um die Abrüstung irakischer Massenvernichtungswaffen zu erreichen. Wir bestehen darauf, dass für die sorgfältig geplanten Maßnahmen der UN-Waffeninspektionen genügend Zeit eingeräumt wird, um die Arbeit zu Ende führen zu können.

5. Alle Mitgliedsstaaten der UNO müssen sich an bindende UN-Resolutionen halten und Konflikte durch friedliche Mittel lösen. Der Irak kann keine Ausnahme sein. Wir rufen die Regierung des Irak dazu auf, alle Massenvernichtungswaffen zu zerstören und damit verbundene Forschung und Produktionsstätten aufzugeben. Der Irak muss in jeder Hinsicht mit den UN-Inspektoren zusammenarbeiten und allen seinen Bürgern die volle Anerkennung der bürgerlichen und politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen

Menschenrechte garantieren. Den Menschen im Irak muss die Hoffnung gegeben werden, dass es Alternativen sowohl zu Diktatur als zu Krieg gibt.

6. Ein Krieg hätte unannehmbare Folgen für die Situation der Menschen, u. a. die Entwurzelung von großen Teilen der Bevölkerung, den Zusammenbruch staatlicher Funktionen, die Gefahr von Bürgerkrieg und Destabilisierung der ganzen Region. Das Leiden irakischer Kinder und der unnötige Tod hunderttausender Iraker während der letzten zwölf Jahre der Sanktionen lasten schwer auf unseren Herzen. In der gegenwärtigen Situation bekräftigen wir mit Nachdruck das seit langem geltende humanitäre Prinzip, bedingungslosen Zugang zu Menschen in Not zu gewähren.

7. Außerdem warnen wir vor den möglichen sozialen, kulturellen und religiösen, aber auch diplomatischen Langzeitfolgen eines solchen Krieges. Weiteres Öl in das Feuer der Gewalt zu gießen, das die Region bereits auffrisst, wird den Hass nur noch weiter anfachen, indem extremistische Ideologien gestärkt und weitere globale Instabilität und Unsicherheit genährt werden. Als Verantwortliche aus Kirchen in Europa haben wir eine moralische und pastorale Verpflichtung, Fremdenhass in unseren Ländern entgegenzutreten und den Menschen in der muslimischen Welt die Furcht zu nehmen, die so genannte westliche Christenheit stelle sich gegen ihre Kultur, Religion und Werte. Wir müssen die Zusammenarbeit für Frieden, Gerechtigkeit und Menschenwürde suchen.

8. Alle Regierungen, insbesondere die Mitglieder des Sicherheitsrates haben die Verantwortung, diese Frage in ihrer ganzen Komplexität zu bedenken. Es sind noch nicht alle friedlichen und diplomatischen Mittel ausgeschöpft worden, um den Irak zu zwingen, den Resolutionen des UN-Sicherheitsrates zu folgen.

9. Es ist für uns eine geistliche Verpflichtung, die sich auf Gottes Liebe zur ganzen Menschheit gründet, uns gegen den Krieg im Irak zu stellen. Mit dieser Botschaft senden wir ein starkes Zeichen der Solidarität und Unterstützung an die Kirchen im Irak, im Nahen Osten und in den USA. Wir beten, dass Gott die Verantwortlichen leiten möge, Entscheidungen zu treffen, die auf der Basis sorgfältiger Überlegung, moralischer Prinzipien und hoher rechtlicher Standards beruhen. Wir laden alle Kirchen ein, sich uns in diesem Zeugnis anzuschließen, für eine friedliche Lösung dieses Konflikts zu beten und alle Menschen zu ermutigen, sich am Ringen um eine solche Lösung zu beteiligen.

Aufruf von 21 Verantwortlichen aus europäischen Kirchen, Kirchen der USA und dem Nahen Osten bei einem Treffen in Berlin, am 5. Februar 2003.

Die Liste der Teilnehmenden ist auf der Homepage der EKD zu finden: www.ekd.de

Hier Zank um den Knallerbsenstrauch, dort Zoff wegen lauten Hundegebells. Im Kleingartenverein beschwört das blanke Hinterteil des Gartenzwergs einen Kleinkrieg herauf und im Treppenhaus bemühen zwei wütende Nachbarn lautstark den Brehm. Bagatellen, die immer wieder Stoff für kuriose Schlagzeilen liefern nach dem Motto „wenn zwei sich streiten, freut sich der dritte“, denn... Treffen sich die Kontrahenten vor dem Kadi wieder, wird es teuer. Und meistens gibt es nach dem Urteilsspruch einen Gewinner und einen Verlierer.

„Schlichten ist allemal besser als richten“, weiß Fred Kupferthaler aus Zwenkau im Landkreis Leipziger Land. In seiner zweieinhalbjährigen Praxis als Schiedsmann gelang es ihm schon manches Mal, zu vermitteln. Dabei verlor keiner der Streitihähne sein Gesicht.

Das Ehrenamt der Schiedsfrauen und Schiedsmänner hat in ehemals preußischen Landen eine über 170-jährige Tradition. Heute gibt es in zwölf Bundesländern Schiedsstellen. Im Freistaat Sachsen heißen Schiedsleute auch Friedensrichter. Fred Kupferthaler: „Am 16. Mai 1897 wurde im damaligen Königreich verordnet, Friedensrichter zu bestellen, um die in der Strafprozessordnung vorgeschriebene Sühneverhandlung zu übernehmen.“

Die Justiz wird entlastet

Womit deutlich wird, dass schon damals versucht wurde, vor einer Gerichtsverhandlung eine gütliche Einigung zu erreichen. Dies war nicht nur im Interesse der Kontrahenten. Die Justiz wurde auch von manchem Rechtsstreit, der nicht von öffentlichem Interesse ist, entlastet.

Schiedsmänner und Schiedsfrauen oder Friedensrichter dürfen weder eine juristische Ausbildung absolviert haben noch im Polizeidienst beschäftigt sein. Sie sollen zwischen 30 und 70 Jahre alt sein, Menschenkenntnis und einen guten Leumund haben. Friedensrichter müssen gut zuhören können, um alle Nuancen der Aussagen abzuwägen. Auch wird von ihnen erwartet, dass sie gelassen bleiben, wenn es hoch her geht. Wer solch eine mitunter anstrengende, ganz sicher aber vielseitige und interessante Aufgabe übernehmen möchte, kann sich bei der Verwaltung seines Wohnortes bewerben.

Fred Kupferthaler ist Angestellter im Sicherungsdienst der Deutschen Bundesbank in Leipzig. Er war auch 20 Jahre aktives Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr in Zwenkau. „Diese Zeit hat mich geprägt. Deshalb suchte ich nach der Wende eine neue interessante Aufgabe im öffentlichen Bereich“, berichtet er. Eine „soziale Ader“? „Ein bisschen vielleicht“, räumt der Friedensrichter schmunzelnd ein.

Ehrenamt für fünf Jahre

Nachdem im Jahr 2000 das Sächsische Schiedsstellengesetz in Kraft getreten war, wurde auch in Zwenkau eine Schiedsstelle eingerichtet. Die Ver-

Nicht alle Rechtsstreitigkeiten müssen vor Gericht ausgetragen werden

In der Schiedsstelle verliert niemand sein Gesicht

Text und Foto von Reinhard Wylegalla



„Schlichten ist besser als richten“: Schiedsmann Fred Kupferthaler

waltung der 9000-Einwohner-Kommune entsprach damit dem Willen der Gesetzgeber, dass im Freistaat für bis zu 50 000 Einwohner mindestens ein Friedensrichter eingesetzt werden soll. Fred Kupferthaler bewarb sich mit drei weiteren Kandidaten um das Ehrenamt. Die Stadträte wählten ihn und Annegret Schütt als Stellvertreterin mit einfacher Mehrheit für fünf Jahre. Die Amtszeit kann beliebig oft für weitere fünf Jahre verlängert werden.

Die Schiedsstelle wird durch die Kommune unterhalten. Fred Kupferthaler und seine Stellvertreterin sind Mitglieder im Bund Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen (BDS). Nach der Teilnahme an Seminaren über Straf- und Zivilrecht wurden sie im Sommer 2000 durch die Präsidentin des Amtsgerichts in der Kreisstadt Borna vereidigt. Schiedsstellen sind siegelführende Behörden.

Die Rechtsaufsicht sowie die „Qualitätskontrolle“ werden durch das zuständige Amtsgericht wahrgenommen.

Geld verdienen kann ein ehrenamtlich bestellter Schiedsmann allerdings nicht: „Für den Aufwand erhalten wir eine Monatspauschale von 25 Euro“, erläutert Fred Kupferthaler. Und weil er die „soziale Ader“ hat, spendete er nach der Hochwasserkatastrophe in Sachsen sechs Aufwandspauschalen. Seine Stellvertreterin ist aus ähnlichem Holz geschnitzt: Sie half vor Ort zahlreichen Betroffenen.

Unparteiisch nach Lösungen suchen

Die Fähigkeit und Bereitschaft, Anteil an zwischenmenschlichen Problemen zu nehmen und unparteiisch nach Lösungen zu suchen, ist in diesem Ehrenamt wohl das wichtigste „Handwerkszeug“. Das Spektrum der Konflikte reicht von bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und vermögensrechtlichen Ansprüchen über Nachbar- und Mietstreitigkeiten bis zur Entschuldigung nach einer Beleidigung und dem Widerruf von Behauptungen. Allerdings darf der Gegenstandswert nicht über 750 Euro hinausgehen.

Über familien- und arbeitsrechtliche Sachen wird indessen ausschließlich vor Gerichten entschieden. Ebenso über Verletzungen der persönlichen Ehre in den Medien sowie Rechtsstreitigkeiten, an denen der Staat beteiligt ist. „Kleine Strafsachen“, wie etwa Hausfriedensbruch, Körperverletzung oder Sachbeschädigung, die aus Sicht der Staatsanwaltschaft in den Bereich der Privatklassensachen einzuordnen sind, müssen vor einem Klageantrag in einer Schiedsstelle mit der Perspektive auf eine außergerichtliche Einigung verhandelt werden.

Während seiner zweieinhalbjährigen Amtszeit hat Fred Kupferthaler in fünf Fällen den sozialen Frieden hergestellt. Zwei Parteien musste er eine Erfolglosigkeitsbescheinigung ausstellen, weil sie sich auf keinen Vergleich einigen konnten. Die Kosten sind im Vergleich zu den Anwalts- und Prozessgebühren gering: 10 bis 50 Euro für das Verfahren und 20 bis 50 Euro für eine Vergleichsgebühr. Antragsteller mit sehr geringem Einkommen können eine Kostenerstattung bewilligen lassen. Nach einem Vergleich legt der Friedensrichter die Verpflichtungen der Parteien schriftlich fest. Sie sind 30 Jahre vollstreckbar und können bei Nichtbefolgung eingeklagt werden.

In den Sprechstunden, die alle vier Wochen in der Zwenkauer Schiedsstelle gehalten werden, informiert der Friedensrichter Ratsuchende. Für die Rechtsberatung ist er allerdings nicht zuständig. Vielfach sind die Leute ja auch dankbar für die kleinen Tipps, zum Beispiel warum man seinen Anspruch – auf Zahlung der Miete etwa – besser per Einschreiben verschickt. Und den Brief an den Kleingarten-Nachbarn auch.

Info: www.schiedsamt.de

Das Palästinensertuch ist neuerdings auch bei den Rechten in Mode. Manche Linke wollen es deshalb künftig lieber im Schrank lassen

Geschichte eines Irrtums?

Von Tobias Kaufmann



Foto: W.Schulz

„Solidarität mit Palästina“ schallt es aus dem Megaphon. Die so genannten freien Kameradschaften des Hamburger Neonazis Christian Worch ziehen durch Potsdam. Stiefel mit weißen Schnürsenkeln, hochgekremelte Jeans, schwarze Bomberjacke – so sehen viele Neonazis immer noch aus, wenn Demo-Tag ist. Doch wie passt das dazu, was einige von ihnen um den Hals tragen? Schwarze Hahnentrittmuster auf weißem Baumwolltuch. Das Palästinensertuch, identitätsstiftendes Kleidungsstück des linken Protests (und mancher Zivis), hat die junge Rechte erreicht. Doch so abwegig, wie es auf den ersten Blick scheint, ist das Tuch an ihren Halsen nicht. Weil offener Judenhass schnell strafbar werden kann, wird er gern in den Nahostkonflikt projiziert. Und der scheint den Neonazis genau nach ihrem Geschmack: Ein heroisches Volk im Kampf gegen die zionistische Übermacht. „Solidarität mit Palästina“ ist eine viel gerufene Parole bei Neonazi-Demonstrationen geworden. Beim Deutschlandbesuch des israelischen Staatspräsidenten Katsav ebenso wie in Potsdam. Deshalb schwenken dort bei dem Aufzug kurz vor Weihnachten einige Antifa-Aktivist:innen die israelische Fahne.

Der Davidstern weht über einer Straßenbahnhaltestelle, eine Handvoll junger Menschen in Antifa-Schwarz ruft, von den eigenen Genossen misstrauisch beäugt: „Solidarität mit Israel!“ Gegenüber stehen die Kahlgeschorenen und spielen mit der Keffije.

Für manche Linke ist die neue Liebe der Rechten zu diesem Tuch ein Grund, darüber nachzudenken, ob es nicht ein Missverständnis war. Die, die doch Antifaschisten sein wollten, gekleidet mit dem Zeichen des arabischen Widerstands. Ihre Schlussfolgerung: „Coole Kids tragen kein Palituch.“ So hieß es auf einem Flugblatt der Jungdemokraten/Junge Linke, das eine Woche später an die rund 300 Teilnehmer einer Demo gegen Rechts verteilt wurde. Passenderweise ebenfalls in Potsdam. „Jedes Kleidungsstück ist eine Aussage und hat eine Geschichte“ schreiben die Verfasser. Sie erinnern daran, dass das Tragen des „Palituchs“, mit dem sich ursprünglich nur die arabische Landbevölkerung vor der sengenden Wüstensonne schützte, erst zwischen 1936 und 39 vom Großmufti von Jerusalem „bei der eigenen Bevölkerung durchgesetzt“ wurde – unter Strafandrohung. Auf dem Flugblatt ist auch zu lesen, warum das Tuch bei Neonazis beliebt ist: „Weil sie – na klar – Antisemiten sind, und weil sie viel Bewunderung aufbringen für ein ‚Volk‘, dessen Mitglieder bis zur physischen Vernichtung kämpfen für ihren ‚Boden‘, der heilig genannt wird.“

Schwierige Ideologietheorie, die den jungen Lesern da zugemutet wird. Sie setzt eine Debatte fort, die innerhalb der Linken schon länger geführt wird: Sind Linke vom Judenhass getrieben, wenn sie Israel als Brückenkopf des Imperialismus im Nahen Osten sehen, als Täter in einer neuen Art Holocaust? Das Palästinensertuch eignet sich

auch in diesem Streit als griffiges Symbol.

Mit dem Sieg Israels im Sechstagekrieg trat es 1967 seinen Zug durch Europa an. Die Linke solidarisierte sich mit der palästinensischen Befreiungsbewegung und trug fortan das Tuch, weil das deutsche Establishment – von Bundesregierung bis Bildzeitung – sich im Kalten Krieg israelfreundlich zeigte. „Die Revolte, die sich auch gegen deutsche Geschichtsvergessenheit formiert hatte, stieg selbst aus der Geschichte aus und wickelte sich trotzig ein Palästinensertuch um den Hals“, schrieb vor zwei Jahren rückblickend der „Tagesspiegel“. Dabei ging es abseits des Terrors gar nicht um „Palästina“, sondern um Wettrüsten oder Atomkraft – weshalb das Tuch gern als reiner Modegag begriffen wurde und zwischenzeitlich schon als „out“ galt. Doch es ist „in“, nach wie vor. In den neuen Bundesländern, die von 68er-Fragen unbehelligt scheinen, gehen die wenigen jungen Leute, die gegen die rechts dominierte Jugendkultur opponieren, selten ohne Palästinensertuch aus dem Haus. An den Nahostkonflikt denken dabei vermutlich nur wenige. Doch seit junge palästinensische Selbstmordattentäter ständig Tuch und Handgranate in ihren Abschiedsvideos schwenken, ist der Nahostkonflikt in die Kleiderordnung zurückgekehrt. Die Neonazis haben es verstanden.

„Das Palituch ist die Geschichte einer linksradikalen Verirrung oder eines Irrtums“, steht deshalb auf dem Flugblatt. Doch im Bundesverband der Jungen Linken sieht das die Mehrheit anders. Um das Flugblatt hat es intern großen Ärger gegeben. Danielle Herrmann (32), die Bundesvorsitzende, sagt, es sei falsch anzunehmen, wer ein Palästinensertuch umbinde, stelle „sich in einen antisemitischen Kontext.“ Allerdings: Sie selbst wolle das Tuch in der derzeitigen Situation auch nicht tragen.



Physikalisch Technische Lehranstalt

Chancen mit mittlerer Reife



Physik

Mikroelektronik

Informatik

Tag der offenen Tür
22. 02. 2003
9:00 – 17:00 Uhr

www.ptl.de
Feldstraße 143
22880 Wedel
Tel.: 04103 / 80 48 - 0
Fax: 04103 / 80 48 - 39

BERUFSAKADEMIE KASSEL DR. W. BLINDOW-SCHULEN

● **Physiotherapie** ● **Medizin. Fußpflege**
● **Ergotherapie** WFOT anerkannt Beginn: März/Sept. Förderg./schuleig. Finanz.

Frankenstraße 42 · 34131 Kassel
Telefon: 0561 / 932 429 3

Fachhochschule Nordhessen

Fern- oder Präsenzstudium

▶ Dipl.-Betriebswirt/in ▶ Dipl.-Physiotherapeut/in*
▶ Dipl.-Wirtschaftsjurist/in ▶ Dipl.-Ergotherapeut/in*

*Fernstudium nur für staatl. gepr. Therapeuten

Bernd-Blindow- u. Dr.-Rohrbach-Schulen

▶ Physiotherapeut/in ▶ Masseur/in
▶ Ergotherapeut/in ▶ Logopäde/in ▶ Kosmetiker/in
▶ Biologisch- ▶ Pharmazeutisch-techn. Assistent/in
▶ Techniker/in (Umweltschutz, Maschinentchnik)
▶ Ass. Wirtschaftsinformatik ▶ Informationstech. Ass.
▶ Tech. Assistent/in (Umweltschutz, chem. u. bio. Laboratorien)
▶ Grafikdesigner/in i. V.

Bundesweite Studien- und Ausbildungsorte
Ortstarif: 01801 500 555 blindow.de oder diploma.de

Infos · Anzeige  **RODMANN + PARTNER HAMBURG**
Tel. 040/48 75 76

Qualifizierte Aus- und Fortbildung im Rettungswesen

● **Rettungsassistent/in -Vollzeit**
Hauptschulabschluss - 18 Jahre - **Beginn Frühjahr und Herbst**

● **Ergänzungslehrgänge für** Rettungssanitäter/Feuerwehr/Bundeswehr/Grenzschutz/Polizei/Krankenpflege

Westfalen-Schulen Dortmund | Vogtland-Akademie Plauen
Tel 0231 557207-15+20 Fax 0231 557207/10 | Tel 03741 70 410 Fax 70 41 20

Info-Line freecall 0800 2546369 BLINDOW
www.blindow-schulen.de mit Wohnheimen*

Die City-Schule 30171 Hannover Baumstr. 18
31655 Stadthagen* Hüttenstr. 15
31675 Bückeburg Hinüberstr. 12

● **PHYSIOTHERAPEUT^{IN}**
● **ERGOTHERAPEUT^{IN}**
● **MASSEUR^{IN}**
● **ALTENPFLEGER^{IN}**
● **KOSMETIKER^{IN}**
● **RETTUNGSASSISTENT^{IN}**
● **UMSCHULUNG GASTRONOMIE**
● **TOURISMUS/HOTELMANAGEMENT**

WEITERBILDUNG
teilweise schulgeldfrei
*Incl. Fachhochschulreife, AEOVO

● **TECHNIKER^{IN}***
Bau-, Elektro-, Maschinen-, Medizin-, Maschinen-, Umweltschutztechnik
● **BETRIEBSWIRT^{IN}***
Controlling, Marketing, Finanzen
● **HOTELBETRIEBSWIRT^{IN}***
(System) Gastronomie, Touristik

SCHULEN DR. BLINDOW

Fort- und Weiterbildung im Kfz-Wesen

▶ **Staatl. gepr. Kfz-Techniker** ◀
Aufn.: Facharbeiter und 2 J. Berufspraxis oder 7 J. Berufspraxis
▶ **Kfz-Sachverständiger** ◀
(EDV-Anw.: Audatex, DAT)-Schwacke-Partner
Aufn.: Kfz-Ing., Kfz-Techniker, Kfz-Meister
Info: Tel. 0231 / 55 72 07 0
Fax: 0231 / 55 72 07 10

Westfalen-Akademie Dortmund
44143 Dortmund Körnebachstr. 50-52

BERUFSKOLLEG

Staatl. gepr. Techniker
Kfz, Bau, Elektro, Masch., Heizung
Tages- oder Abendschule
Förderung: Meister-BAföG, BW
Techn. Betriebswirt (WA)
Berufsbegl. 1 1/2 J.f. Meister, Techn.
Beginn: April, Oktober

WESTFALEN-TECHNIKUM

Körnebachstr. 52 - 44143 Dortmund
Tel.: 0231 / 55 72 07 0

Weiterbildung als
Kfz-Sachverständiger
(EDV-Anwend.: Audatex, DAT)
SCHWACKE-Partner
(Vorbereitungs-Lehrgänge)
auf Anfrage

Westfalen-Akademie Dortmund
Körnebachstr. 52 44143 Dortmund
Tel. 0231/5572070 Fax 55720710

← ↑ ↗

WAS BIN ICH?



Katja Albrecht,
Studentin der Diakonenschule mit halber Arbeitsstelle in den Neinstedter Anstalten, im sozialen Bereich, z. B. der Altenpflege oder Behindertenarbeit

DIAKONIN⁺

Bewerben Sie sich! Um eine Ausbildung für Ihre ganz persönliche Perspektive.
Für eine Ausbildung zur Diakonin oder zum Diakon.

Neinstedter Anstalten – Evang. Stiftung Diakonenschule Lindenhof
Lindenstraße 22 · 06502 Neinstedt/Harz
Tel.: (03947) 99-130 · Fax: (03947) 99-131
E-mail: J.Wendt@Neinstedter-Anstalten.de
www.neinstedter-anstalten.de

Schulen Dr. W. Blindow · 06108 Halle

Vom Kaufmann oder Verwaltungsangestellten zum/zur

● **staatl. geprüften Betriebswirt^{IN}**
• Finanzwirtschaft • Touristik **schulgeldfrei**

Vom Koch, Restaurant-, Hotelfachmann zum/zur

● **staatl. geprüften Hotelbetriebswirt^{IN}**
Beginn: August • Wohnheime, Förderung möglich

August-Bebel-Str. 24-27 • Tel. 0345/68877-0 • Fax -22
E-Mail: blindow.halle@t-online.de • www.blindow-schulen.de

Ausbildungsplätze! zur Diakonin und zum Diakon



Diakonin / Diakon ist die **Amts- und Berufsbezeichnung von Christen, die eine Ausbildung zu einem staatlich anerkannten Sozial- oder Pflegeberuf und zusätzlich eine kirchliche anerkannte theologisch-diakonische Ausbildung abgeschlossen haben. Sie verstehen Ihre Arbeit als Nachfolge Jesu Christi.**

Wir bieten Ihnen:

- theologisch-diakonische Qualifizierung
- Erwerb sozialer Kompetenz
- eine Gemeinschaft als Chance zum Erleben von Begegnung, Austausch, Freundschaft, Nähe und Distanz
- sozialpolitische Sensibilisierung
- Unterstützung bei der Berufsplanung

Wir erwarten:

- mindestens Fachoberschulreife
- Mindestalter 18 Jahre und Höchstalter 30 Jahre
- Kirchenzugehörigkeit
- Fähigkeit zur Auseinandersetzung mit Fragen der Zeit
- praktische Erfahrungen im sozialen Bereich

Die Ausbildung führt zu einer Doppelqualifikation mit guten Berufsmöglichkeiten.

Weitere Informationen:

v. Bodelschwingsche Anstalten Bethel
Westfälische Diakonienanstalt Nazareth
Diakonenschule, Nazarethweg 4 - 7
33617 Bielefeld
Telefon (05 21) 1 44-41 31
www.nazareth.de
E-Mail:
diakonenschule.nazareth@t-online.de

Bethel

Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch, Polnisch u. a.

Perelingua - Sprachreisen
Varziner Straße 5
12159 Berlin
Tel. 030-851 80 01
Fax 030-851 69 83

Intensivkurse, Einzelunterricht,
Sprachtraining für den Beruf



„SEIN IST DIE ZEIT“



„MIT CHRISTUS UNTERWEGS IN GEMEINSCHAFT“

Wir, die **Franziskanerbrüder vom Heiligen Kreuz**, versuchen durch ein Leben in Gemeinschaft auch in unserer Zeit, Jesus von Nazareth und seine Idee erfahrbar zu machen. Wir stehen an der Seite von Menschen, die in unserer Gesellschaft keine „Stimme“ haben. Motivation auf diesem Weg ist uns die gemeinsame Suche nach Gott und ein Leben nach den Idealen des Heiligen Franziskus von Assisi. Menschen sind gefragt und herausgefordert, die Zeichen der Hoffnung und der Liebe setzen möchten.

Wenn Dein Interesse geweckt wurde und wenn Du uns näher kennenlernen willst, dann schreibe an:

Br. Bonifatius Faulhaber FFSC
St. Marienwörth, 55543 Bad Kreuznach
Tel.: 0671/372 306; Fax.: 0671/372 460

Email: khffsc@netart-net.de

Homepage: <http://franziskanerbrueder.orden.de>

Die großen Themen des Lebens sind unsere Themen

Psychologie Heute ist die einzige deutsche Zeitschrift, die regelmäßig und umfassend über Psychologie und die Humanwissenschaften berichtet. Die großen Themen des Lebens sind unsere Themen: Gesundheit, Liebe, Arbeit, Kommunikation, Erziehung

Wer *Psychologie Heute* regelmäßig liest,
erfährt viel über sich selbst

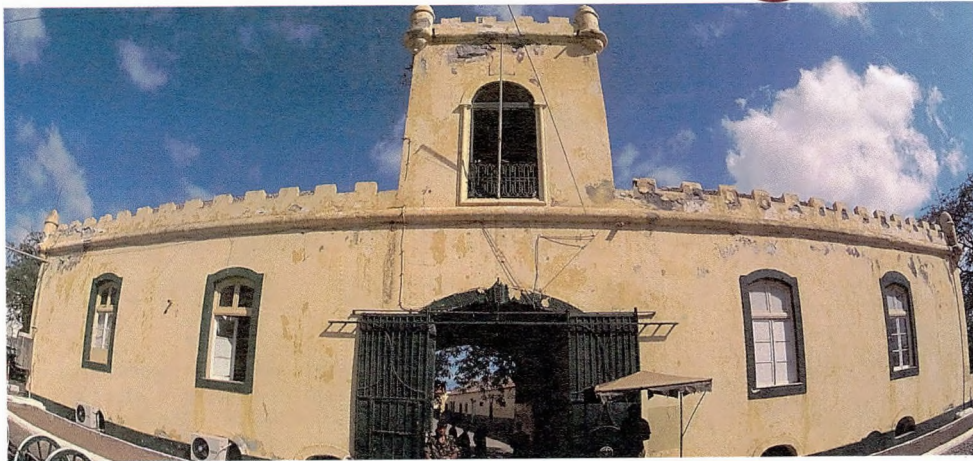


LERNEN SIE UNS KENNEN:

Zum günstigen Preis von € 10,20
für drei Hefte, portofrei
(Einzelpreis € 5,10)

Psychologie Heute-Aboservice c/o Koch, Neff & Oetinger Verlagsauslieferung,
70551 Stuttgart, Telefon: 0711/7899-2203, -2205, Telefax: 0711/7899 1010
E-Mail: Zeitschriften@KNO-VA.de

Ein friedfertiges Völkchen



Das „Hauptquartier der Armee“ in der Kapitale Praia: Nicht viel los...



...dafür umso mehr bei einer kirchlichen Feier



Kinder! Kinder! Es gibt viele von ihnen auf den Inseln



Die (immer erfolgreiche) Fischerei obliegt den Männern

Für uns, Bürger einer Welt des Überflusses, scheint es wenig verständlich, wie Menschen auf kargen Wüsten-Eilanden ihr Leben fristen können – und dabei auch noch fröh-

Der deutsche Tourist trug seine gesamte Barschaft in der Hosentasche. Und dort, am Strand der Kapverden-Insel Sal, geschah es: Er zog sein Taschentuch hervor, und – fusch! – griff der immer wehende Passat in den Haufen Geldscheine und entführte sie aufs Meer. Weg waren sie. Alle.

Sofort sprangen mehrere Knaben, die das Geschehen beobachtet hatten, in die See und hinter dem versinkenden Geld her. Aus einem nahen Restaurant stürzten ein paar Kellner hervor, rissen sich die Kleider vom Leib und schlossen sich den Knaben an. Es gelang dem Bergungsteam, die gesamte Summe aus dem Wasser zu fischen. Sie wurde dem Touristen fröhlich lachend in die Hand gezählt. Kein Schein fehlte. Die Retter wollten

nicht mal ein Wort des Dankes. Sie hatten sich köstlich amüsiert.

Das sind die Kapverden. Und es schmerzt, dieses Sätzchen mit dem Zusatz „noch“ zu verstehen, wie es halt bei Beschreibungen gegenwärtiger Szenarien so üblich ist – als wenn dieselben sich unweigerlich ins Schlechtere wandeln müssen. In dem aus neun Hauptinseln und einigen kleineren Eilanden bestehenden Archipel sind traditionelle Verhaltensweisen weiterhin gang und gäbe, wenn auch in manchen touristischen Zentren schon die Besucher routinemäßig um ein Bakschisch angegangen und bei mangelnder Gebefreude mit einem echt amerikanischen four-letter word bedacht werden. Das scheint überall dort der Gang der Dinge zu sein, wo erste und dritte Welt hautnah aufein-

ander treffen und zu kräftigem Abrieb führen. Man wird mehr davon hören, denn die Kapverden sind auf dem besten Weg, die neuen Kanaren zu werden. Ganz unangebracht ist das „noch“ also nicht.

Das Leben auf den 1456 von portugiesischen Seefahrern entdeckten und damals unbewohnten Vulkan- und Wüsteninseln war stets knochenhart – jedenfalls für jene, die sich nicht in die Liegestühle der Kolonialmacht Portugal zurücklehnen konnten, sondern die wenigen nutzbaren Flächen der Eilande in bitterer Fronarbeit urbar machen mussten. Dies waren in der Mehrzahl vom afrikanischen Festland eingeführte Sklaven und Knechte, die ein schweres Los zu tragen hatten. Der über Jahrhunderte hinweg angestaute Volkszorn entlud sich folgerichtig in den 50er und 60er Jahren, cha-

Text und Fotos von Roland Hanewald



Arbeitsalltag: Die Last (Heu) sieht schwerer aus als sie ist



Die Vermarktung der Fänge ist Sache der Frauen

lich und guter Dinge sind. Verklären wir die Umstände vielleicht romantisch? Die Kapverdianer sehen das nicht so. Sie lieben ihr Land, heiß und innig.

Charakteristischerweise für die Kapverden aber fern der Inseln auf dem afrikanischen Festland. Die Erlangung der Unabhängigkeit im Juli 1975 fand ohne Krieg und Blutvergießen statt, und der selbstständige Status setzte sich seither nahtlos unter friedlichen Verhältnissen fort – keine kleine Leistung für ein Land, dessen Vergangenheit so vielen schwierigen Prüfungen unterlag.

Der friedfertige, wegen intensiver Vermischung von Afrikanern und Europäern überwiegend aus Mulatten bestehende Kleinstaat unterhält deshalb auch nur eine winzige Vorzeigearmee. Feinde von außen bedrohen die kargen Inseln nicht, und im Inneren ist, Hauptgrund für die Existenz von Streitkräften in instabilen Sozietäten, erst recht kein Aufbruch zu befürchten. Der weit gereiste Autor kennt

kaum ein anderes Land auf Erden, das ein solches Gefühl der Friedfertigkeit und Sicherheit vermittelt wie die Kapverden. Nicht einmal der in „armen“ Gesellschaften übliche Griff zur Flasche manifestiert sich hier, obwohl „grogue“ (Zuckerrohrschnaps) in rauen Mengen destilliert wird. Man genehmigt sich schon mal ein Gläschen, gern bereits zum Frühstück, aber aus reiner Freude am Genuss und nicht, um besoffen zu werden – Trunkenheit gilt als unschönes Fehlverhalten. Selbst geraucht wird wenig. Wenn man von der iberischen Halbinsel kommt, die fast nur aus Nicotinos zu bestehen scheint, fällt der Unterschied besonders auf. Drogen sind zweifellos präsent, aber auch sie sind gesellschaftlich geächtet und treten nicht öffentlich in Erscheinung.

Aber was heißt „arm“ überhaupt? Der Unterschied zwischen „einfacher“ und „elender“ Existenz und resultierenden Abstufungen der Lebensqualität wird in einem Land wie den Kapverden immer wieder evident. Sie sagen ja selbst, dass sie mit ihrem Leben zufrieden sind, die Kapverdianer. Zwei von ihnen, die der Autor in Holland traf, wo sie einen Verwandten besuchten, drückten es so aus: „Zwei Wochen bleiben wir hier schon. Aber dann reicht's auch. Ohne unsere Inseln können wir nicht leben.“ Und sie bekräftigten ihre Aussage auf höchst landestypische Art mit einer Einladung an den Fremden: „Besuchen Sie uns! Selbstverständlich können Sie bei uns bleiben!“

„Mein Leben ist meine Botschaft“

Ein Nachruf auf Philip Berrigan

Von Wolfgang Sternstein

Ja, ich habe ihn gekannt, Philip Berrigan, von seinen Freunden kurz Phil genannt. Groß, blond, zupackend, ein Brustkorb wie ein Fass, äußerlich so ganz verschieden von seinem dunkelhaarigen Bruder Daniel, dem zarten Poeten und Gelehrten.

Wir lernten uns im schwäbischen Mutlangen kennen. Man schrieb das Jahr 1983. Die Widerstandsbewegung gegen die Nachrüstung erreichte mit der „Prominentenblockade“ Anfang September ihren Höhepunkt. Wenige Wochen danach erfolgte die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen in Baden-Württemberg und im Hunsrück.

Die linke „Protestprominenz“ von Heinrich Böll, Günter Grass, Petra Kelly, Gert Bastian bis zu Oskar Lafontaine, Heinrich Albertz, Dietmar Schönherr und Barbara Rütting war dem Aufruf gefolgt, das künftige Raketendepot in der Nähe des Dörfchens Mutlangen für drei Tage durch eine Sitzblockade dicht zu machen – was auch gelang. Von Roman Herzog, dem damaligen Innenminister von Baden-Württemberg, ist der Ausspruch überliefert: „Ich werde der Weltpresse doch nicht das Schauspiel bieten, den Nobelpreisträger Böll von deutschen Polizisten von der Straße tragen zu lassen.“ Hubschrauber hielten die Verbindung zum Depot aufrecht.

Von der amerikanischen „Pflugscharbewegung“ nahmen Philip Berrigan und die Nonne Anne Montgomery an der Aktion teil. Ich hatte Phil um ein Treffen gebeten, denn ich suchte seinen Rat im Hinblick auf eine in der Bundesrepublik geplante „Pflugscharaktion“.

Wir trafen uns am 1. September 1983 auf dem Zeltplatz bei Mutlangen. Ich trug ihm den Plan unserer Gruppe vor. Er sah mich lange prüfend an. Dann meinte er: „Macht es, es ist der Mühe wert.“ Er gab mir einige Ratschläge, die sich als sehr nützlich erwiesen. Die Aktion fand dann auch wenige Wochen nach dieser Unterredung am 4. Dezember statt; eine Gruppe von vier Friedensaktivisten rüsteten eine Pershing-2-Zugmaschine unter Berufung auf das Prophetenwort von den Völkern, die ihre Schwerter zu Pflugscharen umschmieden, mit Hämmern und Bolzenschneidern ab.

Das war der Beginn einer Freundschaft und eines Briefwechsels, dem erst sein Tod am 6. Dezember des vergangenen Jahres ein Ende setzte.

Arbeit und Gebet

Acht Jahre später besuchte ich Phil und die „Jona-Hausgemeinschaft“ in Baltimore für sechs Wochen. Ich hatte ein halbes Jahr hinter Gittern zugebracht

wegen einer weiteren „Pflugscharaktion“ und mehrerer Blockaden und gönnte mir zur Erholung einen Aufenthalt in den USA. Erholung war der nicht gerade. Ich lernte Phil näher kennen: im Kreis seiner Familie und seiner Freunde in der Lebens-, Arbeits- und Aktionsgemeinschaft des „Jona-Hauses“.

Das „Jona-Haus“, ein schmales, dreistöckiges Reihenhaushaus in einem Armenviertel Baltimores, trägt den Namen des Propheten, der drei Tage und drei Nächte im Bauch des Wales zubrachte und der die Bewohner der großen Stadt Ninive zur Buße aufrief angesichts des drohenden Untergangs.

Die Gemeinschaft verdiente ihren Lebensunterhalt als „house painter“. Viele amerikanische Häuser sind aus Holz gebaut. Sie müssen alle paar Jahre neu gestrichen werden. So fuhr ich denn mit dem Team in einem offenen Kleinlaster übers Land und strich in schwindelnder Höhe amerikanische Häuser an, ein halsbrecherischer Job, denn Gerüste gab es nicht. Wir arbeiteten auf Leitern ohne jede Sicherung, was mich zu dem Kommentar veranlasste: „Pflugscharaktionen‘ sind nichts im Vergleich zum house painting.“ Phil lachte sein herzliches, sympathisches Lachen. Phil hatte wunderbare Charaktereigenschaften, doch ein Heiliger war er nicht. Er konnte leicht in Rage geraten, lenkte aber sofort ein, wenn man ihm mit Argumenten widersprach.

Sozialarbeit war ein weiterer wichtiger Tätigkeitsbereich der Gemeinschaft. Einmal in der Woche fuhr Phil in die Großmärkte und sammelte ein, was man ihm gab, um es unter die Armen des Stadtviertels zu verteilen.

Ich lernte aber auch den gewaltfreien Aktivist Phil kennen. Bei einer Aktionswoche im nahen Washington führte die „Atlantic Life Community“, ein Zusammenschluss katholischer Bürgerrechtsgruppen, nicht weniger als drei anspruchsvolle Aktionen des zivilen Ungehorsams durch: eine Blockade des Haupteingangs des Energieministeriums, das auch für die Atomwaffenherstellung verantwortlich ist, eine Aktion gegen die Zurschaustellung „smarter“ Waffentechnologie im Air and Space Museum und die Blockade eines Eingangs des Pentagon.

Was mich bei meinem Aufenthalt im „Jona-Haus“ vor allem beeindruckte, war die Mischung aus Aktion und Kontemplation, aus Arbeit und Gebet. Die Andachten, die Feier des Abendmahls in der Gemeinschaft, haben sich mir tief ins Gedächtnis eingepägt. Die politische Tätigkeit Phils

und der Gemeinschaft, das wurde mir klar, ist tief in einem radikalen, sozial engagierten Katholizismus verwurzelt. Es ist derselbe Nährboden, auf dem auch die von Dorothy Day und Peter Maurin gegründete „Catholic-Worker-Organisation“, deren Programm lautet „Soup and shelter for the poor“ (Suppe und Obdach für die Armen) und die lateinamerikanische Befreiungstheologie gewachsen waren. An der katholischen Hierarchie und am amerikanischen Kapitalismus, der wie ein Krake seine Tentakel über den Kontinent, ja über die ganze Welt ausbreitet, übte Phil zeitlebens scharfe Kritik. Ohne diese religiöse Grundlage ist sein unermüdlicher Kampf für Gerechtigkeit und Frieden nicht zu begreifen. **Keine Verleumdung, keine Verurteilung, kein Gefängnisaufenthalt, ja nicht einmal Alter und Krankheit vermochten seinen Kampfeswillen zu brechen.**

Napalm gegen Einberufungsakten

Wenige Wochen vor seinem Tod schrieb mir Phil Berrigan in seinem letzten Brief: „Vor etwa sechs Wochen wunderte ich mich, wie langsam ich mich von der Hüftoperation erholte. Ich fühlte mich schwach, der Magen revoltierte. Deshalb ging ich ins Krankenhaus und unterzog mich mehreren Tests, einschließlich einer Biopsie der Leber. Die Ergebnisse kamen bereits am folgenden Tag: Krebs. Kein Grund zur Aufregung, ich weiß nur noch nicht, ob ich mich für die Chemotherapie oder für eine Operation entscheide.“

Welch ein Mensch! Welch ein Leben! Phil wurde 1923 geboren. Er wuchs in einer kinderreichen Farmerfamilie im Mittelwesten der USA auf. Sein Vater war Ire, die Mutter Deutsche. Die Familie war zu arm, um den Söhnen eine Ausbildung finanzieren zu können, geschweige denn ein Studium. Phil ging zur Armee und kämpfte als Artillerieoffizier im Zweiten Weltkrieg. Und ein Kämpfer ist er sein Leben lang geblieben.

In die Staaten zurückgekehrt, trat er in den Josephiten-Orden ein und arbeitete in der innerstädtischen Mission. Mit seinem Bruder Daniel, der schon früher Jesuit geworden war, engagierte er sich in der Widerstandsbewegung gegen den Vietnamkrieg. Damals waren die Brüder weltweit bekannt als die Speerspitze der Anti-Vietnamkriegsbewegung. 1967 goss er mit drei Mitstreitern Blut über Einberufungsakten, ein Jahr später verbrannte er mit acht Aktivisten, darunter auch sein Bruder Daniel, Einberufungsbescheide mit Napalm unter dem Motto: „Lieber Einberufungsakten ver-



Foto: Christa Schnepf, gaffiti

„Lieber Einberufungen verbrennen als Kinder in Vietnam“: Philip Berrigan bei Protestaktionen gegen amerikanische Atomwaffen in Mutlangen bei Schwäbisch Gmünd, 1983

brennen als Kinder in Vietnam!“ Für die erstere Aktion wurde er zu vier, für die letztere zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt.

1970 verlässt Phil den Josephiten-Orden und heiratet die ehemalige Nonne Elizabeth McAlister, mit der er 1973 die „Jona-Hausgemeinschaft“ in Baltimore gründet. In den folgenden Jahren werden die Kinder Frida (1974), Jerry (1975) und, als Nachzüglerin, Kate (1981) geboren.

Elf Jahre Gefängnis für die Gewaltfreiheit
Nach dem Ende des Vietnamkriegs wendet sich Phil dem Kampf gegen Massenvernichtungswaffen zu. 1980 kommt es zur ersten „Pflugscharaktion“, die unter dem Namen „Pflugschar Acht“ in die Geschichte der amerikanischen Friedensbe-

wegung eingeht. Acht Personen, darunter mehrere Nonnen und Priester, dringen in eine Atomwaffenfabrik in King of Prussia, Pennsylvania, ein. Sie beschädigen zwei Mark 12 A Sprengkopfhüllen mit Hämmern und gießen Blut über Konstruktionszeichnungen aus. Phil wird zunächst zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, muss aber nur eineinhalb Jahre verbüßen, da der Prozess jahrelang die Obergerichte beschäftigt.

Die Aktion der „Pflugschar Acht“ bildet den Auftakt zu einer Serie von fast 80 ähnlichen Aktionen in den USA, Australien und Europa. Phil war der Kopf und das Herz dieser Bewegung. Er beteiligte sich aktiv an fünf weiteren Aktionen in dieser Reihe.

Elf Jahre hat Phil in amerikanischen Gefängnissen zugebracht. Er hat mehrere Bücher geschrie-

ben, zahlreiche Vorträge gehalten, mit seiner Frau zusammen eine Widerstandsgemeinschaft begründet und vielleicht ist das sein größtes Verdienst: Menschen zum gewaltfreien Widerstand ermutigt. Für ihn gilt, was Gandhi kurz vor seinem Tod erwiderte, als ein Journalist ihn fragte, welche Botschaft er für die hilflosen und verzweifelten Bürgerkriegsflüchtlinge in Neu Dehli habe: „Mein Leben ist meine Botschaft.“

Literaturhinweis: Philip Berrigan with Fred A. Wilcox: Fighting the Lamb's War. Skirmishes with the American Empire. The Autobiography of Philip Berrigan. Common Courage Press, Monroe, Maine, 1996

Das zivile Rätsel 2003-eins

Von Michael Wilke

Wie im vergangenen Jahr, so sollt ihr auch im Jahr 2003 wieder euren Grips in Anspruch nehmen dürfen. Gelegenheit bietet unter anderem dieses schöne kleine Kreuzworträtsel, das Eure Fähigkeit herausfordert, um die berühmte Ecke zu denken, oder auf kürzestem Wege das Lexikon zur Hilfe zu nehmen. Das Lösungswort erhaltet ihr, wenn ihr das noch leere Gitter aus weißen und farbigen Kästchen mit Buchstaben gefüllt habt und dann einfach die gelben Felder von oben nach unten lest. Jetzt aber genug der Vorrede und auf an die Arbeit. Viel Spaß wünsche ich dabei und viel Glück.

Waagrecht

- 1 Allsamstäglich ganz rechts sitzend entscheidet er mit über Ruhm oder Fall gesangswilliger Jungtalente und spricht dabei nichts als die Wahrheit
- 11 Dieser Musikpreis kommt automatisch beim lauten Ruf ins weite Tal
- 12 Mit ipso aus dem lateinischen selbstverständlich
- 13 Ei-Land
- 15 Aufbewahrung für dahinrinnende Zeit
- 18 contra
- 19 Mo - So
- 20 biblischer Eigenname
- 21 Sportgemeinschaft
- 22 Pronomen
- 23 auf diese Art und Weise: Sonntag
- 25 Die Angst, große, freie Plätze zu betreten

- 29 von Licht erfüllt
- 31 Organisation der arabischen, Erdöl exportierenden Länder
- 32 anderes violett gleichsam coloriert
- 33 Comic-Igel
- 35 Eine Hansestadt auf kleinen, rechteckigen und weißen Metallschildern
- 37 das gewisse Etwas, die Grazie, Lieblichkeit und der Charme
- 38 Denk, my dear!
- 40 Nebenfluss der Donau
- 41 Mit dieser Höflichkeitsformel deinerseits ist diese Floskel hier einzutragen
- 43 Bezeichnung für die Führung zum Beispiel eines Pinsels in der Malerei
- 45 Natrium
- 46 Bewegliches Rund zur Mobilität oder mit etwas Glück als Zufallsgenerator
- 47 Elvis besang dieses abgeschottete Stadtviertel
- 49 Schluss, aus und vorbei!
- 50 Britisches Haustier als leichte Mehrweg-Flasche
- 51 Printen-Stadt mit AC

Senkrecht

- 1 Hierfür steht ein D unter einem kleinen, gelben Sternkreis neben 35 Waagrecht
- 2 Jetzt geht Jeder an die Börse – könnte man meinen
- 3 Ansehen, Gunst, Lob
- 4 Sie bleiben uns oft länger erhalten als vermutet
- 5 Wolfgang versprach ihr, sie mit dem Traktor

- abzuholen
- 6 Spiel mit schweren Metallkugeln
- 7 Dies zusammen mit da ist überall und manchmal
- 8 Natürlicher Logarithmus
- 9 Zitterpappel
- 10 Psychisch Bedingtes ist hier niederzuschreiben
- 14 Wegstrecke für Schmalspur-Wintersportler
- 16 Wie sprach Zarathustra?
- 17 Träger dieses Zeichens leben mit Elb- und Alsterwasser
- 20 Senkrechter Schleifenflug, Überschlag
- 23 Bittet mit Objection zum Tango
- 25 Die einem höchsten Wesen eigene, unbegrenzte Fähigkeit
- 26 Sprichwörtliches Ziel aller Wege
- 27 Tut das Herz bei Aufregung und bei überdurchschnittlichem Hormonausstoß
- 28 Dies sein zu lassen, sangen die Beatles
- 30 Jemand mit 50-prozentigem Verlust der Sehorgane
- 34 Steht im Gebetbuch
- 36 Eine Horde zur Eingrenzung von Spielflächen
- 39 Auffindbar in Zellen und angeblich auch in Pudeln
- 41 Allgemeiner Studentenausschuss
- 42 Bayrischer Rettich
- 44 weiblicher Vorname
- 48 och, die ersten zwei Drittel reichen aus
- 49 mit bloc: im Ganzen

1	2	3	4		5	6		7	8	9	10	
11					12			13				14
15				16				17			18	
19									20			
21			22					23				
		25			26			27		28		
29	30							31				
32					33	34					35	36
37						38					39	
40					41						42	
43				44			45			46		
	47						48			49		
50					51							

Bitte das Lösungswort auf dem Abschnitt eintragen, auf eine Postkarte kleben und an uns abschicken:

Redaktion zivil
 Rosenbergstraße 45
 70176 Stuttgart
 oder per E-Mail auf unserer Internetseite
www.zivil.de >Kontaktformular>Mitteilung.
 Bitte die Absenderangabe nicht vergessen!
 Einsendeschluss ist der 24. März.

Unter den richtigen Rätsel-Einsendungen verlosen wir (unter Ausschluss des Rechtsweges) folgende Gewinne:

- 1. Preis: Bücher nach Wahl im Wert von 50 €
- 2. Preis: Bücher nach Wahl im Wert von 25 €
- 3. Preis: Bücher nach Wahl im Wert von 15 €
- 4.-10. Preis: je ein zivil-Freiabo für ein Jahr

Den Nachbarn die Hand reichen

Ausgezeichnete Friedenspolitik

Von Jörg Benzing

Halbzeit: 5 von 10 geplanten Bänden über Leben und Werk eines bedeutenden Politikers seien jetzt erschienen, so meldete eine Stiftung im Herbst 2002. Und eine Partei hatte zur Erinnerung an den Anfang der 90er-Jahre Gestorbenen ein Denkmal in Auftrag gegeben. Nur tiefenpsychologisch Interessierte mögen die Überlebensgröße der entstandenen Skulptur als einen Reflex der Gesinnungsenkel auf die Schwierigkeiten werten, die diese haben werden, aus dem langen Schatten des Übervaters zu treten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war der Gesuchte nach Deutschland zurückgekehrt und machte Karriere in verschiedenen Positionen in Partei und Staat. Auch in internationalen Gremien erwirbt er sich Ansehen. Für seinen Einsatz zeichnen ihn bedeutende Organisationen aus. Einen weltweit hoch geachteten Preis bekommt er in jenem skandinavischen Land überreicht, in das er 38 Jahre zuvor geflohen war. Damals hatte er sich einen anderen Namen gegeben, den er auch bei seiner Rückkehr nach Deutschland behielt.

Die Niederschlagung des Prager Frühlings kritisiert er mit der Aussage, Gewalt und Drohung dürften als Mittel der Politik nicht in Frage kommen. Kontakte nach Palästina, in die Golfregion und in die Sowjetunion nutzt er nicht zuletzt, um Geiseln frei zu bekommen. Besonders bemüht er

sich um Aufbau, Verbesserung und vertragliche Sicherung der Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarländern. Mit einer bislang einmaligen Geste bittet er im Ausland für die Verbrechen der Deutschen während der Nazizeit um Vergebung: Vor einem Mahnmal nimmt er eine unmissverständliche Demuthaltung an. Die Apparate der um ihn gescharten Fotografen blitzen auf, Bilder dieser Szene gehen um die Welt und schließlich in die Geschichte ein.

Seine Ideen bleiben indes auch in seinem Umkreis nicht unwidersprochen. Auf Affären und so genannte parteinterne Querelen reagiert er mit Amtsverzicht. Zum 75. Geburtstag eines Politikers, der sich um das verfassungsmäßig anzustrebende Wohl seines Volkes verdient gemacht hat, gibt das Staatsoberhaupt einen Empfang. Als die beiden deutschen Staaten ihre Trennung überwinden, ist seine Freude groß. An einem für die deutsche Geschichte berühmten Novembertag tritt er aufs Podium. Die versammelte Menge hört ihn einen Satz sagen, der rasch zum Sprichwort avanciert. Rückblickend sagte er, sein eigentlicher Erfolg sei sein Beitrag dazu, dass der Name Deutschlands und der Begriff „Frieden“ wieder gemeinsam ausgesprochen werden könnten.

Wer war's?



6-monatiges „DAMALS“-Abo zu gewinnen!

Wir verlosen unter den richtigen Einsendungen, wieder mit freundlicher Unterstützung des DVA-Verlags, ein Halbjahres-Abo der Zeitschrift „DAMALS – das aktuelle Magazin für Geschichte und Kultur“

Das Lösungswort des zivil-Rätsels 5/02 war SCHNEEBALL.

Die drei Gewinner der Büchergutscheine sind Edgar König aus Rathenow, Richard Zimmerling aus Waiblingen und Hendrik Buchmann aus Xanten.

Die gesuchte Person bei „Wer war's?“ ist Robert Jungk.

Das „DAMALS“-Abo hat Torsten Höhn aus Offenheim gewonnen.

Gratulation! Alle Gewinner werden von uns benachrichtigt.

Das Lösungswort von Seite 36 lautet:

□ □ □ □ □ □ □ □

Wer war's? Der gesuchte Name von Seite 37:

Ich bin Zivi: nein ja, bis _____

Betr. zivil: Anregungen, Kritik, Lob...

Schutzengel



Ein achtjähriges Kind der Evangelischen Schule in Ramallah hat gemalt, wie es die dreiwöchige Besetzung der Stadt durch israelisches Militär erlebt hat: Panzer auf dem Schulgelände, bewaffnete Soldaten, die in die Schule eindringen, am Himmel ein bedrohlicher Helikopter – Bilder der Angst. Doch die Bildmitte füllt ein schützender, lächelnder Engel aus. Er strahlt Ruhe aus. Im Vergleich zu ihm wirken Soldaten und Panzer nicht mehr so bedrohlich. „Psalm 34, 7“ hat das Kind dazu geschrieben:

„Als einer im Elend rief, hörte der Herr und half ihm aus allen seinen Nöten. Der Engel des Herrn lagert sich um die her, die ihn fürchten, und hilft ihnen heraus.“

Kinder drücken aus, was sie selbst erlebt haben. Doch viele Kinder malen keine Schutzengel. Aus-

gangssperre, Verwüstungen, Festnahmen und tödliche Schüsse auf der einen Seite, Selbstmordattentate und Bombenanschläge auf Cafés und Bushaltestellen auf der anderen Seite hinterlassen tiefe, bleibende Wunden. Auf allen Seiten sind die Kinder die eigentlichen Opfer. Nicht nur die 294 palästinensischen Kinder und die 66 israelischen Kinder, die zwischen September 2000 und Juli 2002 durch Schüsse und Anschläge ihr Leben verloren haben. Auch die zahllosen Kinder, die seelisch unter Gewalt und Angst leiden. Laut Angaben der UN leiden in Israel 15% der Kinder unter dem „Posttraumatischen Belastungssyndrom“, in den jüdischen Siedlungen 30%, und unter den palästinensischen Kindern auf der Westbank 70%! Diese Kinder sind von Albträumen, von Angst- und Erregungszuständen geplagt. Über ihr ganzes Leben

legt sich ein dunkler Schatten. Traumabehandlung und liebevolle Zuwendung kann den Kindern helfen, neues Vertrauen wachsen zu lassen. In israelischen Schulen gibt es dazu Anstrengungen, palästinensische Kinder haben fast keine Chance. Die Evangelische Schule in Ramallah ist eine der wenigen, wo traumatisierte Kinder eine besondere Betreuung erfahren. Doch wenige Wochen, nachdem das Kind das Bild gemalt hatte, wurde Ramallah erneut besetzt. Wieder durften die Menschen ihre Häuser nur stundenweise verlassen, wieder war ein Schulbetrieb kaum mehr möglich. Nach wie vor regiert die militärische Logik, und die Angst. Ob der Schutzengel immer noch lächelt? Mir scheint, es ist ein trauriges Lächeln.

Bernhard Dinkelaker

Es ist ein merkwürdiges, doch einfaches **Geheimnis** der Lebensweisheit aller Zeiten, dass jede kleinste selbstlose Hingabe, jede Teilnahme, jede Liebe uns reicher macht, während jede Bemühung um Besitz und Macht uns Kräfte raubt und ärmer werden lässt. Ihr möget es mit Jesus halten oder mit Plato, mit Schiller oder mit Spinoza, überall ist das die letzte Weisheit, dass weder Macht noch Besitz noch Erkenntnis selig macht, sondern allein die Liebe. Jedes Selbstlossein, jeder Verzicht aus Liebe, jedes tätige Mitleid, jede Selbstentäußerung scheint ein Weggeben, ein Sichberauben, und ist doch ein Reicherwerden und Größerwerden, und ist doch der einzige Weg, der vorwärts und aufwärts führt.

Hermann Hesse



Starten Sie JETZT!

Das können Sie erreichen:

- Beispielsweise das ABITUR oder einen anderen wichtigen Schulabschluss.
- Werden Sie Betriebswirt, Techniker, Programmierer oder Grafiker / Designer.
- Sprechen Sie eine der Weltsprachen, z.B. Englisch, Französisch, Spanisch.

Das bieten wir Ihnen:

- Moderne, praxisnahe und leicht verständliche Lernunterlagen.
- Persönliche Fernlehrer, die Ihre Fragen beantworten und Hausaufgaben korrigieren.
- Ein Fernstudium ohne Stress - bei Bedarf verlängern wir kostenlos Ihre Studiendauer.

Nutzen Sie Ihre Chance:

Fordern Sie JETZT mit Ihrem GUTSCHEIN oder telefonisch unter 040 / 675 70-177 das neue ILS-STUDIENHANDBUCH 2003 mit wichtigen Informationen an. Sie erfahren darin u. a. wie Ihr Fernunterricht abläuft.

Erfolg 2003

Wählen Sie hier Ihr Berufs- oder Bildungsziel:

901 ABITUR	915 Fachhochschulreife	930 Hauptschulabschluss	921 Realschulabschluss	990 Allgemeinbildung - Lernen nach Maß	640 Latinum	170 Gutes Deutsch
599 ENGLISCH-Kurse	605 Cambridge Certificates First/Advanced	618 Englisch interaktiv	611 Französisch-Kurse	629 Italienisch	619 Spanisch Grundkurs	621 Spanisch Diplom-Salamanca
650 Fremdsprachenkorrespondent/in IHK in Englisch	609 London Chamber of Commerce-Zertifikate	149 Erfolgstraining NEU	616 Wirtschaftskorrespondent/in Französisch	491 Betriebswirtschaftslehre	379 Betriebswirt/in ILS	312 Fachberater für Finanzdienstleistungen IHK NEU
374 Staatlich gepr. Betriebswirt/in	421 Bilanzbuchhalter/in, IHK gepr.	415 Bürosachbearbeiter/in	263 Buchführung und Bilanz	270 Buchhalter/in	303 Erfolgreich verkaufen	256 Netzwerkmanager/in NEU
420 Controlling NEU	294 Gepr. Management-assistent/in bSb	315 Produktmanager/in NEU	411 NEU Gepr. Immobilienfachwirt/in IHK	334 Fachwirt/in Direktmarketing NEU	551 Personalsachbearbeiter/in	309 Anlage- und Vermögensberater/in NEU
304 Geschäftsführung in Kleinbetrieben	405 Kaufm. Grundwissen	201 Steuerrecht / betriebliche Steuerlehre	255 NEU Netzwerkbetreuer/in Windows 2000	254 Telekommunikationstechniker/in NEU	152 Rhetorik	148 Erfolgreich im Beruf NEU
414 Speditionssachbearbeiter/in	541 Lagerverwalter/in	153 Grundwissen Psychologie NEU	410 Immobilienmakler/in NEU	554 Personalreferent/in bSb NEU	314 Verkaufsleiter/in	174 Deutsch mit Literaturkunde
944 AUTOR/in / Schriftsteller/in	945 Journalist/in NEU	317 Fotografie - professionell gemacht	490 Mitarbeiter führen und motivieren NEU	722 Raumgestaltung/Innenarchitektur	316 Grafik und Design	949 Online-Redakteur/in NEU
321 Werbeberater/in	320 Werbetexter/in	322 Media-planer/in NEU	253 VBA-Programmierer/in NEU	298 Europäischer Computerführerschein NEU	268 Internet-Publisher	258 Grafik und Design am PC NEU
269 Java-Programmierer/in	274 Programmierer/in	252 Web-Master NEU	289 PC-Betreuer/in	272 Windows im Büro PC-Anwendungen im Beruf	250 Linux-Systembetreuung NEU	416 Gepr. DV-Sachbearbeiter/in
✂						
288 Internet-Betreuer/in	264 eCommerce - Business im Internet NEU	380 Technischer Betriebswirt/in NEU	790 Chemie-Techniker/In*	288 Internet-Betreuer/in	257 Netzwerkadministrator/in Windows 2000 NEU	285 Grundlehrgang Informatik
264 eCommerce - Business im Internet NEU	249 C/C++ Programmierer/in für Linux	753 Technisches Zeichnen mit CAD	840 Industriemeister Metall*	264 eCommerce - Business im Internet NEU	249 C/C++ Programmierer/in für Linux	745 Bautechniker*, diverse Fachrichtungen
380 Technischer Betriebswirt/in NEU	790 Chemie-Techniker/In*	840 Industriemeister Metall*	870 Elektroinstallateurmeister*	380 Technischer Betriebswirt/in NEU	753 Technisches Zeichnen mit CAD	710 Maschinen-Techniker/in*
890 Maurermeister*	842 Industriemeister Elektrotechnik*	845 Industriemeister Luftfahrttechnik* NEU	870 Elektroinstallateurmeister*	890 Maurermeister*	842 Industriemeister Elektrotechnik*	845 Industriemeister Luftfahrttechnik* NEU
717 Qualitätsmanagement NEU	768 SPS-Technik NEU	702 NC- und CNC-Technik	717 Qualitätsmanagement NEU	717 Qualitätsmanagement NEU	768 SPS-Technik NEU	702 NC- und CNC-Technik
730 Gepr. Werkchutz-fachkraft IHK	820 Diplom-Informatiker/in (FH)	820 Diplom-Informatiker/in (FH)	730 Gepr. Werkchutz-fachkraft IHK	730 Gepr. Werkchutz-fachkraft IHK	820 Diplom-Informatiker/in (FH)	820 Diplom-Informatiker/in (FH)

Bitte ausfüllen, ausschneiden, auf Postkarte kleben oder im unfrankierten Umschlag einsenden.

Erfolgs-Gutschein

Ja, ich will vorwärts kommen! Senden Sie mir kostenlos und unverbindlich mein Studienhandbuch 2003 mit vielen Tipps und über 180 ausführlichen Lehrgangsbeschreibungen.

Tragen Sie hier die Nummern Ihrer Berufs- oder Bildungsziele ein:

Vorname, Name: _____

Straße, Hausnr.: _____ 170 AR

PLZ, Wohnort: _____

Jetziger Beruf: _____ Geburtsdatum: _____



ILS-Fernstudien, Doberaner Weg 20, 22143 Hamburg
Tel.: 040 / 675 70-177, Fax: 040 / 675 70 184
www.ils.de



Liebe Leser,
gestalten Sie jetzt Ihre Zukunft, es zählt sich aus! Umfangreiches, aktuelles Wissen führt zu Erfolg und Anerkennung. Wir bieten Ihnen die Möglichkeit, dieses wertvolle Wissen zu erwerben: Mit einem Fernstudium beim ILS, neben Ihrem Beruf und ohne Verdienstaustausch. Wann Sie beginnen, wo und wie schnell Sie lernen, bestimmen Sie ganz allein.

Wählen Sie aus über 180 staatlich zugelassenen Fernlehrgängen Ihr Wunschziel aus. Das ist Ihr erster Schritt in ein erfolgversprechendes neues Jahrtausend. Firmenchefs werden neben Ihren fundierten Kenntnissen auch die Eigeninitiative zu schätzen wissen. Mit freundlichen Grüßen

Ingo Karsten
Ingo Karsten, Direktor



NEU & GRATIS

Mit über 180 Lehrgängen auf 180 Seiten + vielen Tipps



Fordern Sie jetzt Ihr kostenloses Studienhandbuch an:

040/ 67570-177

www.ils.de
Jetzt auch mit Internet-Studienzentrum

Fax: 040 / 675 70 184

Wir beraten Sie gerne mo. bis fr. von 8-20 Uhr.



Institut für Lernsysteme GmbH, Doberaner Weg 20, 22143 Hamburg

*Vorbereitung auf die staatliche Techniker-/Meister-Prüfung
... und weitere 70 interessante Lehrgänge.

170 AR